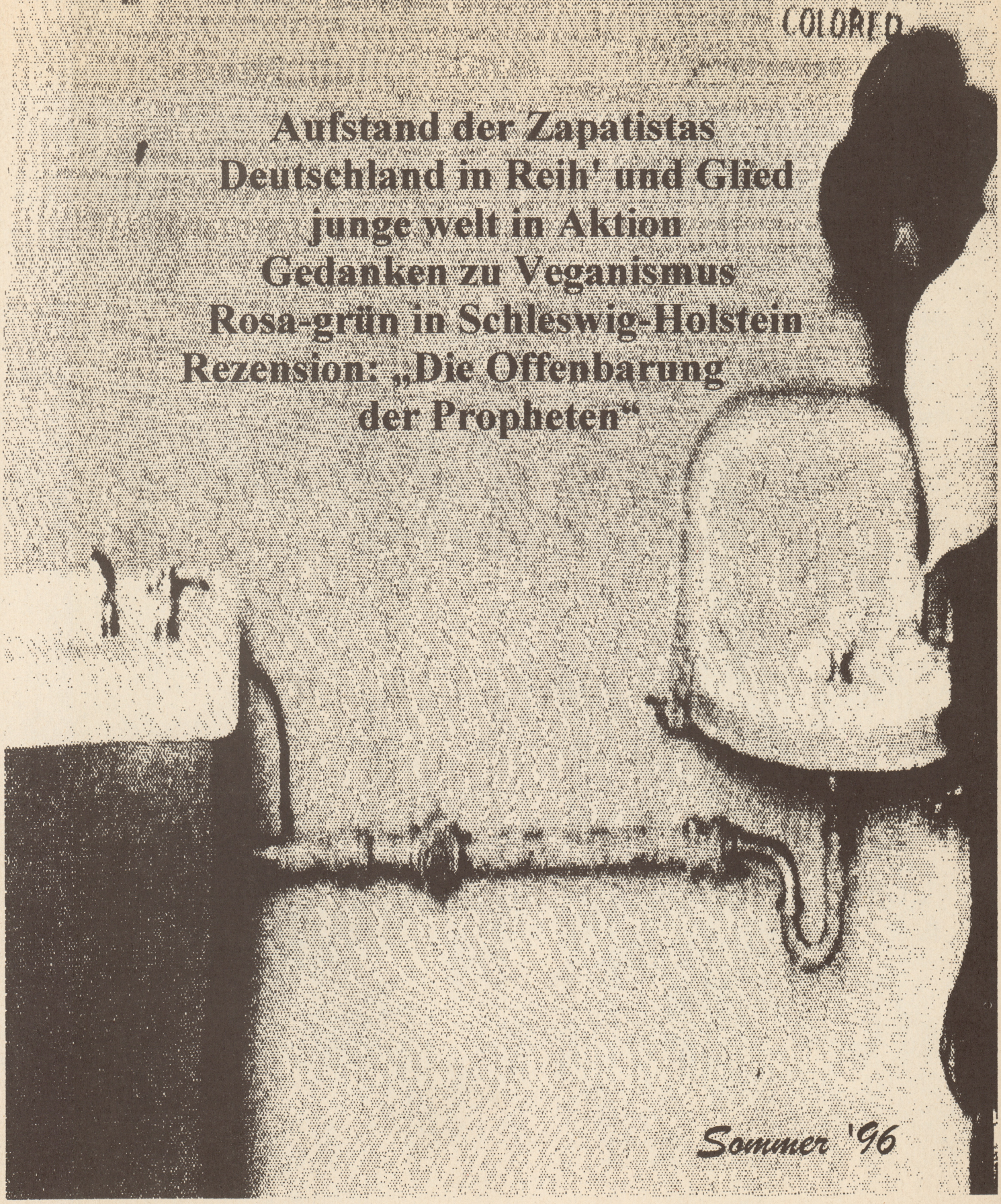
urbane repression



Aufstand der Zapatistas
Deutschland in Reih' und Glied
junge welt in Aktion
Gedanken zu Veganismus
Rosa-grün in Schleswig-Holstein
Rezension: „Die Offenbarung der Propheten"

Sommer '96

Inhaltsangabe:

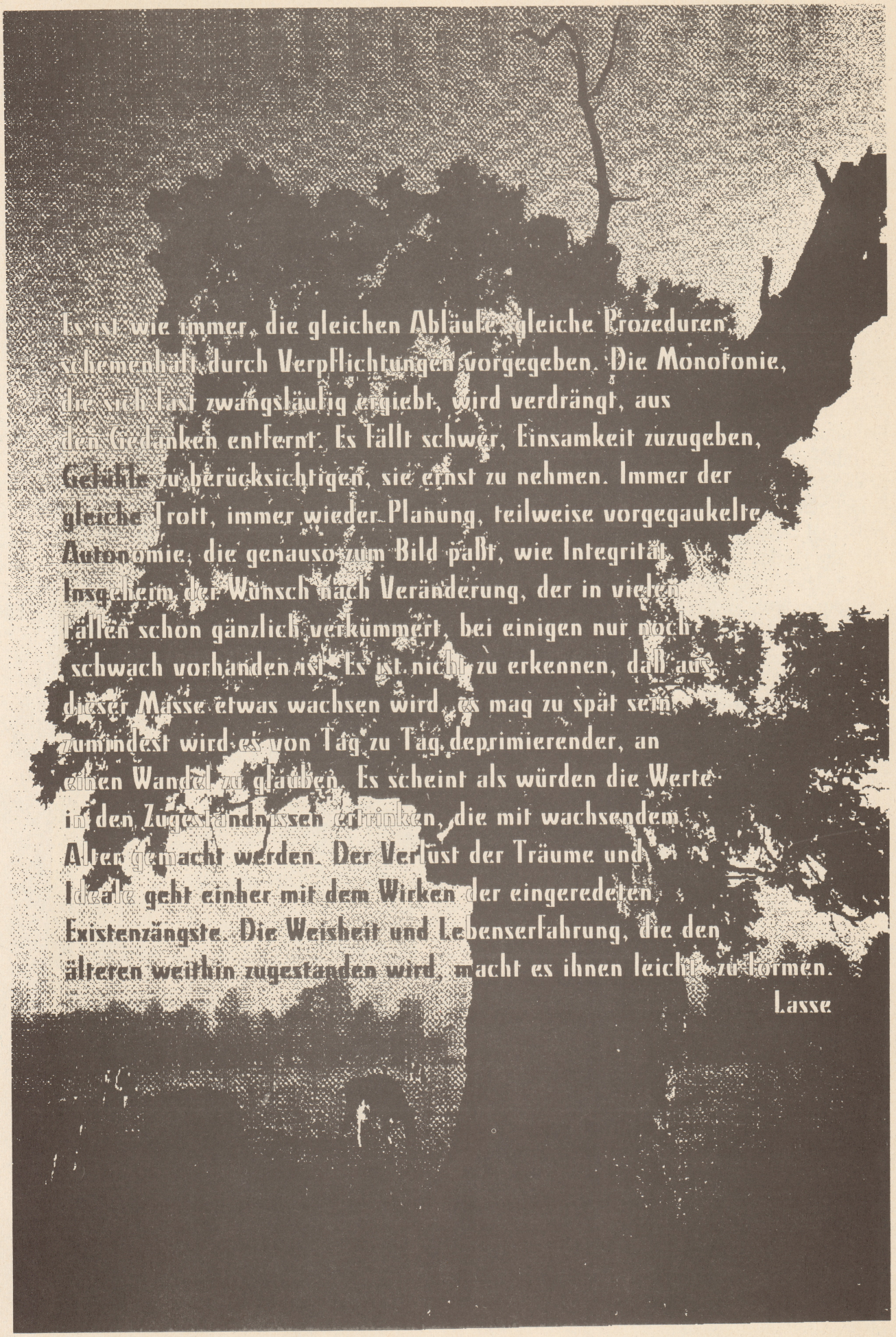
Der Aufstand der Zapatistas.....S. 4-11
Der Kampf um die Bäume.....S.12-14
Buchrezension: „Die Offenbarung der Propheten“..S.16-20
Veganismus und Ökofaschismus ?...S.21-22
Endlich auch rosa-grün in Schleswig-Holstein...S.23-27
Von Jalta nach Sarajevo.....S.29-38

Die Worte rasten ein und öffnen Kästchen, in denen Worte liegen, die darauf warten, Kästchen zu öffnen, indem sie einrasten.

(G.Grass: „örtlich betäubt“)

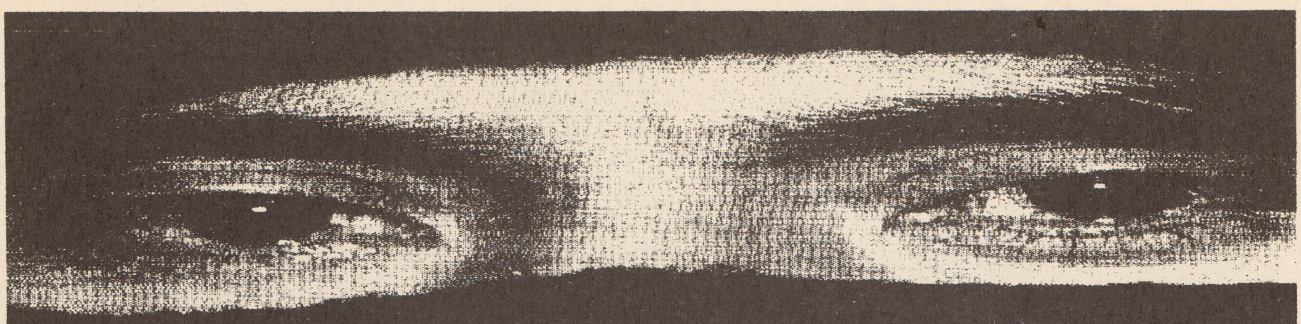
Übrigens: Wir suchen noch Menschen, die bereit sind, an der „urbane repression“ mitzuarbeiten. Natürlich ist auch Kritik äußerst erwünscht.

Kontakt (Achtung! Neue Adresse!):
Lasse Koch
Heußweg 83
20255 Hamburg



Es ist wie immer, die gleichen Abläufe, gleiche Prozeduren, schemenhaft durch Verpflichtungen vorgegeben. Die Monotonie, die sich fast zwangsläufig ergiebt, wird verdrängt, aus den Gedanken entfernt. Es fällt schwer, Einsamkeit zuzugeben, Gefühle zu berücksichtigen, sie ernst zu nehmen. Immer der gleiche Trott, immer wieder Planung, teilweise vorgegaukelte Autonomie, die genauso zum Bild paßt, wie Integrität. Insgeheim der Wunsch nach Veränderung, der in vielen Fällen schon gänzlich verkümmert, bei einigen nur noch schwach vorhanden ist. Es ist nicht zu erkennen, daß aus dieser Masse etwas wachsen wird, es mag zu spät sein, zumindest wird es von Tag zu Tag deprimierender, an einen Wandel zu glauben. Es scheint als würden die Werte in den Zugeständnissen ertrinken, die mit wachsendem Alter gemacht werden. Der Verlust der Träume und Ideale geht einher mit dem Wirken der eingeredeten Existenzängste. Die Weisheit und Lebenserfahrung, die den älteren weithin zugestanden wird, macht es ihnen leicht zu formen.

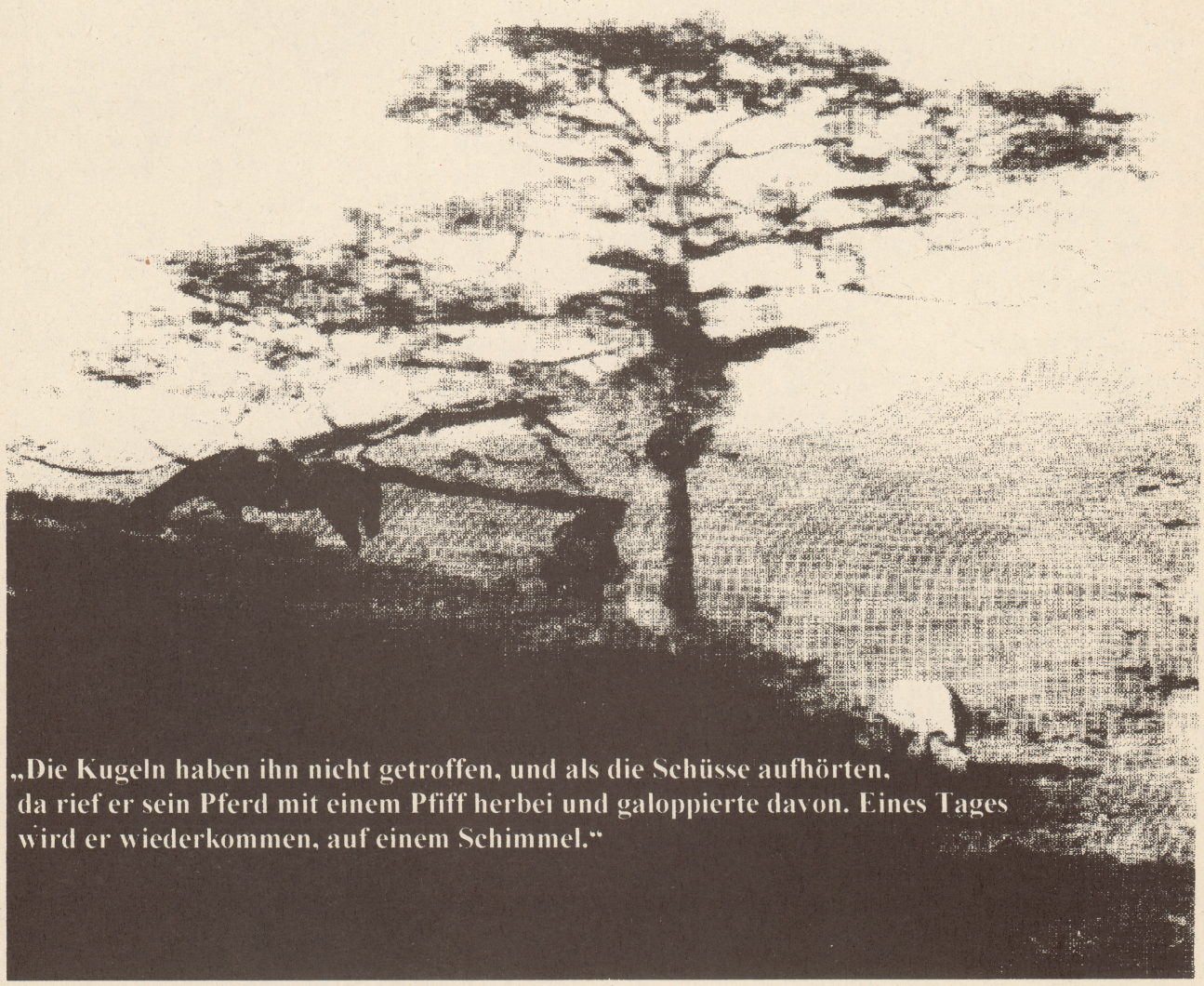
Lasse



Aufstand der EZLN in Chiapas/Mexiko

Emiliano Zapata :
Der südliche Bundesstaat Mexikos, „Morelos“,die Heimat Emiliano Zapatas, galt Anfang des 20.Jahrhunderts als einer der größten Zuckerlieferanten der Welt. Doch spitzte sich die soziale Situation der Landbevölkerung Morelos unter der 30jährigen diktatorischen Herrschaft von Porfirio Diaz unter dem Eindruck des durch die forcierte Industrialisierung zunehmenden Landkonfliktes zwischen den am kapitalistischen Markt orientierten Plantagenbesitzern und den traditionellen Dorfgemeinden stark zu. Das 1908 erlassene Gesetz zur Regelung des Grundbesitzes hatte zur Folge, daß ein Großteil der Bevölkerung Morelos sein Land abgeben und als Lohnarbeiter auf den Ländereien von 17 Großgrundbesitzern, unter denen 1910 alle guten Ländereien Morelos aufgeteilt waren, arbeiten mußte.
Unter den Eindrücken der Ausbeutung der Landbevölkerung brach das Dorf Anenecuilco, das etwa 400 Einwohner zählte, in Morelos mit einer jahrhundertealten Tradition: der Ältestenrat, das bis dato höchste Gremium des Dorfes, trat angesicht seiner Machtlosigkeit, den Großgrundbesitzern in Bezug auf die Verteidigung der Boden- und Wasserrechte nicht mehr entgegentreten zu können, zurück und wählte den dreißigjährigen Emiliano Zapata, der als bester Vertreter indigener Interessen im Süden Mexikos galt, zum Vertreter des Dorfes.
Im gleichen Jahr bildeten Aufstände gegen das Diaz-Regime, die von Francisco 1. Madero, dem Sohn einer reichen Gutsbesitzer- und Industriellenfamilie angeführt wurden, den Auftakt der mexikanischen Revolution. Madero verstand es durch seine Forderung: „Freie Wahlen und keine Wiederwahl des Präsidenten“ sowohl die in Unterdrückung lebenden Bauern als auch Teile der mexikanischen Bourgeoisie als auch einige Intelektuelle, deren bürgerliche Freiheiten unter dem Diaz-Regime eingeschränkt waren, hinter sich zu vereinen. Unter starkem innen- als auch außenpolitischen Druck durch die USA trat Diaz im Mai 1911 zurück. Madero kam an die Macht, jedoch hielt dieser sich nicht an seine Versprechungen einer Agrarreform.
Die Reaktion Zapatas war die Veröffentlichung des „Plan von Araya“ , indem er Maderos Präsidentschaft als unrechtsmäßig erklärte, auf die Mißstände in den ländlichen Regionen aufmerksam machte und darüberhinaus forderte, den Dörfern ihre angestammten Ländereien zurückzugeben. Die aus diesem Plan resultierende Agrarista-Bewegung, die Zapatistas, die sich selbst als konterrevolutionär bezeichneten und die anarchistischem Gedankengut nahestanden, wurden mit dem Ausspruch: „Land und Freiheit!“ in Verbindung gebracht.
Durch einen Putsch kam 1913 der Chefkommandant der Regierungstruppen, General Huerta, an die Macht. Huerta bekämpfte die revolutionäre Bauernarmee Zapatas. So wie durch die Zapatistas im Süden, wuchs der Widerstand gegen das Huerta-Regime auch im Norden Mexicos, hier ließen sich vor allem zwei Strömungen erkennen: einerseits die „Constitucionalistas“ unter der Führung des Gouverneurs des Bundesstaates Coahuila, Venustiano Carranza, deren Hauptziel die Einsetzung des rechtmäßigen Nachfolgers Maderos war, andererseits die „Division del Norte“ unter Pancho Villa, der die Ideale der Agrarista-Bewegung des Südens vertrat. Im Gegensatz zu diesen Berufsarmeen, die sich in den Jahren 1913-1914 immer stärker untereinander bekämpften,handelte es sich bei den

Zapatistas um bewaffnete Bauern, die zeitgleich gegen Huertas Armee kämpften. Unter dem Druck dieser drei Parteien sowie dem außenpolitischen Einwirken der USA konnte Huerta sich nicht an der Macht halten. Auf einem Konvent der jetzt existierenden vier Parteien, Carranza, Villa, Zapata und der dazugekommene Obregon, wurd der „Plan von Araya“ als politisch-soziales Programm übernommen. Carranza ernannte sich selbst zum Präsidenten, wurde aber von Villa und Zapata nicht anerkannt, worauf diese mit ihren Armeen in Mexiko-Stadt einmarschierten. Carranza floh zuerst, doch Zapata und Villa überließen ihm und Obregon aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und mangelnder Erfahrung im Umgang mit den Bedürfnissen von Städtern und dem Lenken der Wirtschaft Mexikos Mexiko-Stadt und zogen sich auf das Land zurück. 1917 wurde die bis heute gültige Verfassung Mexikos verabschiedet, einige Forderungen Zapatas sind in ihr immer noch enthalten (Artikel 27). 1919 wurde Zapata auf Veranlassung von Carranza ernordet, der wiederum auf Veranlassung von Obregon 1920 erschossen wurde. Pancho Villa wurde 1923 von Unbekannten ermordet.



Agrarreformen Zapatas:
1914/15 führte Zapata radikale Agrarreformen durch, Haciendas wurden enteignet und das Land an landlose Bauernfamilien verteilt. Aufgrund der Traditionen entwickelten sich Dorfgemeinschaften und basisdemokratische Regierungsformen, die sich bis auf bundesstaatliche Ebenen fortsetzten. Die unter den Einwirkungen des „Plans von Araya“ entstandenen sich selbst regierenden und verwaltenden Dorfgemeinschaften wurden erst durch die von der Regierung in den späten 20er Jahren durchgeführte Agrarreform in ihrer Bedeutung geschwächt. Entgegen dem Willen der Bauern bekamen sie kein eigenes Land mehr zugeschrieben, sondern „durften“ Staatsland bebauen, dessen Verwaltung dem Agrarministerium unterstand. Die daraufhin einsetzende Korruption zerstörte die Autonomie und den sozialen Zusammenhalt in den Dorfgemeinschaften.

Der Aufstand der Zapatistas:

Am 1.1.1994 sollte nach dem zu der Zeit amtierenden mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari durch den Eintritt Mexikos in die NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone) der Übergang Mexikos zu einem „Erste Welt Land" eingeläutet werden. Doch am selben Tag machten Indigenas, die sich mit ihrer Organisationsnamen „EZLN" (Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional) an den ehemaligen „Indianerhäuptling" Emiliano Zapata anlehnen, Salinas de Gortari und dessen neoliberaler Politik einen Strich durch die Rechnung. Sie besetzten San Christobal, eine Kleinstadt im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, um auf die fatalen Auswirkungen des Eintrittes Mexikos in die NAFTA für die ländliche Bevölkerung und auf die schon existierenden katastrophalen Zustände in den ländlichen Regionen Mexikos hinzuweisen.
Carlos Salinas de Gortari, Mitglied der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), die selbst aus der mexikanischen Revolution von 1920 hervorging und nunmehr 67 Jahre an der Macht ist (wohl auch durch nicht immer ganz legale Stimmenauszählungen bei mehreren Wahlen), veränderte den in der mexikanischen Verfassung verankerten Artikel 27. Das ejido-System, das beinhaltet, daß landlosen Bauern Staatsland zur kollektiven und unbefristeten Nutzung überlassen wird, wurde als Ursache für die geringe Produktivität und Rückständigkeit der mexikanischen Landwirtschaft ausgemacht, die Landverteilung wurde als beendet erklärt und Staatsland wurde an agroindustrielle Betriebe, die die bis dato auf die Produktion von Gütern, die die Grundbedürfnisse der ländlichen Bevölkerung ausmachten, bezogene Landwirtschaft in eine exportorientierte Landwirtschaft veränderten, verkauft. Somit wurde vielen Indigenafamilien die Existenzgrundlage entzogen und darüber hinaus das seit der mexikanischen Revolution bestehende Selbstverständnis des Schutzes der Bauern als eine wichtige Säule der mexikanischen Gesellschaft beendet.
Die EZLN, deren Mitglieder vornehmlich indianischer Herkunft sind, der aber auch Mestizen wie der bekannte Subcommandante Marcos angehören, setzt sich grundsätzlich für die Achtung der indianischen Gemeinschaft und indianischen Regierungsformen ein, womit einhergeht, daß der Diskriminierung, unter der die Indigenas in Mexiko leiden, Einhalt geboten wird, sowie die schlechten sozialen Umstände, von denen fast jedeR indigene MexikanerIn unmittelbar betroffen ist, verändert werden. Konkret heißt das, daß sich gegen die Pflicht eines/r Indianers/in gewehrt wird, vom Bürgersteig treten zu müssen, wenn Großgrundbesitzer oder Touristen vorbeigehen wollen, daß es keine Verbote mehr für Indigenas geben soll, bestimmte öffentliche Plätze, die nebenbei unter der Ausnutzung der billigen Arbeitskraft der Indigenas gebaut wurden, nicht betreten zu dürfen (wie der Marktplatz von San Christobal, der am 1.1.1994 von der EZLN besetzt wurde). Es ist aber auch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, der Kampf gegen jährlich 15000 Tote alleine unter der ländlichen Bevölkerung von Chiapas (wobei es sich hier um die offizielle Zahl handelt, die Dunkelziffer liegt natürlich extrem weit höher, da viele Indigenas, zumeist Kinder, keine Geburtsurkunde besitzen und somit nicht amtlich erfasst wurden), es ist der verzweifelte Ruf von Eltern nach Krankenhäusern, die verhindern sollen, daß nahezu die Hälfte aller Neugeborenen zumeist an heilbaren Krankheiten wie Durchfall oder Verdauungskrankheiten stirbt.

Der „traditionelle Widerstand“ in ländlichen Gebieten Mexikos und dessen Auswirkung auf die Entstehung der EZLN:

Im allgemeinen ist die Zapatista-Bewegung aus zwei verschiedenen revolutionären Strömungen entstanden.
Einerseits aus indigenen Bauern, die sich in vielen kleinen Bauernbewegungen für mehr Rechte einsetzten (Diese Bauernbewegungen haben eine lange Tradition, sie keimten besonders vor der mexikanischen Revolution enorm auf da die Indigenas in Südmexiko auf brutale Weise von ausländischen, zumeist europäischen, Kaffee vertreibenden Konzernen als billige Arbeitskräfte ausgebeutet wurden/was auch heutzutage noch in vielen mittel- und südamerikanischen Ländern zutrifft). Es fehlte diesen Gruppierungen allerdings an politischer Reife, da es trotz mehrerer Versuche nie geschafft wurde, eine große chiapanekische oder lakandonische Bauernorganisation zu gründen.
Andererseits aus Mitgliedern der Studentenbewegung von 1968 und Guerilla-Organisationen aus den 70er Jahren. Der aus diesen Bewegungen resultierende linke Kader ging anfangs der 80er Jahre in die Selva Lacandona um sich mit Waffengewalt gegen die Regierung zu wenden. Hierbei handelte es sich zuerst um fundamentalistische Sozialisten, die von den Dorfgemeinden sehr kritisch betrachtet wurden. Es begann jedoch ein tiefschürfender Transformationsprozeß in diesen Gruppierungen, die indigene Sprache wurde gelernt und die traditionellen Organisationsformen der Indigenas wurden anerkannt.
So begann die EZLN langsam Zulauf aus den Dörfern zu bekommen und auch die Dorfgemeinschaften bemerkten, daß sie den willkürlichen Übergriffen von Großgrundbesitzern und Viehzüchtern nicht mehr hilflos ausgeliefert waren. Die EZLN wurde immer öfter zur Hilfe gerufen, was zur Folge hatte, daß sie nicht mehr nur noch in den Bergen vorzufinden war, sie wurde vielmehr immer mehr zur Organisation der Dörfer und wurde dadurch auch immer mehr durch diese gelenkt. Die EZLN unterstand somit der basisdemokratischen Führung der Dörfer.
Als die mexikanische Wirtschaftskrise die Dörfer traf, zeichnete sich bereits ab, daß es zu keiner friedlichen Lösung mehr kommen konnte. Das Geheime Komitee wurde gegründet, in den Dorfgemeinden wurde über den Krieg abgestimmt. Am 1.1.1994 begann die EZLN stellvertretend für alle chiapanekischen und lakandonischen Dörfer den Krieg der Armen gegen die Reichen.

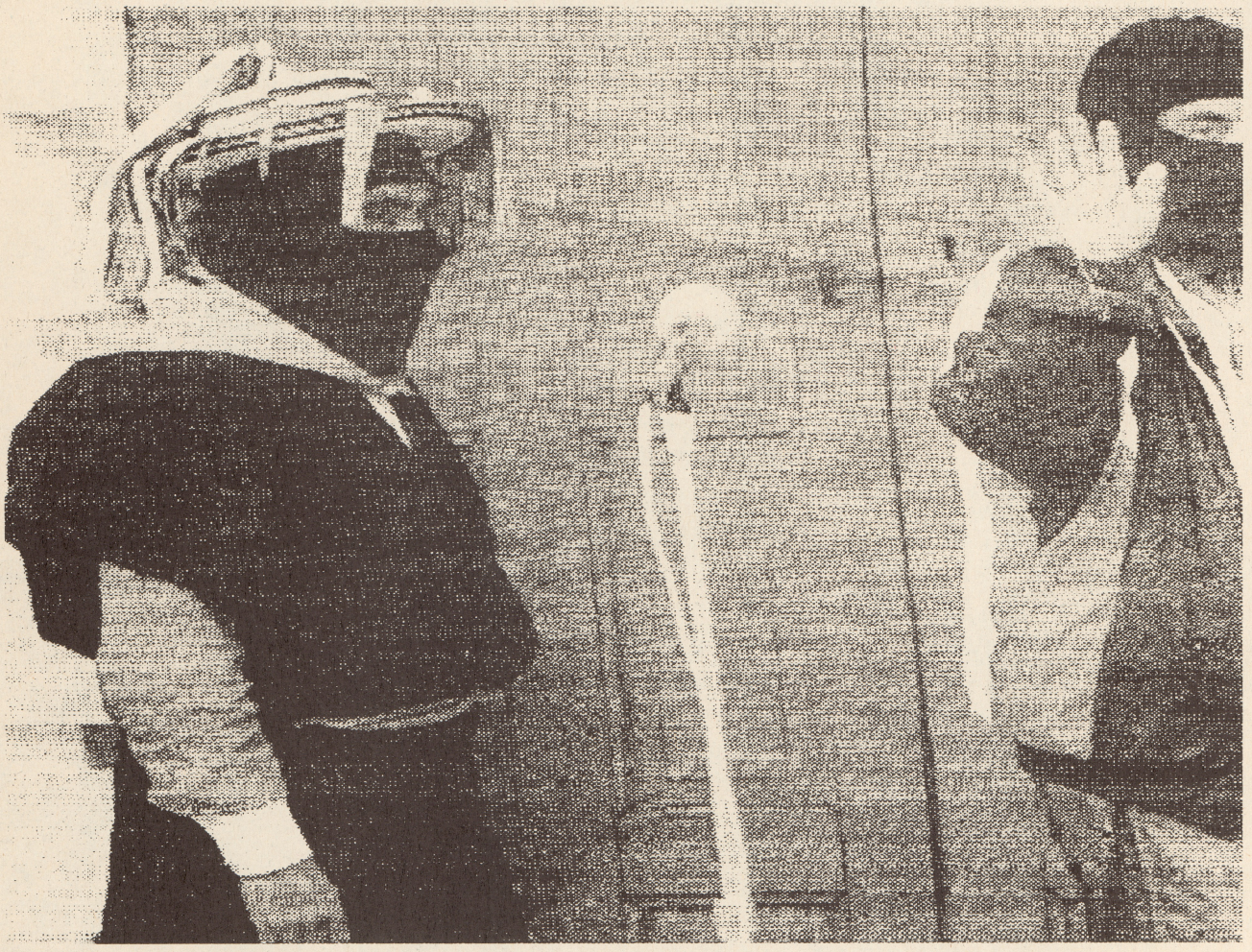
Die Revolution innerhalb der Revolution:

Unter den ersten „Zuwanderern“ der EZLN aus den Dorfgemeinschaften befanden sich auch einige Frauen. Für sie bedeutete ihre Entscheidung, in die Berge zu gehen und sich der EZLN anzuschließen einen fundamentalen Bruch mit den Dorftraditionen. Nach Subcommandante Marcos hatten die Frauen in der EZLN einen beschwerlichen Weg, um sich Respekt unter den männlichen Mitstreitern zu verschaffen. Marcos bezieht den enormen Durchsetzungswillen der Frauen in der EZLN, von denen im Gegensatz zu den männlichen EZLN- Mitgliedern nur sehr wenige aufgrund des anstrengenden Lebens in den Bergen in die Dörfer zurückkehrten, auch darauf, daß diese auf keinen Fall ihre in den Dörfern traditionell vorgesehene Frauenrolle, in der sie Männern schon in ihrer Jugend zur Heirat versprochen werden und von den Grundrechten her keinesfalls gleichberechtigt sind, verkörpern wollen und deswegen denken, daß es ihnen in den Bergen immer noch besser gehe, als im Dorf.
Mittlerweile haben es einige Frauen geschafft,

höhere militärische Ränge zu erlangen und somit mehr Ansehen zu erhalten. Grundsätzlich sind Frauen in der EZLN Männern gleichberechtigt.

Forderungen der EZLN:

Der EZLN geht es nicht nur darum, auf militärischem Weg einen Dialog mit der Regierung zu erzwingen, es geht auch darum, der Zivilbevölkerung auf friedlichem Weg klar zu machen, daß die Diskriminierung von Indigenas innerhalb der mexikanischen Gesellschaft beendet werden muß. Daß es der EZLN nicht darum geht, Mestizen zu entmachten und deren Situation zu schwächen, zeigt auch die Tatsache, daß ein Mestize wie Marcos eine hohe Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit der EZLN spielt. Es ist den EZLN-Mitgliedern nicht wichtig, lediglich von Indigenas vertreten zu werden, es geht ihnen vielmehr darum, daß ihre Abgeordneten (egal welcher Abstammung sie sind) indigene Interessen vertreten. Konkret fordert die EZLN Sitze in der Landesvertretung von Chiapas, die Übernahme von regionalen Radiosendern und Gesetze (und deren Einhaltung) zur Gleichberechtigung von Indigenas in Mexiko. Desweiteren die kollektive Nutzung von Land zur Eigenversorgung und die Verbesserung der Infrastruktur in ländlichem Gebieten.



Die Organisation der EZLN:

Die EZLN ist eine Aufstandsbewegung deren Führung vornehmlich indianisch ist, sie besteht aus Stammesmitgliedern der Tzotzilen, Tzeltalen, Cholen, Tojolabalen, Zoquen und Mamen.
Es gibt keine eindeutige Ideologie, die der EZLN zugrunde liegt. Es geht vielmehr um den gemeinsamen Kampf einer marginalisierten Gruppe gegen Unterdrückung und Rassismus, für Selbsbestimmung und soziale Gerechtigkeit.
Entscheidungen werden demokratisch entschieden. In jeder Versammlung werden Pläne ausgearbeitet und diskutiert, die Aufgaben werden verteilt. JedeR hat die Ausführung seiner/ihrer Aufgabe vor der Versammlung zu rechtfertigen, bei schlechter Ausführung wird er/sie seines/ihres Amtes enthoben.

Der „Mythos Subcommandante Marcos“ und der Versuch, die EZLN in der Öffentlichkeit als ausländisch gelenkte Guerilla zu diffamieren:

Als die EZLN am 1.1.1994 mit der Eroberung von SanChristobal an die Öffentlichkeit trat und sich in den darauffolgenden Wochen ein (höchswahrscheinlich) nicht indigener Sprecher verborgen unter einer pasamontanas (schwarze Gesichtsmütze) der Öffentlichkeit stellte, wurde innerhalb von Mexiko, aber auch in den ausländischen Medien (z.B. Frankfurter Allgemeine Zeitung), versucht, den Aufstand von Chiapas als einen durch ausländische kommunistische Funktionäre gelenkten Krieg gegen den Eintritt Mexikos in die NAFTA zu deklarieren. Dieser Versuch schlug fehl, da die Zapatistas in Mexiko und dadurch auch in der gesamten Welt mit Hilfe der Medienauftritte des Subcommandante Marcos breite Zustimmung für ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Unterdrückung erhielten. Dem um ihn aufkeimenden Personenkult versetzte der rhetorisch geschickt agierende Mestize Marcos mit seiner Antwort auf die Frage, wer er sei, daß sich nämlich jedeR MexikanerIn einen Spiegel vor sein/ihr Gesicht halten solle, um den Subcommandante zu erkennen, einen Dämpfer. Der Grund für die Gesichtsmasken liege nach Marcos in der Bestrebung der EZLN, der Bevölkerung zu zeigen, daß es sich bei der EZLN um keine spezielle Guerilla handele, die für die Verwirklichung abstrakter Ziele kämpfe, sondern daß die Zapatistas vielmehr „normale“ MexikanerInnen seien, die einen gerechten Kampf kämpften und mit denen sich jedeR MexikanerIn identifizieren könne.

Heutige Situation/Zukunftsaussichten:

Der Dialog zwischen der EZLN und der Regierung Mexikos ist ein langwieriger und behäbiger Prozeß, der immer wieder durch Übergriffe der Militärs auf die chiapanekische Zivilbevölkerung und durch die Verwandluntg von Chiapas in ein riesiges Aufmarschgebiet des mexikanischen Militärs unterbrochen und gefährdet wird. Zumindest was die Übernahme der 17 regionalen Radiosender durch die EZLN angeht hat die Regierung ihre Bereitschaft zur Durchführung dieses Schrittes gezeigt. Das größte Problem bei den Verhandlungen bleibt jedoch die Landverteilung unter den Bauern, hier kam es 1996 zu mehreren durch die Armee provozierten Zwischenfällen mit Todesopfern unter den Indigenas. Es liegt nahe, daß die Regierung die Verhandlungen durch derartige Aktionen gefährden will, es bleibt zumindest fraglich, sollte es doch noch zu einer „friedlichen“ Lösung kommen, inwieweit die neuen Gesetze zur Landumverteilung wirklich von der PRI geachtet werden.

Jedoch erschreckt es zu hören, daß in den Wochen direkt nach den Aufständen vom Januar 1994 136 Indigenas willkürlich bei der Ausübung ihrer alltäglichen Arbeit verhaftet , 67 davon gefoltert , 19 Menschen durch Regierungstruppen verschleppt und 21 außergerichtliche Hinrichtungen wie

z. B. in der Kleinstadt Ocosingo, wo 5 Indigenas mit Genickschuß aufgefunden wurden, bekannt (gegeben) wurden. Bezeichnend für die mexikanischen Behörden ist, daß bei den Untersuchungen dieser Vorfälle plötzlich und rein zufällig wichtige Hinweise verloren gingen etc. und niemand für diese Vorfälle verantwortlich gemacht wurde. Hinzu kommt, daß es sich hierbei lediglich um die offiziell genannten Zahlen handelt...
Die offizielle(!) Zahl der bei den Kampfhandlungen gefallenen Menschen ist bei 145 stehengeblieben...

Subcommandante Marcos

Wer muß um Verzeihung bitten?

Brief vom 18. 1. 1994 an verschiedene mexikanische Medien anläßlich des Amnestieangebots der Regierung.

Senores

[...]

Bis zum heutigen Tag haben wir nur Kenntnis erhalten von der formelhaften „Vergebung (perdon)", welche die Bundesregierung unseren Verbänden anbietet. Wofür müssen wir um Verzeihung bitten? Daß wir nicht Hungers sterben? Daß wir in unserem Elend nicht stillschweigen? Daß wir nicht demütig die gigantische historische Bürde der Mißachtung und Verwahrlosung akzeptiert haben? Daß wir uns mit Waffen erhoben haben, als wir alle anderen Wege verschlossen vorfanden? Daß wir uns nicht an das Strafgesetzbuch von Chiapas gehalten haben, das absurdeste und repressivste, woran man sich erinnert? Daß wir dem Rest des Landes und dem ganzen Globus gezeigt haben, daß die menschliche Würde noch lebt und auf seinen am meisten verarmten Bewohnern beruht? Daß wir uns gut und gewissenhaft vorbereitet haben auf den Aufstand? Daß wir zu kämpfen gelernt hatten, bevor wir es taten? Daß wir alle Mexikaner sind? Daß wir alle mehrheitlich Indigenas sind? Daß wir das gesamte mexikanische Volk aufrufen, in allen möglichen Formen für das zu kämpfen, was ihm gebührt? Daß wir für Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit kämpfen? Daß wir nicht die Schnittmuster der vorherigen Guerillas nachahmen? Daß wir uns nicht ergeben? Daß wir uns nicht verkaufen? Daß wir uns nich verrraten?

Wer muß um Verzeihung bitten, und wer kann sie gewähren?

Diejenigen, die sich Jahr für Jahr an einen gedeckten Tisch gesetzt und sich gesättigt haben, während sich zu uns der Tod setzte, so alltäglich, so der unsere, daß wir letztlich aufhörten, vor ihm Angst zu haben? Diejenigen, welche uns die Taschen und die Seele mit Erklärungen und Versprechen füllten? Die Toten, unsere Toten, so tödlich eines „natürlichen" Todes gestorben, d.h. an Masern, Keuchhusten, Denguefieber, Cholera, Typhus, Mononucleosis, Tatanus, Lungenentzündung,

Malaria und anderen Niedlichkeiten in Magen, Darm und Lunge? Unsere Toten, so mehrheitlich gestorben, so demokratisch gestorben an ihren Leiden, weil keiner etwas gemacht hat, weil alle Toten, unsere Toten, einfach so weggegangen sind, ohne daß jemand die Rechnung führen würde, ohne daß jemand schlußendlich „Es reicht!“ sagen würde, das diesen Toten ihren Sinn wiedergegeben hätte, ohne daß jemand die Toten von jeher, unsere Toten, bitten würde, daß sie zurückkehrten, um nochmal zu sterben, aber jetzt, um zu leben? Diejenigen, die uns das Recht und die Gabe unserer Leute verweigerten, zu verwalten und verwalten zu lassen? Diejenigen, die unseren Bräuchen, unserer Farbe, unserer Sprache den Respekt verweigerten? Diejenigen, die uns wie Ausländer auf unserer eigenen Erde behandeln und von uns Papiere verlangen und die Unterordnung unter ein Gesetz, von dessen Existenz und Richtigkeit wir nichts wissen, nichts wissen wollen? Diejenigen, die uns folterten, gefangennahmen, ermordeten und verschwinden ließen wegen des schweren „Verbrechens“, ein Stück Land zu wollen, kein großes Stück, kein kleines Stück, nur ein Stück, aus dem man etwas herausholen kann, um den Magen zu füllen?

Wer muß um Verzeihung bitten und wer kann sie gewähren?

Der Präsident der Republik? Die Minister? Die Senatoren? Die Bundesabgeordneten? Die Gouverneure? Die Oberbürgermeister? Die Polizisten? Die Bundesarmee? Die noblen Herren der Bankwelt, der Industrie, des Handels und des Bodens? Die Intellektuellen? [...]
Die Kommunikationsmittel? Die Studenten? Die Lehrer? Die Bewohner der armen Stadtteile? Die Arbeiter? Die Campesinos? Die Indigenas? Die Toten eines unnützen Todes?

Wer muß um Verzeihung bitten, und wer kann sie gewähren?

Gut, das ist alles für jetzt.
Gesundheit und eine Umarmung, denn bei dieser Kälte ist man für beides dankbar (glaube ich), auch wenn sie von einem „Professionellen der Gewalt“ kommen.

Spendenaufruf für den Medienfond der EZLN

Die Kommunikation und Kommunikationsmittel spielen im Konflikt in Chiapas eine Schlüsselrolle. Wer Nachrichten und Bilddokumente produzieren und verbreiten kann, nimmt entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge. Das gilt umso mehr, seitdem die Waffen erfreulicherweise weitgehend schweigen.

Eine Forderung der EZLN gegenüber der Regierung ist die Einrichtung einer unabhängigen Radiostation der Indigenas. Sie soll von ihnen selbst betrieben werden, um das Recht auf wahrheitsgetreue Informationen über lokale, regionale, nationale und internationale Ereignisse verwirklichen zu können. Die Regierung hat eine Lizenzvergabe in Aussicht gestellt. Damit diese mögliche Radiostation eines Tages wirklich unabhängig funktionieren kann, bedarf es vieler Dinge:

-Tonbandkassetten und natürlich Ausbildung der künftigen ReporterInnen,
-Radiogeräte in den Dörfern, damit die Sendungen gehört werden können.

Außerdem hat die EZLN den legitimen Wunsch, ihre eigene Geschichte selbst in Bildern festzuhalten. Eine Videoausrüstung wird gebraucht, um Ereignisse jenseits pressekonjunkturellen Interesses festhalten zu können. Auch die meisten kulturellen Aktivitäten bedürfen eines Kommunikationsmittels, seien es Tonbandgeräte oder Plattenspieler, die wiederum Generatoren brauchen, da es in weiten Teilen der von der EZLN kontrollierten Gebiete keinen Strom giebt.
Die ila ruft dazu auf, kräftig für einen „Medienfond“ der EZLN zu spenden, mit dem solche Anschaffungen getätigt werden können.

Spenden bitte an
Informationsstelle Lateinamerika
Konto 583 99-501, Postgiroamt Köln,BLZ 370 100 50
Stichwort „Medienfond der EZLN“
(Stichwort unbedingt angeben!)

Spendenaufruf aus:
„YA BASTA“

Quellenangaben:

„YA BASTA“ Verlag Libertäre Assoziation
„VIVA ZAPATA“ Die Aktion
„Mexico-Aufstand in Chiapas“
Edition ID-Archiv
„junge Welt“

Photographien aus:

„YA BASTA“ und „junge Welt“

Der Kampf um die Bäume

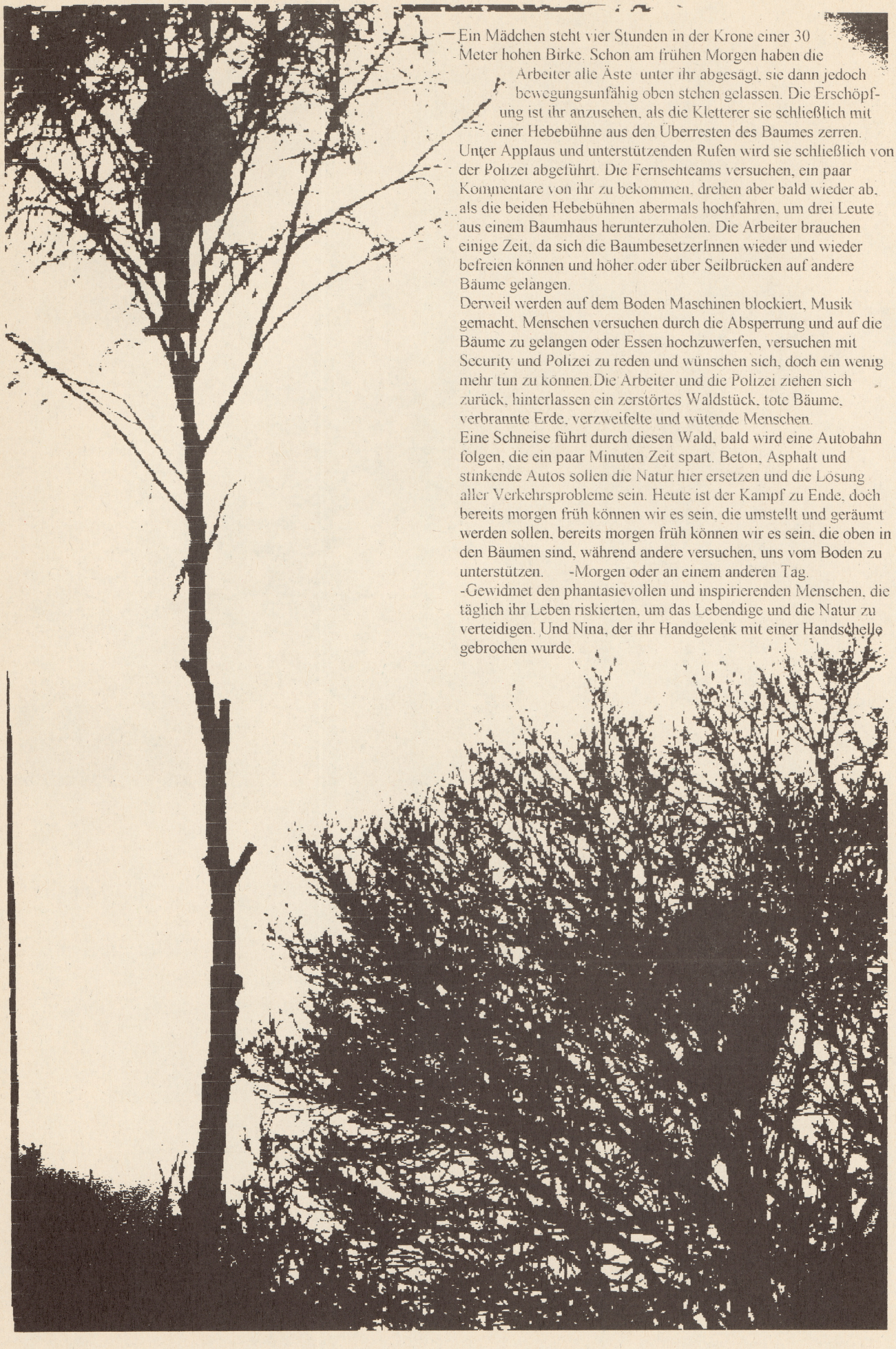
Nach monatelanger Vorbereitung begann am 9. Januar 1996 die „Dritte Schlacht von Newbury“ in der Grafschaft Berkshire, westlich von London. 1643 und 1644 fanden dort zwei bedeutende Gefechte, mit dem Ziel, die Monarchie zu stürzen, statt.
Diesmal geht es um eine ca. 9 Meilen lange Umgehungsstraße, die mitten durch drei Naturschutzgebiete, zwei historische Schlachtfelder und den Fluß Kennet führen soll.
Mehrere hundert AnwohnerInnen, NaturschützerInnen und AutobahngegnerInnen aus dem ganzen Land kämpfen nun seit mehreren Monaten mit direkten Aktionen gegen das Projekt, das von über 1000 Angestellten einer Sicherheitsfirma, einem riesigen Polizeiaufgebot, mehr als 20 professionellen Kletterern und den Arbeitern der Straßenbaufirma durchgesetzt werden sollen.

Die StraßengegnerInnen errichteten 29 Hüttendörfer entlang der geplanten Strecke, die allesamt (aus taktischen und ästhetischen Gründen) in der Luft lagen.Die Protestcamps bestanden aus ca. 10 bis 30 Meter hoch liegenden Baumhäusern, verbunden durch Seilbrücken („Walkways“), auf denen mensch sich von Baum zu Baum hangeln konnte. Ein Dorf wurde sogar mit Stollen untertunnelt, in denen sich Menschen verschanzen wollten.
Die Arbeiten begannen und wurden massiv gestört, indem ProtestlerInnen immer wieder auf die Bäume kletterten, die gefällt werden sollten, oder indem sie sich an Baumaschinen festketteten. Den Baumdörfern mußte mit Hebebühnen („Cherrypicker“) und Kletterern jeder einzelne Baum abgekämpft werden.
Immer mehr Menschen strömten nach Newbury, aufgeweckt durch die Fernsehübertragungen der Auseinandersetzungen in lebensgefährlicher Höhe.
6000 GegnerInnen demonstrierten an einem Aktionstag gegen den Bau der Straße.
Geld-, Kleider-, Essens- und Materialspenden aus ganz England erreichten mit den zahlreichen BesucherInnen kontinuierlich die Umwelt-AktivistInnEN.
Obwohl selbst ein Komittee des Verkehrsministeriums zugab, daß die

Umgehungsstraße massiv die Landschaft zerstört und nicht fähig ist, den Verkehr einer Autobahn aufzunehmen, wird sie gebaut.
Mehrere Monate dauerte die „Dritte Schlacht von Newbury“ und obwohl die Bäume bereits gefällt wurden, kämpfen noch viele der Menschen dort aktiv weiter, treiben die Kosten in die Höhe und verhindern dadurch auch ähnliche Projekte, die aus dem selben Etat finanziert werden sollen.
Der Kampf in Newbury ist noch nicht zu Ende.

-Alltag-

Es wird hell. Eine Kettensäge heult auf und beginnt zu sägen.
Aufgeschreckt stecke ich meinen Kopf aus der Luke des Baumhauses-nichts zu sehen.
Geschrei, Rufe, Verwirrung. -Kommen sie zu uns?
Wir wecken die anderen im Camp, ziehen uns in Eile Kleidung und Klettergurte an.
Die ersten laufen über das Feld, um zu sehen, wo die Geräusche herkommen. -
Falscher Alarm, es sägt sich bloß jemand Brennholz. Wir sind erleichtert, lachen.
-Was für ein Morgen!
Wir essen und trinken Tee, als die Nachricht über Funk kommt, daß sie im Süden der geplanten Strecke zugeschlagen haben. Eine Anwohnerin kommt und bietet uns eine Mitfahrgelegenheit an.
Wir sehen die gelben Jacken der Security und der Polizei schon von weitem, hören das Geschrei, die Kettensägen, die Baumachinen. Ca. 15 Personen sind auf den Bäumen.
Fast tausend gelbe Jacken haben das Protestcamp umstellt, schirmen die Arbeiten ab und hindern die ca. 50 Menschen am Boden daran, auf die Bagger, auf die Bäume zu klettern, sich anzuketten oder in den Weg zu stellen. Die ersten gefällten Bäume werden zu Hügeln aufgeschichtet und verbrannt.

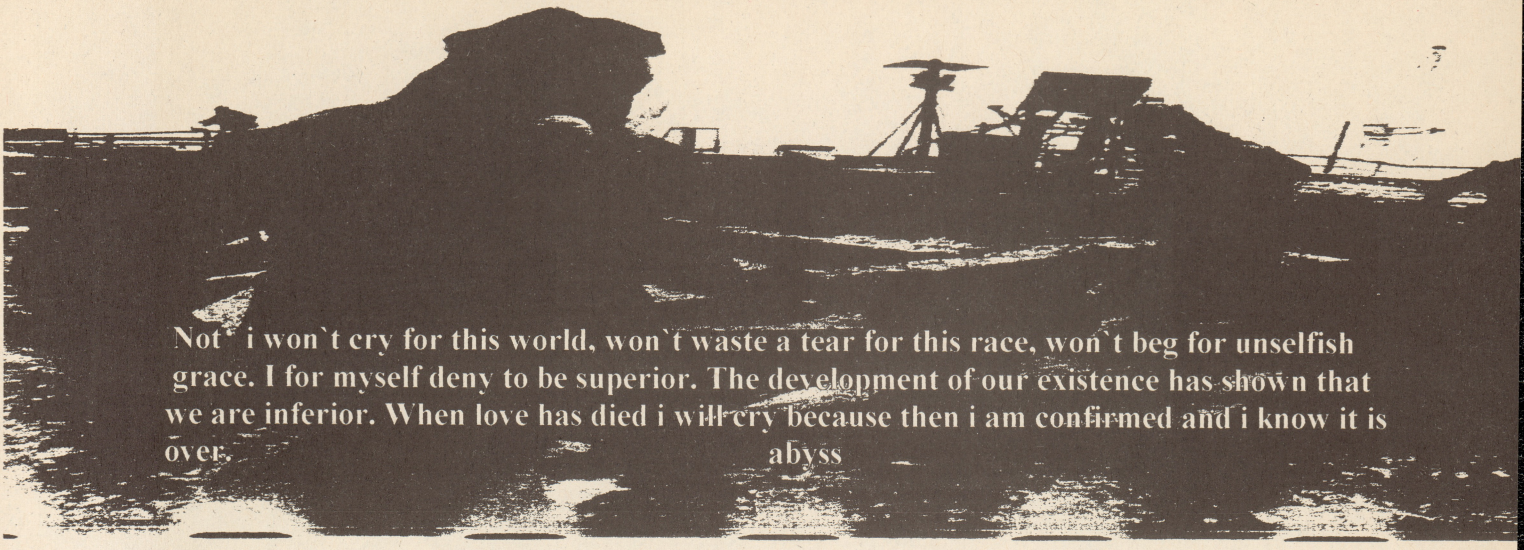


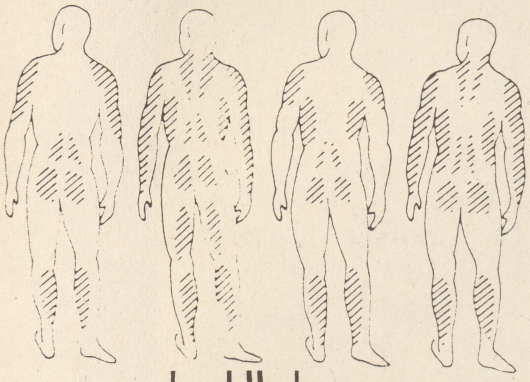
Ein Mädchen steht vier Stunden in der Krone einer 30 Meter hohen Birke. Schon am frühen Morgen haben die Arbeiter alle Äste unter ihr abgesägt, sie dann jedoch bewegungsunfähig oben stehen gelassen. Die Erschöpfung ist ihr anzusehen, als die Kletterer sie schließlich mit einer Hebebühne aus den Überresten des Baumes zerren. Unter Applaus und unterstützenden Rufen wird sie schließlich von der Polizei abgeführt. Die Fernsehteams versuchen, ein paar Kommentare von ihr zu bekommen, drehen aber bald wieder ab, als die beiden Hebebühnen abermals hochfahren, um drei Leute aus einem Baumhaus herunterzuholen. Die Arbeiter brauchen einige Zeit, da sich die BaumbesetzerInnen wieder und wieder befreien können und höher oder über Seilbrücken auf andere Bäume gelangen.

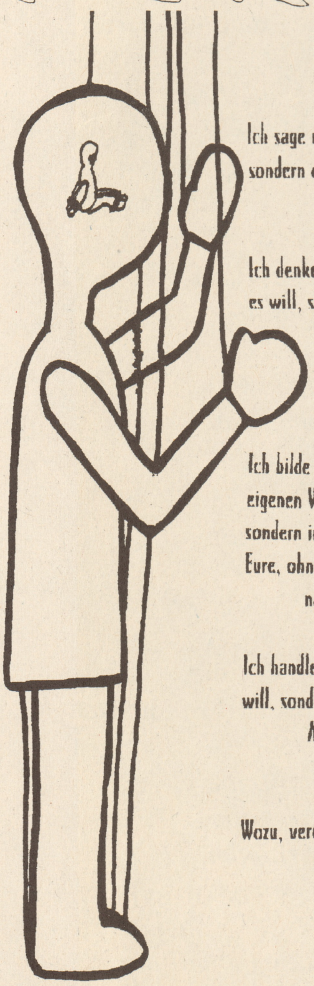
Derweil werden auf dem Boden Maschinen blockiert, Musik gemacht, Menschen versuchen durch die Absperrung und auf die Bäume zu gelangen oder Essen hochzuwerfen, versuchen mit Security und Polizei zu reden und wünschen sich, doch ein wenig mehr tun zu können.Die Arbeiter und die Polizei ziehen sich zurück, hinterlassen ein zerstörtes Waldstück, tote Bäume, verbrannte Erde, verzweifelte und wütende Menschen.

Eine Schneise führt durch diesen Wald, bald wird eine Autobahn folgen, die ein paar Minuten Zeit spart. Beton, Asphalt und stinkende Autos sollen die Natur hier ersetzen und die Lösung aller Verkehrsprobleme sein. Heute ist der Kampf zu Ende, doch bereits morgen früh können wir es sein, die umstellt und geräumt werden sollen, bereits morgen früh können wir es sein, die oben in den Bäumen sind, während andere versuchen, uns vom Boden zu unterstützen. -Morgen oder an einem anderen Tag.

-Gewidmet den phantasievollen und inspirierenden Menschen, die täglich ihr Leben riskierten, um das Lebendige und die Natur zu verteidigen. Und Nina, der ihr Handgelenk mit einer Handschelle gebrochen wurde.


Not i won`t cry for this world, won`t waste a tear for this race, won`t beg for unselfish grace. I for myself deny to be superior. The development of our existence has shown that we are inferior. When love has died i will cry because then i am confirmed and i know it is over.
abyss





Ich sage nicht, was ich will, sondern das, was Ihr hören wollt.

Ich denke nicht so, wie ich es will, sondern nach Euren Schemen.

Ich bilde mir nicht meine eigenen Wertvorstellungen, sondern ich übernehme Eure, ohne darüber nachzudenken.

Ich handle nicht, wie ich es will, sondern ich bin Eure Marionette.

Wozu, verdammt nochmal, lebe ich?

NACHFRAGE

Was macht eigentlich...

..MICHAEL »BOMMI« BAUMANN? Der Berliner war Anfang der 70er Jahre Mitglied der Terror-Gruppe »Bewegung 2. Juni«; 1972 verübte er einen Anschlag auf das Landeskriminalamt

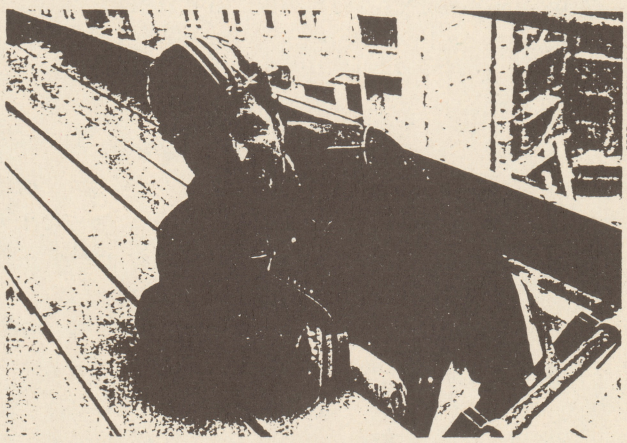


FOTO: UWE ARENS/PAPARAZZI

FOTO: STARK-OTTO

Michael Baumann arbeitet heute als Bauleiter eines Projektes für das Drogen-Therapiezentrum Berlin. Der 48jährige schrieb 1975 das Buch »Wie alles anfing«, in dem er seine Entwicklung zum Stadt-Guerilla, aber auch seine Abkehr vom Terrorismus schildert. Im Februar 1970 wurde er nach dem Überfall auf einen Reporter verhaftet

STERN: Sie arbeiten heute auf einer Baustelle, früher haben Sie im Namen der Revolution Bomben gelegt. War Ihr Leben da nicht spannender?

BAUMANN: Spannend war das schon. Und daß ich mal von 7 Uhr bis 16 Uhr über eine Baustelle renne, hätte ich mir auch nicht träumen lassen. Und wenn ich die Arbeiter anschreie, ist mir klar, daß die mich verfluchen. Ich bin jetzt eben auf der anderen Seite.

STERN: Wie sind Sie dahin gekommen?

BAUMANN: Dem Polit-Trip habe ich schon 1972 abgeschworen. Baader und Ensslin von der RAF waren verhaftet worden, über uns wurde verhandelt. Ein alter Freund riet mir: Wenn du rumballern willst, geh nach Afghanistan, besorg dir Waffen und ein Haus. Dann kannst du in der Wüste deinen Irrsinn treiben.

STERN: Dazu kam es aber dann nicht...

BAUMANN: In Afghanistan habe ich festgestellt, daß das Leben so als Leben auch ganz lustig ist. Knapp zehn Jahre bin ich durch die Weltgeschichte gezogen. Außerdem hab' ich jede Menge Drogen genommen.

STERN: Zu der Zeit wurde weltweit nach Ihnen gefahndet. Kriegt man einen Blick für seine Verfolger?

BAUMANN: Man kriegt einen Blick für Waffenträger. So einer läuft anders, der verlagert den Schwerpunkt seiner Motorik zur Waffe hin.

STERN: Trotzdem wurden Sie 1981 verhaftet und saßen fünf Jahre im Gefängnis.

BAUMANN: Da hat man viel Zeit zum Nachdenken über sich und die Menschheit. Wenn du täglich mit Verrückten zusammen bist, dann rückst du selbst in die Mitte der Gesellschaft.

STERN: Wie meinen Sie das?

BAUMANN: Es ist meine tiefe Überzeugung, daß ein Rechtsstaat und die zivilisierte Auseinandersetzung die einzige Möglichkeit des Zusammenlebens sind. Ich verstehe die autonome Szene und die RAF-Reste nicht. Es herrschen inzwischen schon genug Irre. Sollen die etwa die Alternative sein?

STERN: Sie fürchten um ein System, das Sie einst bedroht haben?

BAUMANN: So ist es. Die Rechtsradikalen werden unterschätzt. Wenn weiter Gewalt in dem Stil nach Deutschland hineingetragen wird, wie es die PKK macht, dann werden die Neonazis zur Gefahr.

STERN: Was ist mit Drogen?

BAUMANN: Satanisch, leider spät gemerkt. Im Sommer '93 bin ich zusammengeklappt: Leber kaputt, die Bauchspeicheldrüse. Ich suchte eine Aufgabe, um nicht wieder mit dem Drücken anzufangen. Über die Drogenhilfe bin ich also wieder bei meinem Beruf gelandet.

STERN: Sie haben auf dem Bau gelernt?

BAUMANN: Ja, ich bin Betonbauer und habe sogar einen Schweißerpaß.

STERN: Wie fühlen Sie sich, arbeitend und angepaßt?

BAUMANN: Kraß unterbezahlt, eindeutig. Ich brauche das gesamte Wochenende, um mich einigermaßen zu regenerieren. Mein Hirn ist gefordert, ich trage mittlerweile über ein Jahr Verantwortung für 50 Mann und die Leitung der Baustelle.

STERN: Was machen Sie nach Feierabend?

BAUMANN: Ich fahre nach Hause zu meiner Freundin, trinke Tee und höre Corelli.

STERN: Bommi Baumann - ein konservativer Mensch?

BAUMANN: Wahrscheinlich ja. Konservativ, katholisch, staatstragend.

Mit Michael Baumann sprach STERN-Mitarbeiterin Annett Heide.

Die Offenbarung der Propheten

von Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Ein Buch gegen die "Reaktivierung entwicklungsgeschichtlich älterer Verhaltensweisen bei Abbau oder Verlust des höheren Niveaus", die Regression, ist die "Offenbarung der Propheten" von Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Als Verächter der Angeber, Anpasser und Propheten unter den Linken ist es ihre Absicht "auch dann nicht blöde zu werden, wenn ein klassenspezifisch bestimmbares, revolutionäres Subjekt nicht aufzufinden ist" und schlechte Verhältnisse nicht gutzureden.
Sie beginnen mit zwei Kapiteln politischer Ökonomie, in denen sie die derzeitigen Entwicklungen des Kapitalismus global und in Deutschland im besonderen analysieren, der seit dem Zusammenbruch der Systemkonkurrenz in Form der realsozialistischen Länder noch hemmungsloser plündere, ausbeute und militärisch aggressiver werde. Auch in der innerimperialistischen Konkurrenz schwinde die Rücksichtnahme auf Bündnisfähigkeit. Im Machtkampf der Blöcke spielten Menschen und ihre Freiheit keine Rolle, die menschliche Arbeitskraft werde sich noch brutaler angeeignet, indem die nationalistische Standortdebatte genutzt werde, um die Profitrate zu sanieren:
Kaum hatte die Krise mit einigen Jahren Verspätung auch Deutschland erreicht, begann den krisenentwöhnten Deutschen die Knie zu schlottern - immerhin waren sie bereits seit längerer Zeit propagandistisch auf kommende magere Jahre vorbereitet worden: sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt;... der Standort Deutschland sei massiv bedroht und büße möglicherweise seine Vorrangstellung in der Welt ein. Die Bevölkerung, bar jeder antikapitalistischen Utopie und erfüllt vom einzigen Wunsch, es möge der Marktwirtschaft gutgehen, kapitulierte. Willfährig gab sie in repräsentativen Umfragen jene Meinung wieder, die man ihr beigebracht hatte. Laut einer "Forsa"- Umfrage vom Juni 1993 meinte 81 Prozent der Deutschen, sie hätten in den letzten Jahren über ihre Verhältnisse gelebt, und rund zwei Drittel waren davon überzeugt, daß die Wirtschaftskrise nicht ohne Abstriche beim Urlaub und nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeiten zu bewältigen sei. Nur einen Monat später brachte eine "Infas"- Umfrage zutage, daß zwei Drittel der Befragten einen Mangel an Recht und Ordnung beklagen und 63 Prozent die Aussage bejahen, daß Deutschland zur Lösung seiner Probleme "in erster Linie einen starken Mann an seiner Spitze" benötigte. "Emnid" schob nach, daß mehr als die Hälfte der Deutschen auch - der Notwendigkeit gehorchend - wieder am Samstag arbeiten würden.
Unter diesen Umständen ist die kapitalistische Abkehr vom Keynesianismus, der die Menschen ruhig hielt, indem er seine ökonomischen Überschüsse der Gesellschaft zukommen ließ, widerstandslos hingenommen worden.
Das neue Zauberwort heißt Risikogemeinschaft. Es meint eine Marktwirtschaft, die nicht durch soziale Errungenschaften oder präventive Zahlungen für die Befriedung domestiziert ist, sondern unverfälscht wirken kann - als das in die zivile Gesellschaft übernommene darwinistische Naturgesetz. Wer im Konkurrenzkampf brutal und geschickt genug ist, gewinnt zu Recht. Wer auf der Strecke bleibt, darf als Looser ausgesondert werden, weil er sich als zu schwach erwies. Fast unmerklich haben Begriffe eine neue Bedeutung erhalten. Die Reform, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch soziale Verbesserungen versprach, um Kämpfe, die auf mehr zielten, ruhigzustellen, bezeichnet heute nur noch die nächste

darwinistische Maßnahme: Reform des Asylrechtsparagraphen, Reform des Gesundheitswesens, Reform der Sozialhilfe usw. Und diese Demontage des Sozialsystems, die europaweit stattfindet, wirke sich in Deutschland immer noch besonders aus: *Die Stimmung in Deutschland ist mysteriös. Unternehmer unjd Regierungen wollen die Lohnquote auf das Niveau der 50er Jahre drücken und Krankheit wieder zu einem unkalkulierbaren Risiko machen, sie beschimpfen und bepöbeln die unteren Schichten , die ihnen zum Dank dafür ewigen sozialen Frieden schwören. In Frankreich genügten Sparpläne für das Bildungswesen, um Paris tagelang ins Chaos zu stürzen, in Italien brachte eine Rentenkürzung zwei Millionen Menschen auf die Straßen.*

Das Vortäuschen einer Gesellschaft, die im Überfluß lebe, um so autoritäre Charaktere auf Leistung und Verzicht für die Nation und die Firma zu trimmen, die Senkung der Kosten für die menschliche Reproduktion, die deutsche Expansion nach Osteuropa, die Flexibilisierung der Arbeitszeit beim gleichzeitigen Abbau sozialer Errungenschaften zählen nach den Autoren zu den Mitteln, mit denen der Kapitalismus sich gegenwärtig saniert.
Im zweiten politökonomischen Teil widerlegen die beiden Theoretiker wie Robert Kurz und Karl-Heinz Roth, die den Zusammenbruch des Kapitalismus vorraussagen, von einer Trennung des Kapitals von den Interessen der Nation schwafeln oder gar eine Angleichung der Welten, deren soziale Ungleichheit immer weiter wächst, entdecken.

Kritik der Theorie von der Angleichung der Welten

»Kein Nationalstaat, ob arm oder reich kann unter Absehung von seiner Existenz als Moment des globalen Kapitalverhältnisses verstanden werden«, meint Holloway und zieht daraus den Schluß: »Die so oft getroffene Unterscheidung von abhängigen und nicht abhängigen Staaten fällt in sich zusammen« – »die Ausbeutung ist keine Ausbeutung von armen Ländern durch reiche Länder ..., und die Bipolarität ist keine von Zentrum und Peripherie.«[44] Für Roth steht fest: »Es werden also nicht mehr arme Länder durch reiche ausgebeutet, sondern bei der Verwertung von globaler Arbeit durch das globale Kapital setzt sich eine Tendenz zur Angleichung ... durch.«[45] Vielleicht ist dieser globalisierende Unsinn der schamloseste. Irgendeinen Trick, Ungleiches gleich zu machen, gibt es immer. Der Millionär und der Pauper sind beide FC-St.-Pauli-Fans, beide sind deutsch und Momente eines globalen Kapitalverhältnisses. Die USA, Deutschland, die Schweiz, die Ukraine, der Irak und Haiti sind allesamt Momente einer kapitalistischen Globalität. Diese banale Feststellung besitzt etwa den gleichen Erkenntniswert wie der ebenso richtige Hinweis, daß alle unter einer Sonne leben. Erst das Wissen um die Disparitäten und deren Ursachen bringt weiter.

Nennen wir beispielhaft einige Differenzen: Die USA sind abhängig vom Wachstum der Weltökonomie und ihrem Anteil daran, der sich durch eine preisgünstige Ölzufuhr erheblich steigern kann. Sie besitzen eine gewaltige Militärmaschinerie und eine sehr starke Stellung in den Weltorganisationen, zu denen auch die UNO gehört. Sie bombardierten den Irak so lange, bis der kapitulierte. Für die USA war der Irak »mit seinen Ölquellen, seiner dadurch gesicherten Teilhabe am internationalen Reichtum, dem Zugang zu Waffen, einer eigenen Waffenproduktion, einem zahlreichen Volk, einer schlagkräftigen Armee und lauter entsprechend ambitionierten nationalen Perspektiven ... ein Problem; eben kein machtloses, ruiniertes und für die Rohstoffbedürfnisse der Welthandelsnationen austauschbares Land im ... Einflußbereich der USA, wie Haiti« (»Gegenstandpunkt« 4/1994). Dem militärisch unterworfenen Staat wurden Bedingungen diktiert: Militärische Abrüstung, begrenzte Einfuhren, Ausfuhrkontrollen, Gebietsentzug, Flugkontrollen, Rüstungsüberwachung. Obwohl der Irak ein Ölland ist, gehört er heute zu den

ärmsten Ländern der Welt und steht vor dem Zusammenbruch. Es liegt auf der Hand, daß er zu vergleichbaren Strafexpeditionen gegen die USA nicht in der Lage wäre, selbst wenn er wollte. Der Irak wurde für etwas bestraft, was für die USA selbstverständlich ist: Er wollte sich u. a. Ölquellen unter den Nagel reißen und eine regionale Großmacht werden. Haiti ist seit Kolonialzeiten ausgeplündert worden, seine Bewohner/innen haben ihre Versorgungsmöglichkeiten eingebüßt. In ihrer Armut überließ man sie einer Militärclique, die so lange rauben und morden durfte, bis Menschen, die man nicht im Land haben wollte, in die USA flohen. Welchen Erklärungswert hat die Feststellung, daß alle drei Länder »Fragmente einer Weltgesellschaft« sind? Natürlich sind Deutschland und die Ukraine Momente eines globalen Verhältnisses. Bei einer Inflationsrate von 4000 Prozent im Jahr ist die Ukraine aber faktisch ein Nationalstaat ohne eigene Währung. Ihre Bergarbeiter lassen sich den Lohn schon seit einiger Zeit in Dollar ausbezahlen. Was hilft den Ukrainern die These, sie seien wie die Deutschen Ausdruck einer Bipolarität der Ausbeutung globaler Arbeit durch das globale Kapital? Nichts wünscht sich das Proletariat in der Ukraine sehnlicher als jene Ausbeutung durch ein globales Kapital, das sich dort bisher nicht sehen ließ.

Erst wenn wir die Platitüden verlassen, stoßen wir auf Erkenntnisse, die uns zeigen, daß sich die Verhältnisse zwischen Nationalstaaten durch Abhängigkeiten, Machtverhältnisse und Reichtumstransfers regeln, die manchmal sogar darüber entscheiden, ob Staaten existieren oder nicht. Dann erkennen wir Nationalstaaten, die über die Terms of Trade, ihr Militär oder den IWF der halben Welt ihre Bedingungen diktieren, und die, wenn es nützlich erscheint, am Wochenende Grenada überfallen oder in Panama einen Präsidenten verhaften, und solche, die hoffen, daß irgendein ausländischer Geldgeber in ihren verkommenen Hauptstädten Bordelle errichtet, weil die ihnen Devisen verschaffen. Dieser Zustand hat seit der Kolonialzeit beständig etwas mit Kapitalismus und seinem Werttransfer zu tun, den es ohne die Schaffung von Disparitäten nicht gäbe. Mandel/Wolf berechnen, daß die negative Entwicklung der Terms of Trade »die Dritte Welt« allein »im Zeitraum von 1982 bis 1987 rund 100 Mrd. Dollar kostete. Hinzu kommen weitere rund 100 Mrd. Dollar, welche die Dritte Welt den Metropolen in Form von Dividenden für Direktinvestitionen und Benutzungsrechte (Lizenzen) ... zahlte.«[46] Zusätzlich landeten 200 Milliarden Dollar Zinszahlungen und – in der Zeit von 1976 bis 1985 – nochmal 200 Milliarden aus den Kassen der besitzenden Klassen der armen Länder auf den Konten der reichen Staaten. Nicht gerechnet wurden die in die Konzernzentralen transferierten Profite. Der IWF sorgt mit seinen Auflagen dafür, daß selbst aus Ländern, die kaum

eine eigene Produktion entwickelt haben, noch Werte geholt werden können. Er ist der institutionelle Ausdruck des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie, von reich und arm, von dominant und abhängig. Wäre das anders, müßte Brasilien Deutschland dazu zwingen können, Sozialhilfe und Schulsystem zugunsten eines Werttransfers nach Brasilien drastisch zu reduzieren bzw. stillzulegen.

Die Behauptung, die mächtigen Staaten und die von ihnen ausgeplünderten armen Länder würden sich unter der Weltherrschaft des Geldes gleichermaßen auflösen bzw. sich einander anpassen, kommt einem historischen Freispruch des Imperialismus gleich. Allenfalls die armen Länder, deren Souveränität unter der fremden Hoheitsgewalt zu einer formalen Hülle geworden ist, könnten als obsolet gewordene Nationalstaaten charakterisiert werden. Aus den Tätern Opfer einer alle in Mitleidenschaft ziehenden globalen Entwicklung zu machen, ist allerdings Ausdruck eines Zeitgeistes, der auch linke Theoretiker veranlaßt, sich nur noch darum zu sorgen, ob das Kreditsystem der Reichen auch sicher genug ist oder womöglich das hiesige Bankensystem vor einem Zusammenbruch steht. Indem unter der Beschwörung der Globalität alles gleich wird, beerdigt die neue Theorie die auf Nationalstaaten beruhende imperialistische Wirklichkeit. Definitorisch löst sie Nationalstaaten und mit ihnen nationalistische Manifestationen auf und schließt daraus, ein politischer Antinationalismus entbehre jeder Grundlage, sei deshalb verrückt oder nebensächlich. Alles Böse im Lande folgt – heißt es diesmal von links – einem fremden Zwang. Statt deutsche Regierungen, Institutionen und gesellschaftliche Gruppen für das von ihnen zu verantwortende Übel auch verantwortlich zu machen, wird der Knebel »Finanzmarkt« oder irgend etwas anderes Fremdes beschworen, das in seiner Globalität bedrohlich genug erscheint. Vergleichbar mit der Zinstheorie eines Silvio Gesell wird der greifbare Gegner durch eine Mystifikation ersetzt. Faktisch wäre da nichts mehr zu bekämpfen außer einem globalen Abstraktum.

Mein Lieblingskapitel ist die Kritik am entpolitisierten, deformierten, konsumverrückten menschlichen Subjekt, das seine Freizeit am Produktionsprozeß orientiert, nationalökologisch und spießig ist und haßerfüllt auf Außenseiter und "Gescheiterte" blickt.
Es scheint, daß der marxistische Versuch, im entwickelten Kapitalismus ein revolutionäres Subjekt aus dessen sozialökonomischer Stellung abzuleiten, wenn nicht endgültig, dann zumindest auf absehbare Zeit gescheitert ist. Natürlich haben sich Klassengesellschaften nicht aufgelöst, im Gegenteil: Die Ursache für das Verschwinden eines Klassenbewußtseins liegt gerade in deren Verfestigung durch die gelungene Identifikation der Ausgebeuteten mit dem Betriebszweck und den marktgemäßen Funktionen, die ihnen rund um die Uhr zugewiesen sind.(...) Das aktuelle Symbol der Befreiung ist dem dominanten Bewußtsein weder eine Revolution noch eine Reform mit dem Ziel einer besseren Gesellschaft, sondern der Lottoschein, den Millionen Menschen wöchentlich ausfüllen, um ihren Status innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu verbessern. Er eröffnet den Traum, ein Leben zu führen wie die Idole in Sport, Musik- und Modebranche, Kinofilm und TV-Serien oder im ganz normalen Geschäftsleben. Die Bewußtseinslosigkeit hat nach Ebermann und Trampert eine Freizeitkultur ermöglicht, die am kapitalistischen Produktionsprozeß orientiert ist: *Der Kapitalismus stürzt sich nicht mehr in Gestalt der Krämer und Händler auf das Geld der Arbeiterklasse, sondern in Form einer alle Schichten erfassenden und sie rund um die Uhr beschäftigenden Konsum- und Freizeitwirtschaft. Der allem gemeinsame Zweck wölbt sich totalitär über Arbeits- und Freizeit. Hier beherrscht die Menschen der Unternehmenszweck, der sich in korrekter Einhaltung aller Termine realisiert, dort herrscht der Zwang, neben den privaten Arbeiten aller Art bei dem, was sonst noch so läuft, dabeisein zu müssen. Alle sind zum Erfolg oder wenigstens dem Anschein dazu verdammt. Ihn nicht zu verkörpern wird von der Gesellschaft bestraft, wie generell das Anderssein.*
Selbst Arbeitslose, denen der Tag zur freien Verfügung steht, erwecken den Eindruck, als gönnten sie sich keine Atempause - sie müssen vorgeben, gestreßt zu sein. Wer sich auf sich besinnt, fühlt sich bedroht von Langeweile und einem Reflex, der das eigene Dasein als elend vor Augen führt. Beides wird mit der präventiven Flucht in die Betriebsamkeit erschlagen. Die freie Zeit hat im Volksmund einen denkbar schlechten Ruf. Zeit ist entweder Geld oder nutzlos. Menschen, denen es nicht vergönnt ist, Zeit zu Geld zu machen, vertreiben sie sich oder schlagen sie sogar tot, wenn ihnen die Vertreibung nicht gelingt. In den Industriegesellschaften klagen sie allerorten darüber, daß ihnen dieser oder jener kostbare Zeit gestohlen habe, die sie, sofern sie ihnen verblieben wäre, vermutlich selber nur wieder totgeschlagen hätten. Obwohl sie freie Zeit wie ein lästiges Übel behandeln, werden sie nicht müde, immerfort zu betonen, daß sie einmal wenigstens eine einzige Minute für sich zu haben wünschten. Dieser klagende Hinweis wird in der Pose des leidenden Siegers vorgetragen. Da demonstriert jemand totale Leistung, mit der er sich über jene erhebt, die nicht mithalten können.(...)

Sprechen »nimmt einen bösen Gestus an. Es wird sportifiziert. Man will möglichst viele Punkte machen. (Dabei) hat man es sehr eilig. ... Wenn man nicht mitmacht, und das will sagen, wenn man nicht leibhaft im Strom der Menschen schwimmt, fürchtet man, wie beim allzu späten Eintritt in die totalitäre Partei, den Anschluß zu verpassen und die Rache des Kollektivs auf sich zu ziehen.«[12] Der Druck, in der freien Zeit seine Leistungsbereitschaft zu beweisen, nimmt mit der freien Zeit zu. »Wer nach dem Jahr 2000 noch Zeit hat, macht sich verdächtig.«[13]

Mit der Bemerkung »Müßiggang ist aller Laster Anfang« wiederholt der Volksmund eine Dummheit, die von den industriellen Kreativbüros erfunden sein könnte. Der Spruch feiert die eigene Versklavung als Tugend. Der hohe Symbolwert einer ständigen Dienstbereitschaft macht den Erfolg der Mobiltelefone aus. Dabei kam die Gesellschaft ganz gut ohne sie aus. Doch als sie auf dem Markt waren, schlugen ihre Verkaufszuwächse alle Konkurrenzprodukte aus dem Feld. Wer etwas auf sich hält, greift an einer rotgeschalteten Ampel zum Telefon, beifallheischend oder auffallend selbstverständlich. Als die Dinger noch 4000 DM kosteten, blühte der Markt mit Attrappen, die für rund 200 Mark zu haben waren. Wer nicht öffentlich telefoniert, gerät spätestens ab 1999 in den akuten Verdacht, nicht gefragt zu sein bzw. keinem Geschäft nachzugehen, was auf dasselbe hinausläuft. Bis dahin sollen in der Bundesrepublik über zehn Millionen Handys verkauft sein. Allein dieser Massenbesitz an mobilen Telefonen wird die Betriebsamkeit steigern. Keiner ist dann vor einem Anruf mehr sicher und sei es nur ein demonstrativer, mit dem der Umgebung »Arbeit« signalisiert wird.

Als müsse das Vergnügen einen Wiedererkennungswert in Gestalt und Rhythmus bieten, gleicht sich der Vergnügungsapparat der Fabrik an. Der Freizeitpark bietet alles, was den Arbeitenden auch dort abverlangt wird. Das Ziel des Vergnügens zu erreichen, erfordert schon die gleiche Bereitschaft, sich in Autokolonnen auf den Weg zu machen, Staus hinzunehmen und Parkplätze zu suchen. Einlaß und Beteiligung am Geschehen werden à la Stechuhr einer permanenten Ticket-Kontrolle unterworfen. Das Vergnügen besteht darin, sich einer Riesenmaschinerie absolut auszuliefern. Sie stellt mit dem Individuum an, was sie will, in einer bis an die Grenze der körperlichen Belastbarkeit gehenden Geschwindigkeit, und sie garantiert dabei eine hundertprozentige Fremdsteuerung. Der vorgebliche Lustgewinn äußert sich darin, der Maschinerie entronnen zu sein, ohne gekotzt zu haben. Gegenseitig treiben sich die Familienmitglieder an, möglichst viele Abteilungen der Fabrik zu durchlaufen, wobei das Wählen der benutzten Maschinen noch einen Hauch von Autonomie erzeugt. Der Freizeitpark setzt die vollkommene

Zerstörung von Geduld und Phantasie in Gang. Seine Fabrikteile übertreffen die herkömmlichen noch an Phonzahl, Geschwindigkeit und optischer Reizüberflutung. Nur durch schleuniges Hinein- und Hinauswerfen der Menschen wird Kasse gemacht, was einen pausenlosen Betrieb verlangt. Eine Steigerung liegt nur in der Simulation der Katastrophe. In einem gigantischen Vergnügungspark spielt San Francisco seinen eigenen Untergang. Ein industriell inszeniertes Erdbeben mit beinahe naturgetreuen Wassereinbrüchen, Stromausfällen, Feuersbrünsten und Gebäudeeinstürzen verdoppelt die Wirklichkeit im Spiel.

Weil die Manager des industriellen Freizeitparks wissen, daß bei den vielen Besuchern so recht keine Freude aufkommt, muß ein Heer von unterbezahlten Kräften, in überdimensionalen Comic-Figuren steckend, hüpfen, tanzen und mit den Armen wedeln, als wären wenigstens sie in ihrem Schweiß vergnügt. Dem Industriepark im großen entspricht das Computerspiel im kleinen. Auch ihm sind die Menschen ähnlich atemlos ausgeliefert; allerdings absorbiert es zunehmend – der modernen Arbeitswelt entsprechend – den Verstand, während ein Freizeitpark, der der alten Industriewelt entlehnt wurde, vorwiegend dem Körper alles abverlangt. Immer neue Lösungswege müssen immer schneller am Computerspiel erarbeitet werden. Schüsse und Fluchtbewegungen verlangen schnelle Entscheidungen, die oft nur noch motorisch zu bewältigen sind. Jedes Mißlingen fordert den nächsten Versuch heraus – man will nicht verlieren –, das Gelingen aber verlangt nach einer Überbietung des bisherigen Erfolgs. Alle Freizeitverrichtungen an diesen Geräten werden in derselben autistischen Manier abgewickelt wie in der modernen Arbeitswelt. Schon ein privates Gespräch könnte den Zweck vereiteln.

Selbst der Tanz nimmt in der Industriegesellschaft die Gestalt einer produktiven Arbeit an. Sprachlos und in maschinellem Rhythmus arbeiten sich Menschen durch die Techno-Disco. Sinn und Zweck der Unternehmung werden an der Dauer des Durchhaltens gemessen. Die gentechnische Manipulation der Arbeitskraft, die Resistenz und Ausdauer verbessern helfen soll, wird in der Vergnügungshalle mit synthetischen Drogen vorweggenommen. Wer nicht mithält, setzt sich dem Gespött des Kollektivs aus, welches in diesem Fall nur heimlich genossen werden darf, weil selbst das Gespött eine unzeitgemäße Regung wäre. Die Kälte der Vergnügungssüchtigen untereinander spiegelt die Kälte der modernen Produktionsästhetik wider. Die demonstrative Coolness und Sprachlosigkeit sind dem Produktionscomputer nachgemacht.

Im naturnahen Massenvergnügen offenbart sich besonders kraß, was die Substituierung der Naturanbetung durch die mathematisch kalku-

lierte Hinrichtung der Natur im aufgeklärten Menschen hinterließ. Der Grad der gesellschaftlichen Verkümmerung zeigt sich im Dasein der vollständig unterworfenen Lebewesen. Als der Hamburger Zoo sein Geschäft begann, stellte er noch in Käfigen Indianer neben Affen aus. Als nach mehreren Ausrottungsphasen Indianer immer schwerer zu beschaffen waren, blieben die Tiere allein übrig. Die industrialisierten Gesellschaften jagten Tiere bis zu ihrer Ausrottung, sofern irgend etwas Vermarktbares an ihnen oder an ihrer Umgebung war, allerdings auch nur zum Vergnügen. Überlieferungen von Indianerstämmen zeugen davon, daß diese schlicht nicht begreifen konnten, weshalb weiße Christenmenschen Wettkämpfe ausrichteten oder private Wetten abschlossen, die nur das Ziel hatten, möglichst viele Büffel zu töten und sie dann den Aasgeiern zu überlassen. Der effektivste Ausrotter erhielt von kapitalkräftigen Showveranstaltern hohe Gagen für die spielerische Wiederholung solcher Vernichtungsaktionen. Das Eisenbahner- und Landproletariat bezahlte dafür Eintrittsgelder und johlte anerkennend, ähnlich dem Publikum, das den Mörder eines hilflosen Stieres zum umjubelten Helden macht. Je weniger Exemplare einer Tierart überleben, desto wertvoller werden sie für die Belustigung der Zoobesucher, die sie angekettet, eingepfercht, auf engstem Raum bestaunen oder belachen können. Je sentimentaler Einzelexemplare begutachtet werden, desto gründlicher hat der Mensch sich vorher an ihrer Vernichtung versucht. Eine Vielzahl von Elefanten provoziert ihre Ausrottung. Der letzte lebende Elefant wird jedoch mit seinem letzten Augenaufschlag die Herzen aller Menschen erweichen. Hunderte von Millionen werden zu dem Disney-Film pilgern, der seine Geschichte erzählt und seinen Todeskampf zeigt. Und sie werden sich gegenseitig fragen, wer schon »drin« gewesen sei, und diejenigen, die ihn noch nicht gesehen haben, vorwurfsvoll anblicken wie welche, die eine Beerdigung verpaßt haben. Vergleichbar sentimental werden Christenmenschen manchmal auch beim Anblick von Restexemplaren jener Menschengruppen, die den Erfolgreichen weichen mußten. Sentimentalität und Massenvergnügen vermischen sich dann wie beim Blick auf den letzten Elefanten. Übrig gebliebene Indianer müssen zum Vergnügen von Reisegruppen immer wieder einstudierte Tänze aufführen, und für verhungernde Kinder in Afrika werden Großkonzerte und Festmahle abgehalten. Stünden jene Kinder oder Indianer lebendig vor den Haustüren der Weißen, würden sie wieder deren Mordlust auf sich ziehen. Nur wer friedvoll sich dem Tod ergibt, taugt fürs sentimentale Vergnügen.

Freizeit will nicht nur an sich mit Betriebsamkeit, die Leistungsfähigkeit demonstriert, gefüllt sein, sie bietet und verlangt auch eine be-

stimmte Weise des Vergnügens. Die Masse entblößt sich im schallenden Gelächter über den Schaden anderer und in der stumpfen Kopie des Produktionsprogramms gleichermaßen. De Sades Hinweis, daß sich in Mord und Schändung die Spannung entäußert, die durch Einschließung und Einfrierung der Individuen sich aufbaute, spricht die Selbstkontrolle an, in der Industrialisierung, Aufklärung und puritanisches Christentum verschmolzen. Der entwickelten kapitalistischen Herrschaft ist es gelungen, das Vergnügen seinem Gesamtzweck zu unterwerfen, also wirkliche Entspannung durch Vorgaben und Kontrollen zu reglementieren, wenn nicht völlig zu beseitigen. Wie rassistische Kampagnen, Fremdenlegionen oder Kriege beweisen, ist die Enthemmung jedoch jederzeit abrufbar. Dann findet die gequälte, autoritäre Seele vordergründige Entspannung bei Mord, Schändung und Brandschatzung. Beteiligte berichteten über den Spaß bei der Ermordung von Indios. Die Spannung konnte sich lösen, weil weder Strafandrohung noch ein organisierter Vergnügungsapparat zugegen waren, um sie entweder zu hemmen oder »produktiv« abzuleiten. Manchmal sind erste Anzeichen einer Enthemmung schon bei geringeren Anlässen erkennbar. Als in einer Talkshow die These aufgestellt wurde, daß Volksmusik reiner Schund sei, pöbelten und schrien die Anwesenden den Waghalsigen nieder. Er hatte sie ertappt. Die stumpfen Gesichter und das rhythmische Klatschen der Gäste im Musikantenstadl zeugen nicht von fröhlicher Entspannung, sondern von fortgesetzter Anspannung, die der organisierte Vergnügungsapparat ihnen abverlangt. Wer ihnen das vor Augen hält, stellt ihr Leben in Frage und muß mit Lynchjustiz rechnen. Wer die Menschen mit ihrer Knechtschaft konfrontiert, sollte lieber nicht auf ihren Befreiungswunsch setzen, sondern vorsichtshalber das Weite suchen.

Konsequent erarbeiten Ebermann und Trampert eine antinationale Position. Angefangen bei denjenigen Autonomen, die von einem deutschen Sonderweg nichts wissen wollen, weil sie ihre landsmännischen Unterschichtler nicht vergrätzen wollen und Antinationalismus eh von der sozialen Frage ablenke. Der deutsche Sonderweg wird dann anhand eines "Streifzuges durch die Geschichte einer Stammeskultur" aufgezeigt, wozu auch die Untersuchung des gegenwärtig auflebenden völkischen Prinzips, als ein typischer Bestandteil des deutschen Nationalismus, gehört und arbeiten die Wiedervereinigung, das Patriarchat und den Untertanen H. Lübke als Elemente der Regression auf.
Ausgehend von der Wiedervereinigung habe in Deutschland eine Renationalisierung von Politik und Bevölkerung begonnen, die sich in Abgrenzung gegen die ehemalige Blockzugehörigkeit artikuliere. Die BürgerInnen der DDR würden zu Opfern der "roten Diktatur", die Westdeutschen konnten sich endlich aus der westlichen Raffgesellschaft befreien, um zu einem gemeinsamen, konstruierten deutschen Wesen zu finden.
Ebermann und Trampert gehen nicht von einem homogenen Deutschsein, sondern von "einer spezifischen Herrschaftsideologie deutscher Prägung" -wesentlich sei die späte Industriealisierung und Nationenbildung- aus, dessen Traditionslinie sie historisch vor der industriellen Revolution mit Martin Luther beginnen lassen. Sein Antisemitismus und in Puritanismus und Selbstkasteiungen mündender autoritärer Charakter, der die aufständischen Bauern verteufelte, sei ein Teil des besonderen deutschen Weges, schon lange vor dem ersten deutschen Staat. Weiter geht es mit Heinrich Heine, Kant, Wirth, List, Fichte, Hoffmann von Fallersleben u.a., als Ergebnis halten sie die Entwicklungen des Sonderweges bis 1871 fest: *"die (gottgewollte) Unterordnung unter einen Staat, der als Maß der Dinge galt; die Vorrangstellung völkischer Prinzipien vor jedem materiellen Interesse (ob Republik oder Zollunion); die Berufung aufs einheitsstiftende deutsche Blut; die Großartigkeit des deutschen Geistes, an dem die Welt genesen sollte; die Herabstufung der westlichen Zivilisation unter die eigenme Kultur; die Diffamierung der kommerzialisierten "Krämerländer"; die Hetze gegen Juden und Franzosen, die als Verschwörer gegen die deutsche Nation ausgemacht wurden; die Konstruktion einer germanischen Rasse, die von der Vorsehung zur Regelung der Weltangelegenheiten auserwählt sei; die kriegerische Expansion."*
Es folgen Richard Wagner und Friedrich Nietzsche, die Christliche Kirche und die Sozialdemokratie mit der Offenlegung ihrer Vorbereitungsfuktion des Nationalsozialismus.
Im zweiten Teil des Kapitels suchen sie einen Weg zwischen antizivilisatorischen Bocksgesängen, der Relativierung des Nationalsozialismus und den konformistischen Pro-Westlern.
Im Hamburger autonomen Milieu und beim Fußballverein St. Pauli landen die Autoren, wenn sie die "Rennaissance des völkischen Prinzips" bekämpfen und auf Linke stoßen, die sexistisches Kabarett und rassistische Fußballersprüche verteidigen. Es ist eine ausführliche Auseinandersetzung mit Nationalismus und Rassismus und zeigt auf, wie beide Herrschaftsformen im Kapitalismus angelegt sind und derzeit aufleben.

Thomas Ebermann/Rainer Trampert:
Die Offenbarung der Propheten - Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft
Konkret Literatur Verlag
Preis: 39,80 DM

Veganismus und Ökofaschismus ?

„Die Veganismus-Diskussion in der autonomen Szene scheint nur abgeflaut. Das Potential von Bioregionalismus und Tiefenökologie, ökofaschistische Tendenzen zu stärken, ist geblieben." schreibt Peter Bierl in der neuesten Ausgabe der "ÖkoLinX". Was hier nicht direkt ausgesagt, aber durch die Art der Formulierung angedeutet wird, ist die Bedeutung des Veganismus als Basis für ökofaschistische Tendenzen. Diese Verknüpfung, die vielleicht auf (manche/viele) VeganerInnen zutrifft, macht mich ziemlich wütend, da Tiefenökologie und Biozentrismus nicht notwendigerweise dem Veganismus immanent sind, sie meiner Meinung nach absolut nicht in ein veganes Weltbild (sollte es denn soetwas geben) passen. (Und sollte mir an dieser Stelle der Vorwurf gemacht werden, ich würde diese Textpassage falsch interpretieren, natürlich wolle der Autor nicht alle VeganerInnen über einen Kamm scheren, so kann ich diese Vorwürfe nur zurücksenden, da sich der Autor dieses Artikels nicht ein einziges Mal bemüht, die Grundgedanken des Veganismus klar zu beschreiben oder zu definieren.) Der Veganismus wird durch den gesamten Artikel „mitgeschleppt" und immer wieder an verschiedenen Stellen unzureichend und verallgemeinernd, VeganerInnen als Menschen mit völlig identischen politischen Ansichten darstellend, zitiert.

Die größte Anmaßung in dieser Hinsicht ist die Passage: „So wie das friedensbewegte Dogma einst besagte, daß der Friede in der kleinsten Hütte beginnt, pflegen die VeganerInnen heute den naiven Glauben, korrektes Konsumieren bzw. Nichtkonsumieren löse alle Probleme." Der Autor meint an dieser Stelle aussagen zu können, daß entweder alle VeganerInnen gleiche Meinungen haben müssen, was, wie sich jedeR denken kann, völliger Schwachsinn ist, oder aber, daß der Veganismus ideologisch dazu veranlasse, daß sich einE VeganerIn keinesfalls auch über den Veganimus hinaus politisch engagieren könne. Diese Verallgemeinerung hat Bild-Zeitung-Niveau, die Kritik, die in ihr laut wird, kann sicherlich auf einige VeganerInnen angewandt werden, ich aus meiner Sicht meine jedoch sagen zu können, daß ich mehr VeganerInnen kenne, die sich über den Veganismus und den Boykott bestimmter Waren hinaus sehr stark politisch engagieren, als VeganerInnen, die glauben, durch ihren Nicht-Konsum lasse sich die Welt vollständig verändern.

Und auch unter denjenigen VeganerInnen, die sich über den Veganismus hinaus nicht politisch engagieren, gibt es kaum welche, die wirklich behaupten, durch ihr Engagement ließen sich alle Probleme lösen.

Auch an dieser Stelle könnte mir wiederum der Vorwurf gemacht werden, ich würde zu stark zwischen den Zeilen lesen und diese Formulierungen, die sicherlich etwas überspitzt verfaßt sind, zu ernst nehmen, doch ist gerade diese Art der Auseinandersetzung, nämlich das Durchsuchen von Statements von Erdbefreiungsgruppen (denn gerade um dieses Thema geht es in dem „ÖkoLinX"Artikel), wobei jedes Wort auf dessen interpretatorische Möglichkeiten hin untersucht wird, das Mittel der ErdbefreiungsgegnerInnen (und das ist sicherlich auch gut so).

In diesem Zusammenhang verstehe ich jedoch nicht, daß derartige Schwächen, nämlich das nicht richtig Ausformulieren von Thesen bei einer derart brisanten Diskussion, dem Autor in diesem Artikel sowie der Gruppe „Im Rausch der Tiefe", die einen ähnlichen aber um einiges weniger fundierten Artikel in der vorherigen ÖkoLinX" verfaßte, durchaus anzukreiden sind.

Gerade diese Formulierung, wie auch die Tatsache, daß in diesem 10 Seiten langen Text ein einziges Mal der Veganismus positiv erwähnt wird, und daß auch noch in einem Nebensatz , an den ein Satz anschließt, der die Falschheit von der Annahme positiver Auswirkungen des Veganismus auf den Hunger der Menschen im Trikont beweisen soll, womit die positive Aussage über den Veganismus schon fast wieder ironisch klingt, läßt vermuten, daß Peter Bierl dem Veganismus nicht ganz vorbehaltlos gegenübersteht.

„Nun gibt es gute Gründe für vegetarische oder vegane Ernährung, die simple Rechnung, daß im Trikont niemand verhungern muß, sondern den Hungernden dort siebenmal mehr Nahrung zur Verfügung steht, weil „wir" auf Fleisch verzichten, offenbart Unkenntnis. So wie in den 30er Jahren mit Kaffee beheizt in Brasilien die Lokomotiven fuhren, werden bis heute Lebensmittel vernichtet, um Preise stabil zu halten oder in die Höhe zu treiben. Auf den Böden in Kolumbien oder in Kenia wachsen Blumen für den deutschen Muttertag, landwirtschaftlich nutzbare Flächen sind für „nachwachsende Rohstoffe" einkalkuliert, etwa für pflanzliche Erdölsubstitute für den ökologisch zerstörerischen Autoverkehr."

Ich kann mir kaum vorstellen, daß Peter Bierl wirklich so naiv ist zu glauben, die VeganerInnen, die ja eh alle nur zu Hause rumsitzen und durch nicht-konsumieren die Welt verändern wollen, würden nicht verstehen, daß die Nahrungsmittel, die durch ihre vegane Lebensweise frei werden, nicht direkt den hungernden Menschen im Trikont zugute kommen. Mir, der ich diese Formulierung in einem eignen Artikel über Veganismus verwendet habe, ist natürlich klar, daß das kapitlistisch imperialistische System dafür verantwortlich ist, daß weltweit Menschen hungern. Diese Formulierung ist lediglich Teil einer Rechnung, die deutlich machen soll, wie unsinnig und verschwenderisch die Umsetzung von pflanzlichen Eiweiß in tierisches Eiweiß, daß dann vom Menschen eingenommen wird, ist.

Außerdem müßte auch Peter Bierl bemerken, daß gerade diese Argumentation von VeganerInnen alles andere als biozentristisch ist, daß hier vielmehr ausgesagt wird, daß es absolut nicht zuviele Menschen auf der Welt gibt und demzufolge auch nicht in lebenswertes und nicht lebenswertes Leben differenziert wird (was natürlich selbstverständlich ist), wie es Peter Bierl in seinem Artikel in bezug auf Erdbefreiungsgruppen, die er wie schon gesagt immer wieder sehr

untergründig und vage mit dem Veganismus verbindet, aussagt.
Ich bin absolut nicht gewillt, in diesem Artikel für irgendwelche Erdbefreiungsgruppen zu argumentieren, da ich in dieser Hinsicht nicht genug Fachwissen, gerade was die historische Entwicklung dieser Gruppen angeht, aufzuweisen habe. Hinzu kommt, daß ich einige Aspekte, die Bierl in seinem Artikel gegenüber derartigen Gruppen anbringt, durchaus unterstützen kann, da gerade der Spiritualität, wie sie zum Beispiel in der Aussage: „Für die Befreiung von Mutter Erde" von Earth First! zum Vorschein kommt, keineswegs zu verstehen ist. An dieser Stelle ist jedoch wieder zu kritisieren, daß Earth First! in Bierls Artikel und in der allgemeinen Diskussion immer wieder in Verbindung mit den verabscheuungswürdigen Gruppen Hardline und Frontline gebracht wird, woran allerdings die EF'ler, die diese Verbindung natürlich zurecht dementieren, nicht ganz schuldlos sind. Denn alleine die Mitarbeit an der Zeitung „Instinkt", die mittlerweile zum Glück beendet wurde, läßt die entsprechende Earth First! Gruppe nicht gerade in einem völlig eindeutigen Licht stehen.
Mich spersönlich stört an der laufenden Diskussion die Verbindung von ökofaschistischen Tendenzen mit dem Begriff des Veganismus. Und auch, wie bereits erwähnt, die gewollte oder ungewollte Verbindung von Veganismus und Biozentrismus, die meiner Meinung auf jeden Fall in dem Artikel von Peter Bierl zu finden ist. Natürlich gibt es Gruppierungen (wobei gerade Hardline und Frontline meiner Meinung nicht so ernst genommen werden sollten,die eine Gruppierung gibt es nicht mehr, die andere hat wohl offensichtlich deutschlandweit wenn's hoch kommt, 5 Mitglieder) die allgemein als ökofaschistisch bekannt sind, deren Mitglieder sich vegan ernähren. Ich denke jedoch, daß der Veganismus als eine Art „Lebensstil" absolut keine politischen Denkrichtungen vorgiebt, er kann also nicht einfach so allgemein herbeizitiert und mit Bewegungen verbunden werden. Ich sehe jedenfalls die große Gefahr, bei der undifferenzierten Art und Weise wie der Veganismus gerade in den Diskussionen in der „ÖkoLinX" mit Begriffen wie Ökofaschismus und Biozentrismus in einen Topf geworfen wird, daß VeganerInnen allgemein als ÖkofaschistInnen abgestempelt werden. Absicht möchte ich den AutorInnen in diesen Fällen nicht direkt unterstellen, wobei bei der Art und Weise, wie einige (auch, oder besonders „alt-eingesessene") Linke auf Tierrechtsgedanken i.a. reagieren, etwas bedenklich ist. Irgendwie scheinen sich viele politisch engagierte Menschen durch das relativ neue Gedankengut der Tierrechtsbewegung in ihren Wertvorstellungen angegriffen zu fühlen, wobei es natürlich absolut zu unterstützen ist, daß ökofaschistische und sexistische Tendenzen innerhalb der Tierrechtsbewegung sofort aufgedeckt und aufs härteste bekämpft werden.

Ich denke schon, daß in der Tierrechtsszene Inhalte überdacht und Formulierungen hin auf deren interpretatorische Möglichkeiten überprüft werden sollten. Kriterien sollten hierbei nicht nur die Vermeidung von biozentristischen und ökofaschistischen Begriffen sein, sondern sollte auch die Durchführbarkeit der Forderungen überdacht werden. So denke ich, daß die pauschale Forderung einiger TierrechtlerInnen nach der Gleichberechtigung von Mensch und Tier absolut von keiner TierrechtlerIn wirklich gelebt wird und auch in einer anderen Gesellschaftsform nicht gelebt werden kann. Denn bereits wenn wir irgendwo langgehen oder Häuser bauen zerstören wir natürliche Lebensräume und töten Tiere. Es reicht meiner Meinung nach jedoch nicht aus, wie in klassischen linken Theorien ausgesagt, zu erkennen, daß Menschen unter den Auswirkungen des kapitalistischen Systems leiden, es ist meiner Meinung nach auch absolut notwendig, einzusehen, daß mensch sich auch in bezug auf die Umwelt absolut mackerhaft verhält. Und gerade dieser Aspekt macht den Veganismus für mich notwendig, als Basis eines Lebens das weder anthropozentristisch noch biozentristisch ist, das auf keinen Fall dazu auffordert, Verhaltensweisen aus der „Tierwelt" auf das menschliche Verhalten zu übertragen, das aber auch den Anspruch des Menschen, die Natur hemmungslos für seinen eigenen Profit auszubeuten, zurückschraubt.Und auch ein spirituell begründetes mit der Natur einklängliches Leben ist für mich persönlich nicht nachvollziehbar, da ich mich keinesfalls als ein Kämpfer für die Mutter Erde oder für eine andere imaginäre Instanz oder Gottheit sehe (leider glauben Menschen, die derartige Meinungen offerieren, immer, nur sie hätten „die Wahrheit", die es meiner Meinung nach in dem Maße sowieso nicht gibt, für sich gepachtet), sondern ich bilde mir vielmehr ein, durch rein rationale Analysen meiner Umgebung und der auf mich eindringenden Einflüße sagen zu können, daß es, was unser verhalten gegenüber der Natur angeht, so nicht weitergehen kann (und diese Erkenntnis ist wohl nicht gerade abstrakt oder schwer zu erlangen).
Meiner Meinung nach darf ein ökologisches Weltbild nicht soweit führen, daß Behauptungen wie, es gäbe zuviele Menschen auf der Welt, laut werden. Abgesehen davon, daß ich mir garnicht vorstellen möchte, zu welchen Lösungsmöglichkeiten Verfechter einer Überbevölkerungstheorie in bezug auf die Beseitung dieser Überbevölkerung kommen können, ist es auch markant, daß derartigen Formulierungen nie die Infragestellung des eigenen Lebens zugrunde liegt, sondern vielmehr die Annahme, irgendwelche anderen Menschen seien „zuviel". Eine Hinführung zu dem starken Bevölkerungswachstum in den Trikontstaaten (das ja auch zu einem großen Teil mit unserem Reichtum zusammenhängt (z.B. Kinder als Altersvorsorge))liegt hier sehr nahe, eine Differenzierung in lebenswertes und nicht lebenswertes Leben ist auch nicht mehr fern. Die Grundlage eines ökologisch vertretbaren Weltbildes kann demnach meiner Meinung nach nicht die Reduzierung der Anzahl der Menschen bedeuten (und wer dies behauptet kann ja mit gutem Beispiel vorangehen), es geht vielmehr darum, Mennschen gleichzuberechtigen und materiell gleich zu bemitteln, hier aber nicht Schluß zu machen, sondern zu erkennen, daß neben der Armut und der Unterdrückung von Menschen auch noch andere Dinge durchaus veränderungsbedürftig sind, wie z.B. die Naturzerstörung und die völlig unsinnige Ermordung von Tieren.

Endlich auch rosa-grün in Schleswig-Holstein

...und von grüner „Machtgeilheit kann hier wirklich nicht die Rede sein" (I. Fröhlich)

Die frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gespräch mit der taz über feministische Karrieren in der Bundeswehr:

taz: *Warum sollen Frauen ein Gewehr in die Hand nehmen?*

Rita Grießhaber: Abgesehen davon, daß Frauen in der katholischen Kirche nicht Priester werden dürfen, handelt es sich dabei um das letzte Berufsverbot unserer Republik. Ich will doch Frauen nicht vorschreiben, welche Berufswahl sie treffen. Aber wir können umgekehrt Frauen, die freiwillig in die Bundeswehr wollen,dies nicht verbieten.

Die Grünen wollen auch den Ausstieg aus der Kernenergie. Aber wer käme dann deshalb auf die Idee, ein Arbeitsverbot für Ingenieurinnen in Kernkraftwerken zu fordern?

taz: *Wo ist denn die Dringlichkeit dieses Themas, gibt es nicht Schlimmeres?*

Rita: Es gibt viele Zumutungen für Frauen, und gegen die gehen wir auch vor. Aber man sollte das eine tun und das andere nicht lassen. Wir wollen eine Entwicklung aufgreifen: Immer mehr Nachbarstaaten in Europa entscheiden sich für Freiwilligenarmeen. Wenn ich für eine solche Organisation bin, muß ich mir auch überlegen, wer dort arbeiten darf.

Schon vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein standen zwei Entwicklungen quasi fest: Erstens, daß die SPD 1996 hier die absolute Mehrheit verlieren würde und daß die machtgeilen Grünen sich als Regierungspartner andienen würden, nachdem die SPD verlauten ließ, die FDP als Koalitionspartner strikt abzulehnen. Auch wenn Ministerpräsidentin Heide Simonis die "grüne Kröte", personifiziert in der grünen Spitzenkandidatin Irene Fröhlich, nicht gerne schluckte, so hatte sie real doch kaum etwas zu befürchten, außer daß die Grünen in nächster Zeit rechts von ihrer Partei landen könnten. Frau Fröhlich räumt ihrer Partei eine Funktion als "Bremser der SPD-Politik" ein, der grüne Vize Karl-Martin Henschel postuliert gewagt, im Landtag mache man keine Revolution. In den Genuß von wenigstens radikalreformerischer Politik,offenbar werdend an offenen Grenzen und einem Bleiberecht für alle, der sofortigen Stillegung der Atomanlagen Krümmel, Brunsbüttel,Brokdorf, Stade und autofreien Städten werden wir nicht kommen. Dafür sind selbst die Programme von Grünen und SPD vor den Koalitionsverhandlungen, die alle Differenzen verwässern werden, zu ähnlich harmlos. Untersucht wird das Landtagswahlprogramm der Grünen hinsichtlich Verkehr, Atomkraft und Gentechnik, Asyl und Internationalismus.

"In ihrer sozialen Struktur sind die Bündnisgrünen nichts weiter als wildgewordener, satter Mittelstand, der nunmehr die eigenen Pfründe verteidigt. Die Beziehung zwischen der Partei und ihren Wählerinnen und Wählern ist ein Phänomen. Waren die Grünen früher ein Ausdruck gesellschaftlicher Opposition, sind sie heute ein Alibi für ihre Klientel. Der Deal funktioniert.

Die Wähler: Wir spenden an Greenpeace, wir wählen grün, laßt uns in Ruhe, seid ein bißchen originell, aber stellt niemals unsere materielle Basis, unsere grundsätzliche Übereinstimmung mit den herrschenden Verhältnissen in Frage.

Die Partei: Keine Sorge! Wir halten zu eurer Unterhaltung ein bißchen alternatives Image aufrecht, behelligen euch nicht mit politischem Streit, dafür mischt euch gefälligst nicht in unsere Pläne und stört unsere Pfründe nicht. (Jutta Ditfurth in Konkret, 4/95)

Spätestens nach dem Rausschmiß bzw. der Flucht der Linken und der Installation der Realo-Hegemonie haben die Grünen aufgehört eine gesellschaftliche Gegenmacht zu Naturzerstörung und Ausbeutung zu sein. Teilweise Zustimmung zum Bundeswehreinsatz, schwarz-grüne Optionen, die Verabschiedung von Antikapitalismus und Radikalökologie zugunsten einer ökologische Steuerreform, die Entdemokratisierung der Parteistrukturen und das Ende einer aktiven, integrierten Basisbewegung belegen Jutta Ditfurths Einschatzung.

Ihr Programm zur Landtagswahl ist genauso wie das der SPD vom Spagat geprägt: Einerseits wollen die Grünen eine Partei links der SPD mit öko-sozialreformerischem Gesicht sein, andererseits die herrschenden Verhältnisse grundsätzlich nicht antasten. Zwangsläufig geben sie damit die Option auf radikale Reformpolitik, sofern der Ansatz dazu im Programm überhaupt noch zu finden ist, auf. Schon ist es egal ob man in die Regierung einsteigt oder das Parlament als Forum für oppositionelle Politik benutzt wird. Die Schleswig-Holsteiner Grünen rechtfertigen ihren Anpassungskurs in guter Realo-Manier damit, daß sie keinen "grün-utopischen Wunschkatalog" böten und versäumen nicht, im gleichen Atemzug, auf die großen Ziele, die sie nicht aus den Augen verloren hätten, hinzuweisen. (In Bezug auf die Krise der rot-grünen Koalition in NRW mahnt Joschka Fischer, doch das große Ganze nicht aus den Augen zu verlieren, weil die Grünen partout den Bau des Flugplatzes in Dortmund verhindern wollten.) Das "große Ganze oder Ziel" ist reine Rethorik, denn von diesen großen Zielen ist im gesamten Programm keine Rede. Haufenweise allerdings dumme verklärende Sätze wie dieser: (Wir müssen) "weg vom Prinzip der Flickschusterei(!) von heute auf morgen, hin zum Prinzip umfassender Verantwortung für die Zukunft." (S. 5)

Hier befinden wir uns in direkter Analogie zur "Kultur der Verantwortung" der SPD. Auch die Grünen wollen Reformpolitik im Dialog mit Kirchen, LandwirtInnen, Gewerkschaften, fortschrittlichen UnternehmerInnen, kleinen mittelständischen Betrieben und Wirtschaftsverbänden stärken. (Auf dem Parteitag in Mainz wurde an einem "Bündnis für Arbeit und Umwelt" gebastelt.) Die gute Zusammenarbeit mit der Basis und Bürgerinitiativen ist in diesem Zusammenhang wohl eher ein Mythos aus vergangenen Tagen.

Die Präambel steht programmatisch für den Sackgassenreformismus, den wir im Detail noch untersuchen werden: Der Kapitalismus soll umgebaut werden zu einer "nachhaltigen, ökologischen Wirtschaft", einer "regionalen und beschäftigungsintensiven Kreislaufwirtschaft", einer "zivilen Gesellschaft".

Das Wirtschaftsprogramm der Grünen beruht auf dem zentralen Irrtum, daß der Kapitalismus reformierbar oder zu bändigen sei. Und um ihm ein menschliches Anlitz, das er nach dem Zusammenbruch der östlichen Kommandowirtschaften nun vollends verliert, und eine ökologische Ausrichtung abzutrotzen, wäre der Druck durch außerparlamentarische Unterstützung und radikale Forderungen der Partei wesentlich. Beides ist aber nicht vorhanden.
Also fordern die Grünen eine "nachhaltige Entwicklung" statt "unreflektiertem Wachstum", die sich in folgenden Punkten äußert:
- Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung gegenüber der Export- und Weltmarktorientierung
- Ökologisierung der Steuer- und Abgabensysteme
- Einbezug der Umweltbelastung und dse Ressourcenverbrauchs in neue volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Ökosozialprodukt statt Bruttosozialprodukt)

Der Schwerpunkt der regionalen Wirtschaftspolitik soll in der Nutzung sogenannter weicher Standortfaktoren liegen: moderne Dienstleistungen und innovative Technik, umweltfreundliche Landwirtschaft, energiesparende Bauweise, sanfter Tourismus, eine ökologische Verkehrspolitik und die Energiewende. Desweiteren sollen durch den teilweisen Rückzug der Bundeswehr aus Schleswig-Holstein die Militärliegenschaften zivil genutzt werden.

Die Steuerung- und Lenkungsmechanismen, die diese Reformen durchsetzen sollen sind die vielgepriesene ökologische Steuerreform, die kritische Durchforstung von Zuschüssen, Krediten, Bürgschaften usw., die Motivierung der Betriebe öko-sozial zu produzieren, öko-soziale Investitionen des Landes, ein effizienteres und transparenteres Umweltrecht, desweiteren Lehrstühle für "sanften Tourismus" und "nachhaltige Entwicklung", Kooperation mit den größeren Firmen, Stützung und Beratung von kleineren und mittleren Unternehmen und den Aufbau einer regionalen Wirtschaftsbank.

Irene Fröhlich (Bündnis '90/ Die Grünen)

In Deutschland wird mit Erbitterung die Standortdebatte geführt, mit dem Ziel, Löhne zu drücken und Sozialleistungen des Staates zu streichen, um die Produktion an die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt anzupassen. Reichlich naiv fordern die Grünen, dieser Tendenz, die nicht einmal erkannt wird, die Stärkung der regionalen Wirtschaft entgegenzusetzen, anstatt die weltweiten ökonomischen Verhältnisse abschaffen zu wollen. Für Produkte und Dienstleistungen gelten immer Weltmarktbedingungen, denn der Kapitalismus ist ein globales Herrschaftssystem, in dem Nischen manchmal durch sozialrevolutionäre Bewegungen entstehen konnten, eventuell noch unter der Protektion der Sowjetunion, nicht allerdings durch eine herrschaftskompatible öko-soziale Reformierung des Bestehenden. Und daß der deutsche Staat Ansätze einer dezentralen linksökologischen Wirtschaftspolitik nicht subventioniert, dürfte klar sein.
Die ökologische Steuerreform, das zentrale Instrument grüner Wirtschaftspolitik, ist keineswegs brauchbar für eine umweltschonende Produktionsweise, weil die Konzerne, die es sich leisten können, gegen Ablaß die Natur weiter versauen werden, Stattdessen trifft sie die sozial Marginalisierten verschärft, die über die finanzielle Regulation gezwungen werden, umweltgerecht zu leben, obwohl vielleicht nur der Besitz eines Autos ihren Arbeitsplatz sichert. Die gesamten Lenkungsinstrumente der Grünen reichen nicht aus, um selbst ihren deformierten Umweltschutz zu realisieren.

Bündnis 90/Die Grünen sind die einzige Partei unter denen, die mit höchster Wahrscheinlichkeit in den Landtag ziehen werden, die sich in ihrem Programm gegen den Bau der A20 ausspricht. "Wir werden alles tun, um die A20 zu verhindern...um die Planungen zu stoppen." (S.19) Als der grüne Vize-Spitzenkandidat allerdings am 11.3. in Bad Segeberg von RSH gefragt wird ob - in Analogie zu NRW - die Gegnerschaft zur A20 zugunsten der Option auf rot-grün kippen könnte, drückt er sich um Eindeutigkeiten.
Die grüne Verkehrspolitik ist gegenüber der SPD etwas ökologischer ausgerichtet, Streitpunkte wie die A20 sind aber wegen fehlender Widersprüche von vornherein ausgeschlossen. Bescheuert ist die Analyse der gesellschaftlichen Fixierung auf das Auto, obwohl sein ökologisches Zerstörungspotential hinlänglich bekannt ist, nicht als Folge einer Produktionsweise, die auf Verschleiß und Verschwendung basiert und patriarchal strukturiert ist, sondern indem eine verklärende Kategorie wie "der schrankenlose Automobilismus" bemühen. Demnach wird auch die soziale Frage in der propagierten "Verkehrswende" (S.15) ausgeklammert und ein Mobilitätskonzept in erster Linie für die finanziell privilegierte Mittel- bis Oberschicht geschaffen. Nirgendwo ist die Rede von der Verbilligung des ÖPNV, vielmehr wie mensch auch mit der Bahn den Grad heutiger Mobilität halten kann.

Die Grünen äußern sich konkret lediglich zu Freilandversuchen und "Gen-Food". Sie plädieren für einen Stopp aller Forschungsgelder für Gentechnologie und wollen Freilandversuche der Gen- und Chemieindustrie verbieten.
Genmanipulierte Nahrung sollte, solange ein Verbot nicht durchzusetzen sei, kennzeichnungspflichtig sein.

Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen war einst eine wesentliche Forderung der Grünen, aber wer die Option auf

"Regierungsverantwortung" und das "große Ganze" offen halten will ,muß sich auch mit radikaler Kritik an technischen Destruktivkräften zurückhalten. Im Programm heißt das Ziel zwar noch "Sofortausstieg aus der Atomtechnologie", aber "die Auslegung des Atomgesetzes durch die Verwaltungsgerichte und die Weisungskompetenz des Bundes" ließen "ein sofortiges Abschalten der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke illusorisch erscheinen" akzeptieren auch die Grünen. Konkret als Initiative in den Landtag einbringen wollen sie eine "Verbreitung und Bündelung des wissenschaftlichen Sachverstandes", eine "Änderung und Zuspitzung der Ausstiegspolitik auf Stillegungsverfügungen und eine "klare und möglichst einheitliche Zielrichtung (der Länder) für den Ausstieg" herstellen.
Sofortiger Ausstieg?
Statt außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren, werden Stillegungsverfügungen vorgeschlagen, für die die "erhebliche Gefährdung" der Kernenergienutzung bewiesen werden muß. Durch eine neue Risikoabschätzung soll die Landesregierung als Genehmigungsbehörde eine "umfassende Wertung aller wichtigen Erkenntnisse über die Gefährdung durch AKWs" vornehmen, um eine Stillegung zu erwirken.

Die internationale Solidarität ist bei den Grünen nur noch deformiert als sogenannter "Eine-Welt"- Gedanke zu haben. Proklamiertes Ziel ist "eine erkennbare Aufwertung der Entwicklungs- bzw. Eine-Welt-Politik des Landes. Sie muß frei von eigenwirtschaftlichen Interessen verfolgt werden." Wer jetzt als ersten Schrittdie Forderung nach dem Erlaß aller Schulden der unterentwickelt gehaltenen Länder erwartet, geht fehl. Es folgt keine Analyse der globalen ökonomischen Verhältnisse, was ja auch zur lästigen Folge hätte, daß man zugeben müßte, daß diese Welt zwischen den kapitalistischen Zentren EU, USA und Japan und den verelendeten Regionen aufgeteilt ist und das Prinzip der "Einen-Welt" längst mit den internationalen Herrschaftsstrukturen harmoniert. Aber die "Eine-Welt" suggeriert einen so schön unkritischen Internationalismus, der Verursacher und Opfer nicht mehr scharf trennt, somit die Menschheit zu Tätern und Opfern gleichzeitig macht und nach Lösungen gemeinsam sucht. Die Einebnung aller sozialen Widersprüche dieser Welt hat zur Folge, daß Organisationen der Täter wie UNO, NATO, IWF und Weltbank reformierbar und als kompetente Krisenmanager der ökologische und sozialen Frage akzeptiert werden. Imperialistische Außenpolitik wird zur Weltinnenpolitik, aber an den Verhältnissen ändert diese antiaufklärerische Phrasendrescherei nichts.
Die Forderung einer "gerechten Weltwirtschaftsordnung" ist eine Worthülse, die mittlerweile von

Heide Simonis (SPD)

den Grünen bis zur CDU gebraucht wird und bei den Grünen keineswegs als Programm zur Abschaffung der bisherigen Weltwirtschaftsordnung verstanden wird:
Es soll in erster Linie lediglich die Grundbedürfnissituation der Menschen in den "sogenannten unterentwickelten" Ländern und Regionen verbessert werden. Vorraussetzung dafür sei ein Wandel der Industriegesellschaften und daß vor allem die Staaten des Nordens ihre Beiträge leisten. Als Schlagwort dient wiedermal, wenn die Grünen Antikapitalismus vermeiden wollen, die sogenannte "nachhaltige Entwicklung". Darüberhinaus wollen sie u.a. " die Einrichtung der Stelle eines Eine-Welt-Beauftragten der Landesregierung prüfen" (S.38), einen Eine-Welt-Beirat schaffen, das B.E.I fördern, einen Kleinprojektefond einrichten, Nord-Süd-Zusammenhänge, Fair-Handel-Ansätze unterstützen und ein Konzept für ein Ausbildungszentrum für zivile Konfliktbearbeitung erarbeiten."
Die Grünen wollen internationale Ausbeutung nicht antasten, sondern "eine Politik der globalen Verantwortung, die eine gerechte Außen- und Weltwirtschaftspolitik herbeiführt!" Ein Vokabular, mit dem heutzutage Militärinterventionen begründet werden.
Die de-facto-Abschaffung des Asylrechts erkennen und verurteilen die Grünen immerhin, aber von einer Forderung nach offenen Grenzen für alle Menschen sind sie meilenweit entfernt. Stattdessen setzen sie sich weiterhin für eine Sonderbehandlung mittels eines "Flüchtlingsgesetzes", daß ökonomische Ausbeutung als Fluchtgrund nicht anerkennt und einer Meldepflicht als die "humane" Alternative zur Abschiebehaft. Die herrschende, repressive Asylpolitik wird nicht kompromißlos abgelehnt, sondern soll nach "humanen Standards" reformiert werden. So z.b. die Aufnahmeeinrichtungen ein wenig menschlicher gestalten, die Ermessensspielräume zugunsten der Flüchtlinge voll ausschöpfen, mehr SozialarbeiterInnen für Flüchtlinge einstellen, Flüchtlinge dezentral unterbringen und eine Öffentlichkeitskampagne für Flüchtlinge starten. Es klingt zwar nett, wenn die Grünen sich für das "aktive und passive Wahlrecht für InnländerInnen ohne deutschen Paß" einsetzen wollen, aber genauso pervers ist ihre Begründung dafür:"Sie zahlen Steuern und stützen mit ihren Beiträgen die Arbeitslosen- und Rentenversicherung(...) oder weil Deutschland von ihnen "kulturell und ökonomisch profitiert". Der Wert des Menschen an sich wurde aufgelöst, er/sie wird über seinen marktwirtschaftlichen Gebrauchswert und seinen kulturelle Nützlichkeit definiert.
(dokumentiert und überarbeitet aus Wecker Nr.7)

Nachschlag:

Mit einem Wahlkampf, in dem sich Bündnis 90/Die Grünen als die einzigen parteipolitischen Gegner der Ostseeautobahn A20 profilierten und dies auf vielen Veranstaltung in den betroffenen Kreisen zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes machten, schafften sie mit 8,1% der Stimmen seit ihrer Gründung zum ersten Mal den Einzug in den schleswig-holsteinischen Landtag. Da eine sozialliberale Koalition nicht in Frage kam, aber die SPD die absolute Mehrheit verloren hatte, stand den rosa-grünen Koalitionsverhandlungen nichts im Weg, die am 18. Mai mit einem klaren Votum für das Regierungsbündnis durch die Landesdelegierten beendet wurden. Fast zwei Drittel der grünen Landesdelegierten stimmten auf dem Parteitag in Kiel für die Koalition.

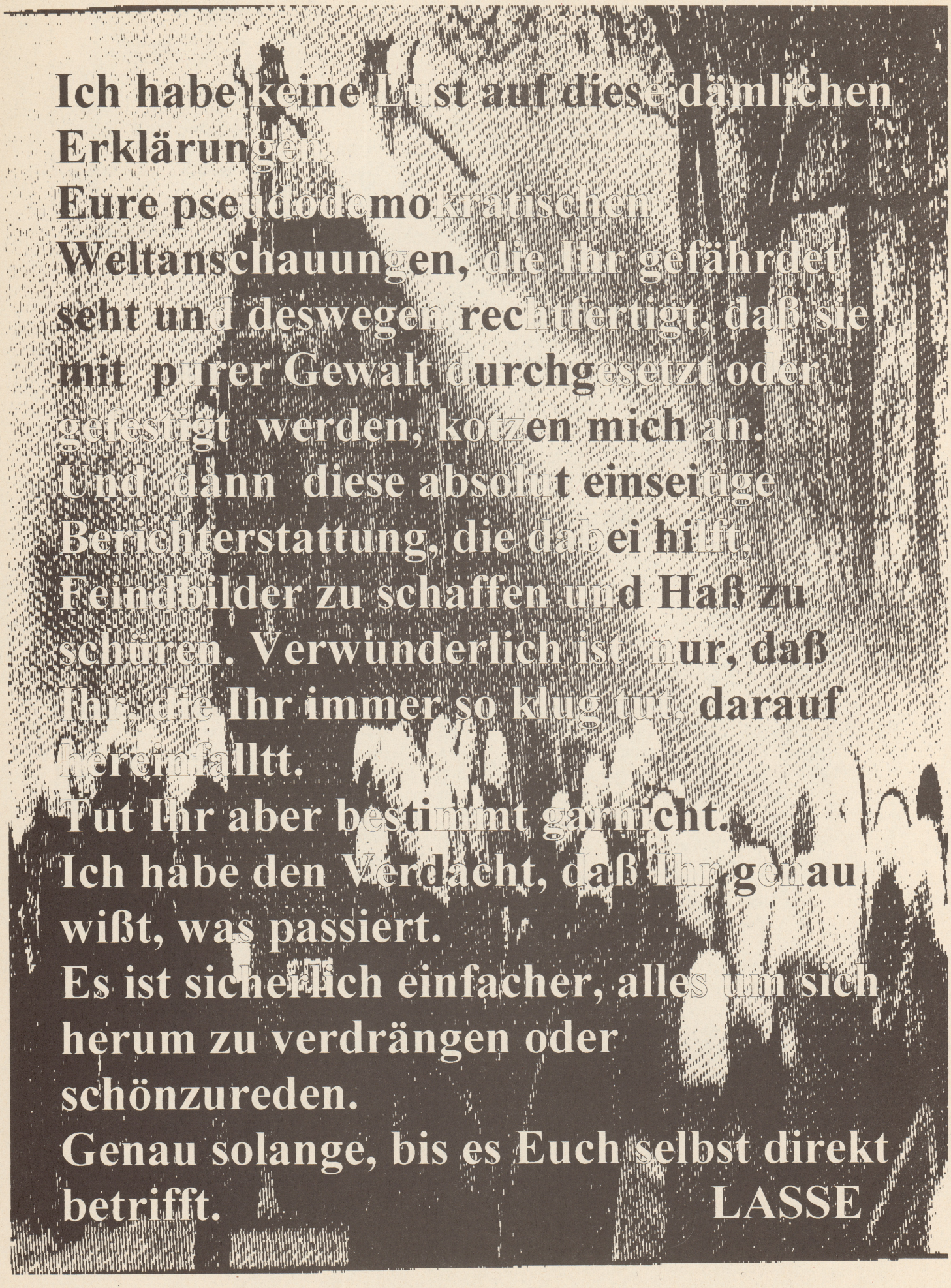
Wie froh wäre die grüne Mittelschichtspartei doch gewesen, hätte sie das Prestigeprojekt A 20 nicht kippen müssen und wenigstens ihre restökologische Alibifunktion für die WählerInnen aufrecht erhalten können.
Im Landtagswahlprogramm der Grünen heißt es noch kompromißlos: "Wir werden alles tun, um die A 20 zu verhindern... um die Planungen zu stoppen. (S. 19) "Keine Ostseeautobahn" prangte es im Wahlkampf von den phantasielosen Plakaten der Grünen und in Podiumsdiskussionen gaben sie sich als erbitterte GegnerInnen zur A20 -als parlamentarischer Arm der Bürgerinitiativen und protestierenden Einzelpersonen. Rolf Jünemann, Vorsitzender des Gesamtbündnisses gegen die Ostseeautobahn, fragt sich folgerichtig auf dem Parteitag in Kiel, woran denn die Koalitionsverhandlungen hätten scheitern sollen, wenn nicht an dem Passus zur A20, wie er im Koalitionsvertrag stehe. "Die Planfeststellungsverfahren im Raum Lübeck" sollen "mit maximaler Transparenz und Bürgerfreundlichkeit ohne Zeitdruck" zu Ende geführt werden. "Für eine maximale Umweltverträglichkeit des Straßenbauvorhabens(!)" würden sie sich einsetzen, lautet es dort. (S. 39) Der Unterschied zwischen naturvernichtender kapitalistischer Profitlogik und der Politik der Grünen bedeutet also nicht etwa Bau oder Verhinderung von Autobahnen, sondern ob sie naturvernichtend und krebserregend oder bürger- und umweltfreunlich genannt werden. Grüne Verblödung kennt scheinbar keine Grenzen.
Und wenn die Unterkommission, die über die A20 mit der SPD verhandelt, aufgrund der entgegengesetzten Positionen zur Autobahn, zu keinem Kompromiß findet -was taktisch gewollt war- , dann wird die Auseinandersetzung abgebrochen, die Unterkommission aus den Verhandlungen hinauskatapultiert und die Verhandlungen zur "vertraulichen Sache". Geheim konnten der jetzige grüne Umweltminister Rainder Steenblock und Susanne Böhnert-Tank auf den Kurs der SPD einschwenken und die A20 akzeptieren. Auch mit den Grünen wird es für die A20 das "beschleunigte" Verfahren ohne Raumordungsverfahren mit förmlicher Öffentlichkeitsbeteiligung und Gesamtumweltverträglichkeitsprüfung geben, die Planung westlich der A1 wird bis zur Elbe weitergetrieben und von der A1 bis kurz vor Bad Segeberg wird bis zur Planfeststellungsreife geplant.
Skeptisch mußte man die Position der Grünen allerdings schon vor den Koalitionsverhandlungen betrachten, die keineswegs eine Akzeptanz der Autobahn ausschlossen. So verweigerte der Vize-Spitzenkandidat Karl-Martin Hentschel z.b. beharrlich eine konkrete Aussage über die Haltung der Grünen, falls die Koalition an der A20 zu scheitern drohe. Die gesamte Verkehrspolitik der Grünen war durchweg mittel- und oberschichtsorientiert, die gesellschaftliche Fixierung auf das Auto nicht als Teil einer verschleißenden und verschwenderischen Produktionsweise analysiert sondern bescheuert als "schrankenloser Automobilismus" kritisiert worden. Verkehrspolitik ist im Koalitionsvertrag wie Ökologie überhaupt vollständig von der sozialen Frage gelöst und beschränkt sich auf Bundesratsinitiativen zu Geschwindigkeitsbegrenzungen und Ökosteuern, ein Programm für mehr Fahrradwege, die Reaktivierung von zwei Bahnstrecken usw. usf. . Nirgendwo findet sich eine Forderung nach der Verbilligung der teuren Züge und Busse oder ein konsequentes Konzept zum Gütertransport auf der Schiene.

Kaum anders steht es mit dem von den Grünen im Wahlprogramm geforderten "sofortigen Ausstieg" aus der Kernenergie und der Destruktivkraft Gentechnik. Auch bei den Verhandlungen über den "Atomausstieg" wurden die wichtigen Entscheidungen unter Ausschluß der eigenen Basis und mit dem strikten Ziel der Koalitionsfähigkeit getroffen. Resultat ist, daß die SPD das Energieressort behalten wird und Claus Möller, u.a. Aufsichtsratsmitglied bei PreussenElektra, Energieminister bleibt. Eben jener Claus Möller, der 1989 als Staatssekretär mit Energieminister Janssen das Abschalten des

AKW Brunsbüttel mitverhinderte, als eine entsprechende Weisung des damaligen Bundesumweltministers Klaus Töpfer vorlag. Kein weisungsgebundener grüner Staatssekretär wird im Energieministerium die SPD zum Atomausstieg bewegen, die durch den Koalitionsvertrag keinen Ausstiegszwängen unterliegt. Aber der grüne unbändige Wille nach radikaler Ausstiegspolitik ist im Koalitionsvertrag sofort spürbar: "Die Landesregierung wird... ihre atomrechtliche Aufsicht zum Schutz der Bevölkerung nach strengsten Maßstäben ausüben." (...) "Die Problematik des Entsorgungsnachweises über Auslandsverträge... wird weiter vertieft." Und so werden die Grünen AKWs überwachen und prüfen, ihre Ergebnisse vertiefen, erweitern und der Öffentlichkeit zugänglich machen - "jeweils verfahrensbezogen, konsequent, einheitlich, schutzzweck- und sicherheitsorientiert" - bis zum ersten sicheren Reaktor. (KoaVertrag, S. 23)
In der Gentechnik wird die ablehnende Haltung aufgeweicht, der Anpassungskurs verläuft schleichend und verschleiert. Obwohl die Grünen, wie übrigens auch die SPD, Eingriffe in die menschliche Keimbahn, die Patentierung von gentechnisch veränderten Lebewesen und Genen sowie Freisetzungsversuche mit genmanipulierten Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen ablehnen, gibt es schon kein entschlossenes "Nein" mehr. Nach den Grünen gäbe es, da die langfristigen Folgen für Mensch und Natur nicht absehbar seien, eine "Verantwortbarkeitslücke", nicht etwa ein ungeahntes, menschenfeindliches Risikopotential der Gentechnik und eine klar vohersehbare intensivere Ausbeutung des Menschen. Sie setzen sich gemeinsam mit der SPD für eine Enquete-Komission, "die Empfehlungen zur sorgfältigen und verantwortungsbewußten Abwägung der Chancen(!) und Risiken gentechnischer Verfahren geben soll" und eine fachübergreifende Ethik-Kommission ein. Als bestünde nicht die einzige Aufgabe solcher Institutionen darin, Akzeptanz und Legitimation der Gentechnik zu fördern. In Analogie zur Bioethik-Kommission der EU.

Unter rosa-grüner Herrschaft wird es in Schleswig-Holstein für Flüchtlinge weiterhin Abschiebungen und die brutale Abschiebhaft geben. Allerdings menschenfeindlich chiffriert als "so kurz und so human wie möglich". Internationalismus pervertiert zur Kriminalisierung von Flüchtlingen auf der einen Seite, zur Farce auf der anderen: ein "Eine-Welt-Beirat" und die institutionelle Förderung des B.E.I als praktizierende internationale Solidarität. Aber die grüne Basis und die WählerInnen werden die "Zwänge", die mensch in einem parlamentarischen Herrschaftsbündnis halt schluckt, noch akzeptieren. Das ist absehbar oder bereits geschen. War doch schon vorher klar, daß die Grünen an die Tröge der Macht wollten und die A20 als einziger denkbarer Hinderunggrund letztendlich doch nicht über den "grünen Faden" im Koalitionsvertrag hinwegtäuschen durfte. Jetzt können sie vom Mythos des Ringens um die Autobahn und den "heftigen Schlagabtausch"(LN) auf dem Parteitag zehren, um wenigstens ihre Streitkultur als ein Wesensmerkmal zu retten. Die Harmoniesucht, die mir in Kiel begegnete, der milde Applaus auf Rolf Jünemanns Rede gegen die grüne Akzeptanz der A20 und die satte Mehrheit der Koalitionsbefürworter, ließen allerdings eher auf die von der Fraktionschefin Irene Fröhlich ausgegbene Devise schließen:" Wir haben heute möglichst gelassen... zu diskutieren."

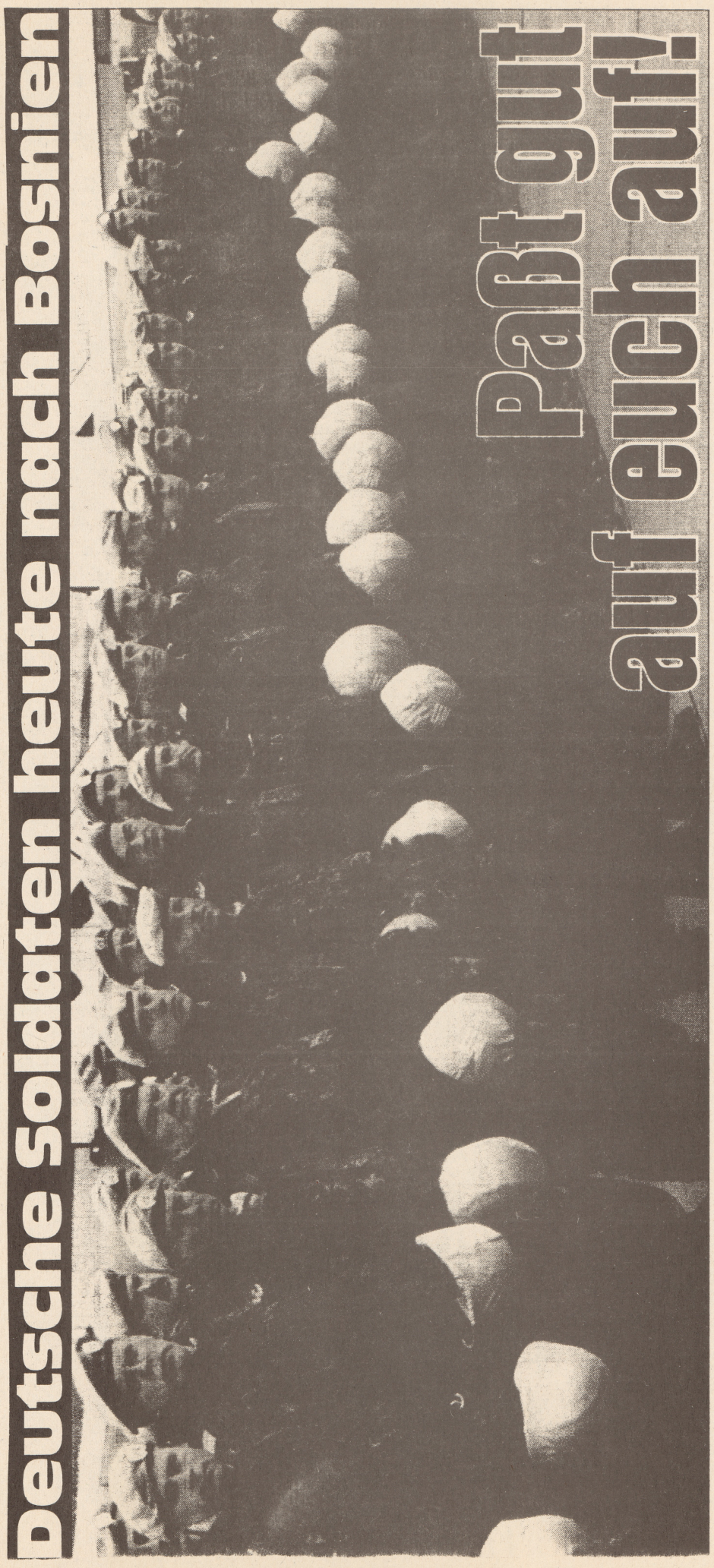
Joschka Fischer plädiert in der Frankfurter Rundschau für die Lösung der Kanzlerfrage.
Joschka F.: Die Wahlen in Italien haben gezeigt, daß es auch anders geht. Dort hat Romano Prodi mit seinem Mitte-Links-Bündnis unter dem Zeichen des Olivenbaums die Konservativen geschlagen.
FR: Was folgt daraus?
Joscka F.: Wir sollten überlegen, ob die SPD sich nicht von der ganzen ritualisierten Kanzlerkandidatenfrage freimacht. Personen spielen eine immer bedeutendere Rolle. Warum also nicht eine Prodi-Lösung versuchen? Eine unabhängige Persönlichkeit von hoher Wirtschaftskompetenz, die eben nicht im etablierten Politikbetrieb drin ist, ist mehrheitsfähig.
FR: Wer zum Beispiel?
J.F.: Mir drängt sich jetzt kein Name auf. Und wenn ich ihn hätte, würde ich ihn jetzt nicht sagen. Aber man sollte ernsthaft darüber nachdenken. Ein Parteienbündnis bezogen auf eine Figur, die weit in die bürgerliche Mitte hinein ausstrahlt, die Vertrauen weckt und von den beteiligten Parteien getragen wird.



Ich habe keine Lust auf diese dämlichen Erklärungen.
Eure pseudodemokratischen Weltanschauungen, die Ihr gefährdet seht und deswegen rechtfertigt, daß sie mit purer Gewalt durchgesetzt oder gefestigt werden, kotzen mich an.
Und dann diese absolut einseitige Berichterstattung, die dabei hilft, Feindbilder zu schaffen und Haß zu schüren. Verwunderlich ist nur, daß Ihr, die Ihr immer so klug tut, darauf hereinfalltt.
Tut Ihr aber bestimmt garnicht.
Ich habe den Verdacht, daß Ihr genau wißt, was passiert.
Es ist sicherlich einfacher, alles um sich herum zu verdrängen oder schönzureden.
Genau solange, bis es Euch selbst direkt betrifft.

LASSE

Von Jalta nach Sarajevo



Balkan: neue deutsche Eskalation

Im Februar 1945, als der Krieg gegen das faschistische Deutschland entschieden war und die USA, die UDSSR und Großbritannien in Jalta Pläne für die Niederwerfung Deutschlands einschließlich seiner Zerstückelung schmiedeten, entstand unter dem Punkt "Besetzung und Kontrolle" auch diese Passage: "Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Aufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören;"

Nur zehn Jahre später, Deutschland war in den antikommunistischen Block integriert und als Juniorpartner der USA erneut zum kapitalistischen Zentrum aufgestiegen, durfte die Bundesrepublik sich wiederbewaffnen. Im Mai 1955 wurde sie souveräner Staat und als solcher Mitglied der NATO, nachdem das Konzept einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Widerstand der französischen Nationalversammlung gescheitert war. Schon seit 1948 hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) die Wiederaufrüstung geplant, im Oktober 1950 trafen sich in Himmerod alte Wehrmachstoffiziere, u.a. die Herren Heusinger und Speidel, zu einer geheimen Konferenz und berieten über die Größe und Struktur der zukünftigen westdeutschen Armee. Gegen eine breite, außerparlamentarische Opposition in der deutschen Bevölkerung und gewalttätig wurde die Remilitarisierung durchgesetzt. Als 1952 30. 000 Jugendliche gegen die Wiederbewaffnung demonstrieren, erschießt die Polizei den Kommunisten Philipp Müller und verletzt zwei weitere Jugendliche schwer.

Die Militärpolitik und insbesondere die Wiederbewaffnung der BRD ist nicht zu lösen von der Systemauseinandersetzung zwischen den USA und der UDSSR, so natürlich auch die Veränderungen der deutschen Außenpolitik nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Aulösung des Warschauer Paktes. Bereits während des zweiten Weltkriegs offenbarte sich, daß die einzige Gemeinsamkeit der beiden Weltmächte in der Gegnerschaft zu Deutschland bestand. Die USA griffen erst 1944 über Frankreich das faschistische Deutschland an, obwohl das von Stalin schon lange gefordert worden war. Richtig bleibt

natürlich, daß die USA maßgeblich an dem militärischen Sieg über Deutschland beteiligt waren, aber die Hauptlast trug die russische Zivilbevölkerung und die Rote Armee.
Nachdem Harry S. Truman Präsident der USA geworden war, begann der Kalte Krieg zu eskalieren und unter dem Eindruck des Krieges zwischen Nord- und Südkorea sah Konrad Adenauer seine These von der Aggresivität der sozialistischen Staaten bestätigt. Adenauer verstärkte sein Engagement für die Bewaffnung u.a. durch ein Memorandum vom August 1950, das er dem amerikanischen Hohen Kommissar in Bonn überreichen ließ, in dem er ein deutsches Verteidigungskontingent innerhalb einer "internationalen europäischen Armee" vorschlägt.(Peter Borowsky, Deutschland 1945-69) Daß die DDR zu diesem Zeitpunkt schon über 60.000 kasernierte Volkspolizisten verfügte, kam Adenauers Bedrohungsszenario gelegen.
Die kriegerische Systemauseinandersetzung fand jedoch nie in Europa statt, sondern ohne Beteiligung der BRD stellvertretend in Korea, Indochina, Afghanistan, Angola, Somalia, Kuba... . Die Rolle Westdeutschlands war darauf beschränkt, als NATO-Mitglied ein sicheres Hinterland für das Niederschlagen der antikolonialen Emanzipationsbewegungen in der dritten Welt zu bilden. Einen Krieg dieser Genesis führten die USA bis 1974 in Vietnam, anläßlich dessen der US-General Maxwell D. Taylor die Absichten seiner Nation auf den Punkt bringt, als er sagte, daß die USA in Vietnam den "Mythos der Unbesiegbarkeit" der Befreiungskämpfe exemplarisch zerstören müßten. Das war die amerikanische Strategie des "roll back" (Außenminister Dulles), die militärische Notwendigkeit aus der "Domino-Theorie", derzufolge im Fall eines Sieges des Vietcong, sich auch in den benachbarten, asiatischen Ländern nach und nach die Revolution durchsetzen würde.
Solange die bundesrepublikanische Militärpolitik noch alliierter Kontrolle unterlag, bildete die offizielle Politik, die stets hinter den Brutalitäten der US-Imperialististen stand, den gewichtigeren Teil der präventiven Konterrevolution: Willi Brandt gratulierte Kennedy zu den "vietnamesischen Erfolgen", der deutsche Außenminister Schröder forderte vor dem Ministerrat der WEU "Härte in Berlin und Vietnam". Die moralische Rückendeckung wurde durch wirtschaftliche und logistische Unterstützung erweitert (während sich dieses Verhältnis zwischen militärischer und wirtschaftlicher Teilnahme an der Konterrevolution heute umkehrt): Das Marionettenregime im südvietnamesischen Saigon bekam von Deutschland infrastrukturelle und technische (, nach einigen Meldungen sogar möglicherweise paramilitärische) Hilfe, der US-Dollar wurde durch den "Devisenausgleich" gestützt, das IG-Farben-Haus in Frankfurt/Main nutzten mehrere US-Nachrichtendienste als Hauptquartier, um Militärstrategien ihres Landes vorzubereitern und zu koordinieren. (Peter Brückner, Ulrike Meinhof...)

Seit 1989 ist allerdings eine gefährliche Wende in der deutschen Außenpolitik zu beobachten. Wer geträumt hatte, daß mit der Auflösung des Warschauer Pakts Bellizisten aus Ermangelung eines konstruierten Feindbildes der Antikommunisten an gesellschaftlichem Einfluß verlieren würden, muß zugeben herrlich bescheuert gewesen zu sein. Die deutsche Vereinigung hat chauvinistische Besoffenheit und nationalistische Progromstimmung ausgelöst und eine militarisierte Außenpolitik, also die Option des Rests der Welt auf deutsche "out of area"-Einsätze, zur Normalität eskalieren lassen. Durch die Annektion der DDR, der die bundesdeutsche Staatsform, Rechtsprechung und das Bildungssystem übergestülpt wurde, geriet Deutschland zu einem Staat, dessen Ideologen auf einmal meinten, durch den Gebietszuwachs im Osten müsse die Rolle Deutschlands in Europa und auf der ganzen Welt neu definiert werden. Waren Nationalismus und Militarismus bisher weitgehend durch allierte Restriktionen gefesselt, erleben beide im Moment eine Renaissance in Abgrenzung zur "alten Bundesrepublik".
Die Wiedervereinigung hat die Emanzipation mit den Alliierten auf die Tagesordnung gesetzt hat und droht notfalls unverhohlen wie Bundeskanzler Helmut Kohl im Februar 1996: "Die Politik der europäischen Einigung ist in Wirklichkeit eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert." Diese Warnung vor einem deutschen Alleingang meint: Entweder ihr erfüllt unsere Forderungen von Europa - mit Währungsunion, Osteuropaerweiterung und uns als Hegemonialmacht- und bindet Deutschland so an euch oder es könnte passieren, daß wir es wieder auf dem traditionellen Weg versuchen. Wie in der Vergangenheit.
Zu den 50- Jahresfeiern der UNO findet Helmut Kohl keine Zeit und äußert sich abfällig, arrogant über die kurze Redezeit, die ihm zur Verfügung gestanden hätte. Nur zwei Tage später hat er wieder Zeit und kann in Bonn anläßlich des Zapfenstreiches der Bundeswehr auftreten und verkündet: "Der Widerstand gegen die NS-Diktatur (!) ist das etische Fundament, auf dem die Bundeswehr aufbaut."
1994 machte Kohl für seine Teilnahme an der Feier zum Sieg über den Nationalsozialismus in Moskau zur Bedingung, daß er an keinerlei rückwärtsgewandten Siegesfeiern teilnehmen muß.
Wer derart selbstbewußt und aggressiv auftritt, kann es seiner Nation selbstverständlich nicht zumuten, bei der Aufteilung der Welt durch einen gefesselten Militärapparat stets nur die zweite Geige zu spielen, wenn es um weltweite Interventionen geht. Der langjährige Kanzlerberater Michael Stürmer forderte 1993, "das deutsche Haus zu ordnen und zur Ordnung der Welt" beizutragen, denn Deutschland habe keine "Ferien von der Geschichte" mehr. Für diesen deutschen sendungsbewußten Ordnungssinn stehen die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, die seit dem 26. 11. 1992 gelten, worin auch ein deutscher Alleingang kein Tabu mehr ist: "Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken. Die nationale Interessenlage ist daher auch Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates." Deutschland wird zur "Nuklearmacht und kontinentalen Mittelmacht mit weltweiten Interessen" zu dessen "vitalen

Sicherheitsinteressen" auch folgende gehört: "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Ramen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung."

Im Führungskampf, der zwischen den kapitalistischen Zentren USA, der EU mit der Bundesrepublik an der Spitze sowie Japan mit den jeweiligen Hinterhöfen tobt, ist der Krieg in Jugoslawien ein Meilenstein für die deutsche Außenpolitik geworden. Noch 1994 herrschte ein breiter Konsens, daß sich die Bundesrepublik nicht an out-of-area - Einsätzen beteiligen würde, die in Gebieten stattfinden, in denen die faschistische Wehrmacht im zweiten Weltkrieg gewütet hat. Mittlerweile ist das nicht nur kein Tabu mehr, sondern diejenigen KritikerInnen, die einen Einsatz im zerteilten Jugoslawien ablehnen, werden als Zyniker denunziert und der Beihilfe zum Massenmord bezichtigt. Es ist mittlerweile kein Problem mehr, daß die 4000 deutschen Soldaten ausgerechnet in Kroatien - dem Land, das im 2. Weltkrieg mit der klerikalfaschistischen Ustascha-Bewegung den deutschen Faschisten beistand - stationiert sind.
Deutschlands verheerende Einmischung in den jugoslawischen Konflikt begann bereits Ende 1991, als die bundesdeutsche Außenpolitik gegen den Willen der übrigen EG-Mitglieder versuchte die Anerkennung von Kroatien und Slowenien als eigenständige Nationen durchzusetzen. Unterstützt von den konservativen Zeitungen "Frankfurter Allgemeine Zeitung" und "Welt", die Jugoslawien als "Völkergefängnis" titulierten, wurde im Januar 1992 die Anerkennung de facto von der EG vollzogen. Im März folgte die Sezession Bosnien-Herzogowinas, die von den USA und Deutschland forciert wurde. Mit der Unterstützung des Prinzips der "Selbstbestimmung der Völker", das keine sozialen Klassen kennt, bekamen die Nationalisten in Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzogowina Rückendeckung von den Weltmächten, die den Krieg somit eskalieren ließen. Ungeachtet der Tatsache, daß das Selbstbestimmungsrecht im Widerspruch zur "territorialen Integrität" eines Staates stehen kann; die Unabhängigkeitserklärung Bosnien-Herzogowinas z.b. war nach der jugoslawischen Verfassung illegal. Sie hatte wie die Kroatiens und Serbiens nichts mit Befreiung zu tun, sondern schuf neue Minderheiten, die unter dem ekelhaften, völkischen Nationalismus in den Teilrepubliken, die ethnisch homogenisiert werden sollten, litten. So die serbische Minderheit in Kroatien, die im größten Flüchtlingstroms des Bürgerkrieges aus der Krjina vertrieben wurde, die serbisch- bosnische und kroatisch-bosnische Minderheit in Bosnien oder die Albaner im Kosovo.

Die BRD schuf sich in Jugoslawien Kroatien als Vasallenstaat, das von dem Nationalisten Franjo Tudjman und seiner Partei der HDZ regiert wird. Unter Tudjmann, der die Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden während des 2.Weltkrieges für zu hoch hält, weil diese Schätzungen auf zu emotionalen und voreingenommenen Zeugenaussagen stammten und antisemitisch hetzt, daß in der Mitte der achtziger Jahre das Weltjudentum es offenbar immer noch nötig habe, seines <Holocausts> zu gedenken, werden die Namen von Straßen, Plätzen und Schulen nach bekannten Ustascha-Verbrechern bennant, die "Schachbrettfahne" als nationales Wappen und das Zahlungsmittel der Faschisten, der "Kuna", wiedereingeführt.
Deutschland unterstützte Kroatien mit ökonomischer Hilfe, Waffenlieferungen und einer engen Zusammenarbeit des kroatischen Geheimdienstes mit dem BND. Mig-21-Kampfflugzeuge und Kalaschnikows aus alten NVA-Beständen z.b. wurden aus Deutschland geliefert, der BND unterstützte nach Titos Tod immer nachdrücklicher die Sezessionisten.
Die deutsche Außenpolitik verfolgte die Spaltung Jugoslawiens mit dem Ziel, den Widerstand der osteuropäischen Staaten gegen die politische, ökonomische und militärische Expansionen der BRD zu schwächen, um den Weg für Investitionen des deutschen Kapitals zu ebnen. Der Bürgerkrieg zog die fatale Konsequenz nach sich, daß Deutschland ihn instrumentalisierte, um praktische Erfahrung für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr zu sammeln und dabei die Chancen für weitere Einsätzen zu erhöhen. Die öffentliche Meinung im eigenen Land hat während dieser Entwicklung jede pazifistische Gesinnung abgelegt.

"Der Auftrag lautet Frieden" bringt die FAZ am 7. 12. den Konsens einer Großen Koalition von schwarz bis olivgrün zum Ausdruck. Was bisher Krieg hieß, wird zur "Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker" (Hamburger Abendblatt) und der "Rückkehr zur Normalität" (Welt).
Nicht nur die Sprache ehemaliger PazifistInnen ist heute Bestandteil herrschender Kriegstreiberei, auch die personellen Überschneidungen von früheren Antimilitaristen mit den heutigen Einklägern von "militärischen Menschenrechtsfeldzügen" ist erschreckend. Diese Auffrischung kommt einem in naher Zukunft möglichen ungehemmten militärischen Imperialismus als neuer

Legitimationsschub sehr gelegen. Mit der Militarisierung Deutschlands nach 89 ist nicht nur die langsame Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an Kriegseinsätze, über *"Friedenstiften"* in Kambodscha, *"Friedensichern"* in Somalia und insbesondere dem Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien gelungen, zugleich konnte mithilfe ehemaliger Linker und Intelektueller Deutschland sich gegenüber den Siegermächten militärisch, nun aber im Duett mit vermeintlich internationalistischen, antifaschistischen Menschenrechtschören, emanzipieren.

Dienen ist die erste Bürgerpflicht: Vom Militarisieren einer Gesellschaft

Wenn eine Gesellschaft dazu übergeht, daß ihre Eliten die Tugendbegriffe der Fünfziger wie Fleiß und Verzicht beschwören und beginnen, die Leistungen des Nationalsozialismus zur ArbeiterInnendisziplinierung zu relativieren, um die latent subversive Jugend und die Unterschichtler, in den durch rapide wachsende Konkurrenz brutaler gewordenen Produktionsprozeß zu integrieren, dann kann man erkennen, daß dieses Land von einer wiederkehrenden, aber seit dem 2. Weltkrieg schwerwiegendsten, Krise der kapitalistischen Ökonomie heimgesucht wird. Auch kulturell wird an die fünfziger angeknüpft: Auf jedem Fernsehsender feiert der deutsche Schlager in Schlager-Nacht extra, der Schlagerparade der Volksmusik, im deutschen Schlagermagazin, in Karl Moik´s Musikantenstadl... seine Rennaissance. Dazu gehört ein akzeptierter Arbeitsethos, der sich vehement gegen Faule, Kranke, Langsame, Verweigerer und Nestbeschmutzer von Nation, Abteilung oder Station wehrt. Wenn an meiner Zivildienststelle im Krankenhaus sich jemand über die Standortdebatte mokierte oder den Ruf der Blöden verarschte, nachdem jeder sein Teil zur Krisenbewältigung beitragen müsse, kann er/sie sichergehen, daß er als Antwort keine ironischen Witze auf Kosten der Herrschenden hört. Im harmlosesten Fall wird er sauernst genommen und es heißt, daß irgendjemad das alles ja schließlich bezahlen müsse, die weniger harmlose Variante ist fassungslos über schlechtgelaunte oder nicht ausreichend pflichtbewußte Angestellte und meint, daß die doch froh sein sollten, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben. Wenn dieses Land zudem lange Zeit auf einen militärischen Arm seiner imperialistischen Außenpolitik verzichten mußte und nun die Chance nutzt, ihn wierderzuerlangen, dann wird das nationalistische Schlagwort "Standort Deutschland" zu einem Begriff, der neben Unterwürfigkeit gegenüber dem Chef, jeder beschissenen Arbeit bis hin zum Arbeitsdienst, Lohnverzicht im Krankheitsfall und freiwilliger Mehrarbeit auch das Dienen für´s Vaterland als Soldat ausdrücklich hervorhebt. Da Deutschland jeden männlichen Menschen zur Wehrpflicht heranzieht und durch die wehrpflichtigen Soldaten die Funktionalität der Bundeswehr zur Zeit sichergestellt ist, ist der Zivildienstleistende den Herrschenden natürlich ein besonderer Dorn im Auge.

"Der junge Mann, wenn er sich vor diese Pflicht (Wehrpflicht) *gestellt sieht, fragt sich: Soll ich den Grundwehrdienst leisten? In seiner von der Gesellschaft geprägten Haltung, mehr an sich zu denken als an die anderen, neigt er eher dazu, die aus seiner Sicht häufig weniger schwierige und auch allgemein mehr Anerkennung findende Aufgabe zu wählen."*, klärt die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld (CDU) im Interview mit der "WELT" die deutsche Bevölkerung über die fehlende Kriegs- und Heldentodbegeisterung ihrer Jugend auf und folgert: *"Die Tendenz lieber die Rechte als die Pflichten zu sehen, ist in der jungen Generation von heute allgemein erkennbar."*

Zum 40jährigen Jubiläum spricht sich Helmut Kohl angesichts der propagandistisch aufbereiteten steigenden Anzahl von Kriegsdienstverweigerern im Fackellicht beim Zapfenstreich in Bonn energisch für den Status des Wehrdienstes als Normalfall aus und degradiert den zivilen Kriegsdienst zur Ausnahme. *"Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. (...) Der Wehrdienst ist der...vorgesehene Regelfall"*

In nichts nach steht ihm Bundespräsident Roman Herzog: *"Sorge bereitet mir nach wie vor die hohe Zahl derjenigen, die nach Gesetz den Wehrdienst verweigern. Zwar ist auch der Zivildienst ein bedeutsamer Faktor im sozialen System unseres Landes, und auch die Zivildienstleistenden verdienen hohen Respekt. Aber die Wehrpflicht ist für uns unabdingbar.*

Wir müssen bei klarem Bekenntnis zur Wehrpflicht als der originären Bürgerpflicht zu einem angemessenen Verhältnis zwischen Wehr- und Ersatzdienst finden und auf jeden Fall eine Entwicklung verhindern, die noch mehr zu Lasten der Wehrdienstleistenden geht.(...) Es wäre falsch, aus der vom Verfassungsgericht Gleichbehandlung der Wehrdienst- und Zivildienstleistenden eine Gleichrangigkeit beider Dienstformen abzuleiten."

Der Zivildienst, der vom Wehrdienst nicht zu trennen ist, weil er in die Gesamtverteidigungsstrategie der NATO miteingeplant ist und der Zivi im Kriegsfall zum "unbefristeten Zivildienst" gezwungen wird, ist seit 1995 verschärften Attacken ausgesetzt.

Die Forderung der CSU nach einer Wiedereinführung der mündlichen Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer findet zwar nicht die Mehrheit einer nationalen Koalition, stattdessen schlägt der CDU-Verteidigungsexperte P. Breuer ein "Bündnis für Wehrpflicht" vor: Schulen,Parteien, Kirche, Gewerkschaften und Medien sollten

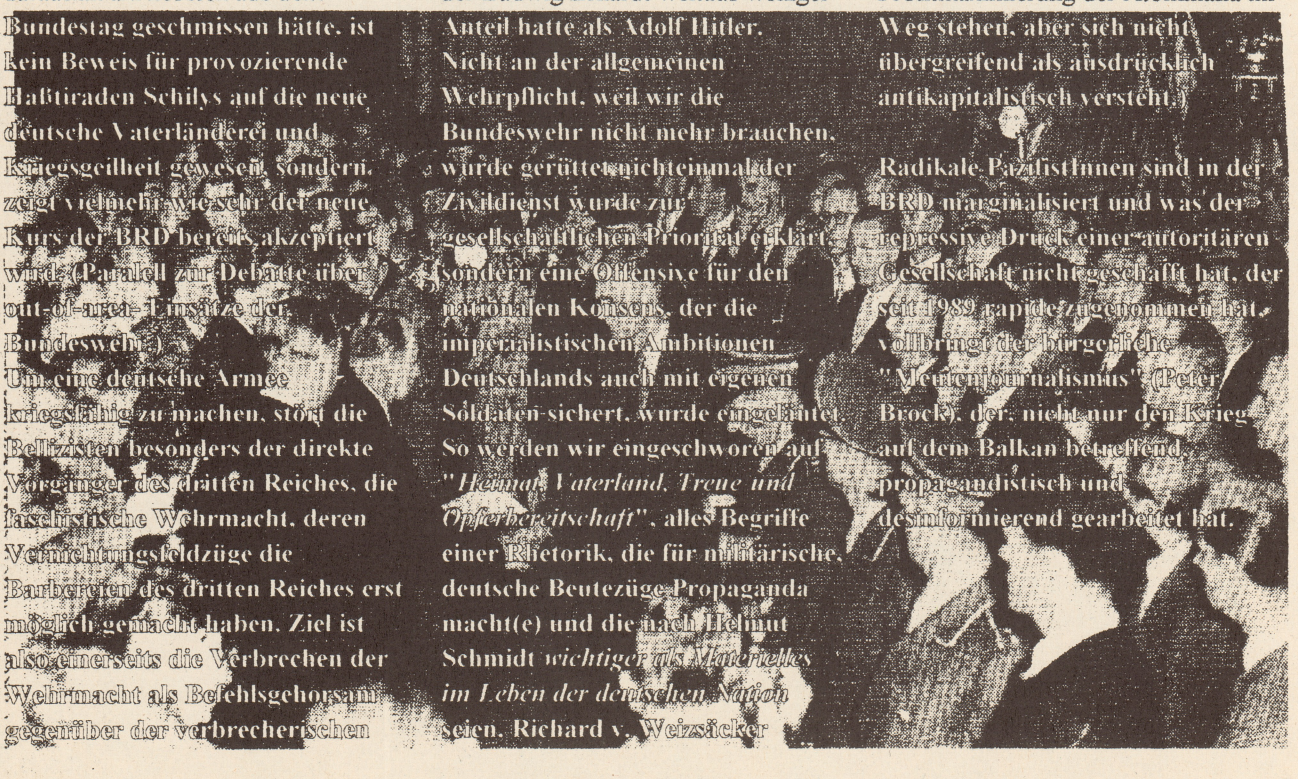
den Wehrdienst als "notwendige, gemeinschaftsbezogene Bürgerpflicht" (Frankfurter Rundschau) darstellen. Daneben soll für die Bundeswehr mit ihren hochinteressanten Verwendungsmöglichkeiten" - "vor allem die Arbeit mit moderner Technik" intensiviert werden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tucholsky-Zitat "Soldaten sind Mörder", das 40-jährige Jubiläum der Bundeswehr und das erste öffentliche Gelöbnis deutscher Soldaten nach dem Nationalsozialismus in Berlin, die obszöne Behandlung von Wehrmachtsdeserteueren markieren innpolitische Anlässe und Debatten, an denen sich der forsche und skrupellose Wille der bundesrepublikanischen Politik zeigt, eine antimilitaristische Opposition zu unterdrücken und die Traditionen, die von der faschistischen Wehrmacht zur heutigen Bundeswehr führen zu verschleiern und gleichzeitig die Wehrmacht als mißbrauchten militärischen Arm der Nationalsozialisten zu rehabilitieren. Ziel ist ein nationaler Konsens über die Remilitarisierung deutscher Politik, der die ökonomische Expansion mittels militärischer Sicherung von Einflußsphären über "out of area" Einsätze zuläßt. Offiziell hat das zum Beispiel in den neuen fürchterlichen Bundeswehrrichtlinien, die seit November 1992 gelten, Niederschlag gefunden. Wie ungehemmt diese Tendenzen sich in Zukunft offenbaren werden ist ungewiß, aber wer hätte beispielsweise den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien auf diese Art und Weise vor fünf Jahren prognostizieren können ohne daß ihm/ihr die Absicht unterstellt würde, diese Nation unangemessenerweise zu verdächtigen.

Zu der Jubelfeier der Bundeswehr auf der Bonner Hofgartenwiese reisen auch rund 1.000 DemonstrantInnen an, die von den anwesenden 4.000 Polizisten - Bonn befindet sich im Ausnahmezustand - eingekesselt werden. Ebenfalls brutal gestalten sich die Jubelfeiern in Erfurt, Magdeburg und Dessau. In Erfurt versammeln sich am 9. Oktober 500 Menschen auf dem Domplatz, der von der Polizei hermetisch abgeriegelt wird, genauso wie der Kaisersaal, wo die Bundeswehrfeier stattfindet. Ohne Grund beginnt die polizeiliche Spezialeinheit USK Bayern mit dem Übergriff auf die friedlich Demonstrierenden. Es wird geschubst, getreten und geschlagen, selbst vor am Boden liegenden Menschen macht die Polizei nicht halt.
In Magdeburg wird ein den Feierlichkeiten zuschauender Totalverweigerer brutal festgenommen und für die Dauer der Veranstaltung in eine Zelle gesperrt, was nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetztes in Sachsen-Anhalt legal ist.
In Dessau sind es sogar zwölf Personen, die der Willkür des SOG zum Opfer fallen und verhaftet werden. Nach der Veranstaltung befinden sich 22 Menschen im Arrest. Auch in Dessau werden DemonstrantInnen eingekesselt und darüberhinaus einige Jugendliche von den Feldjägern gekascht, als sie über den Rathausplatz laufen.
Ein Sturm des Protests erfaßte die deutschen Meinungsmacher als das Bundesverfassungsgericht es wagte, die Verwendung des Tucholsky-Zitats "Soldaten sind Mörder" unter Straffreiheit zu stellen. Analog zum Kruzifix-Urteil konnte es dabei nicht bleiben: Die Bundesregierung startete eine Gesetzesinitiative, die deutsche Soldaten vor einer Verunglimpfung z.b. durch die Beschimpfung als Mörder, beschützen soll. Dieser explizite Ehrenschutz für das deutsche

Militär, der jede Äußerung, welche das "Ansehen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit" schädigt unter Zensur stellt, soll mit einer Strafe bis zu drei Jahren Haft geahndet werden.
Norbert Geis (CDU), der in der Bundestagsdebatte am 8. März entsetzt feststellt, "daß kein Rechtsschutz mehr für die Soldaten besteht", rückt den Soldaten in treuer Verbeugung vor preußischen Tugendbegriffen in den gesellschaftlichen Mittelpunkt: "Das Urteil *Soldaten sind Mörder* ist das schlimmste Urteil, das man über Menschen sprechen kann."
Selbstverständlich steckt hinter dieser Gesetzesinitiative in erster Linie nicht der Ehrenschutz deutscher Soldaten, denen die Mehrheiten des Parlaments und der Bevölkerung ohnehin den Rücken stärken, sondern wie Geis betont, geht es "um die Funktionsfähigkeit unserer Bundeswehr, um ihre Verteidigungsbereitschaft."
Was die parlamentarische Opposition dagegen aufbrachte, nämlich mit seiner Überflüssigkeit zu argumentieren wie Otto Schily es tat, hat rein gar nichts mehr mit Antimilitarismus zu tun, sondern ist die letzte Position vor der Zustimmung. Das Norbert Geis ihn daraufhin am liebsten aus dem Bundestag geschmissen hätte, ist kein Beweis für provozierende Haßtiraden Schilys auf die neue deutsche Vaterländerei und Kriegsgeilheit gewesen, sondern, zeigt vielmehr, wie sehr der neue Kurs der BRD bereits akzeptiert wird. (Parallel zur Debatte über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr.)
Um eine deutsche Armee kriegsfähig zu machen, stört die Bellizisten besonders der direkte Vorgänger des dritten Reiches, die faschistische Wehrmacht, deren Vernichtungsfeldzüge die Barbereien des dritten Reiches erst möglich gemacht haben. Ziel ist also einerseits die Verbrechen der Wehrmacht als Befehlsgehorsam gegenüber der verbrecherischen Diktatur der Nazis zu entlasten und andererseits die soldatischen Tugenden, die damals die Reibungslosigkeit und Dimensionen des Massenmords gesichert haben und folgerichtig geächtet waren, neu aufzubereiten für die demokratische Bundeswehr. Die Kontinuität, die von der Wehrmacht zur heutigen Bundeswehr führt, findet Niederschlag in der Benennung von Bundeswehrkasernen nach Wehrmachtsoffizieren und der Fortsetzung ihrer Karrieren in der Bundeswehr. Nennenswert sind zum Beispiel die Generalinspektoren der Bundeswehr, die bis 1983 alle ehemalige Wehrmachtsangehörige waren.
Den Herrschenden in diesem Land zu unterstellen, daß sie quasi von sich aus auf pazifistischen Pfaden wandeln werden, ist nicht nur blauäugig, sonderm ignoriert, daß Kriege den Zugriff auf Ressourcen sichern, Handelsbeziehungen aufrechterhalten und kapitalistische Krisen überwinden.
Eine Form der Krisenbewältigung ist die Vernichtung von Kapital: Nur durch die völlige Zerstörung und Demontage Deutschlands im zweiten Weltkrieg kam die prosperierende Phase des Wiederaufbaus in den fünfzigern und sechzigern zustande, an der Ludwig Erhardt weitaus weniger Anteil hatte als Adolf Hitler.
Nicht an der allgemeinen Wehrpflicht, weil wir die Bundeswehr nicht mehr brauchen, würde gerüttelt, nicht einmal der Zivildienst wurde zur gesellschaftlichen Priorität erklärt, sondern eine Offensive für den nationalen Konsens, der die imperialistischen Ambitionen Deutschlands auch mit eigenen Soldaten sichert, wurde eingeläutet. So werden wir eingeschworen auf "*Heimat, Vaterland, Treue und Opferbereitschaft*", alles Begriffe einer Rhetorik, die für militärische, deutsche Beutezüge Propaganda macht(e) und die nach Helmut Schmidt *wichtiger als Materielles im Leben der deutschen Nation* seien. Richard v. Weizsäcker fordert *Pflicht und Disziplin, Ordnung und Sparsamkeit* ein.
Die Militarisierung deutscher Politik schließt die Bekämpfung jeder linken Opposition innerhalb des Landes mit ein, um die Verwertungsbedingungen des nationalen Kapitals zu sichern. Dazu gehört der mittlerweile gescheiterte Pakt zwischen dem Kapital und den Gewerkschaften als Variante, die die Arbeiter und Angestellten nicht als Gegner der herrschenden Klasse erscheinen läßt, sondern im gleichen Boot mit ihren Chefs und Vorgesetzten im Kampf für den "Standort Deutschland". Da das anscheinend nicht ausreicht, um den Kapitalismus zu sanieren und konkurrenzfähig zu halten, wird der Pakt über Bord geschmissen, die Gewerkschaften hinauskatapultiert und nun im Alleingang mit der Bundesregierung der Sozialstaat ein bißchen weiter zerstückelt. (Berührt werden die Kapitalinteressen nicht nur durch eine organisierte, antikapitalistische Arbeiterschaft, was in diesem Land sowieso als utopisch gelten kann, sondern auch durch die neueren Proteste der Anti-AKW-Bewegung gegen die Lagerung von radioaktiv verseuchten Brennelementen, die der reibungslosen Profitmaximierung der Atommafia im Weg stehen, aber sich nicht übergreifend als ausdrücklich antikapitalistisch versteht.)

Radikale PazifistInnen sind in der BRD marginalisiert und was der repressive Druck einer autoritären Gesellschaft nicht geschafft hat, der seit 1989 rapide zugenommen hat, vollbringt der bürgerliche "Meinungjournalismus" (Peter Brock), der, nicht nur den Krieg auf dem Balkan betreffend, propagandistisch und desinformierend gearbeitet hat.



Medien im Kreuzfeuer gegen den Erbfeind

junge Welt
Sonnabend/Sonntag, 8./9. Juni
1996, Nr. 132

»Deutscher Wahn«

Der Schriftsteller Peter Handke über die Reaktionen auf sein Buch »Gerechtigkeit für Serbien«

Peter Handkes Buch »Eine winterliche Reise zu den Flüssen Donau, Save, Morawa und Drina oder Gerechtigkeit für Serbien« hat die festgefügte Anti-Serbien-Front in der deutschen Öffentlichkeit etwas durcheinandergebracht. Im folgenden Interview zieht Handke eine erste Bilanz der Debatten. Es wurde für die Belgrader Oppositionszeitung Nasa Borba geführt und erschien dort in serbokroatischer Übersetzung. Die hier erstmals im deutschen Original gedruckte Fassung beruht auf dem Toncassettenmitschnitt, den uns Nasa Borba-Redakteur Dragan Bisenic freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. (Red.)

ISOLDE OHLBAUM

Vor ungefähr 15 Jahren schwärmten die europäischen Intellektuellen schon von »Mitteleuropa« als politischer Vision. Sie dagegen nannten Mitteleuropa ein »meteorologisches Konzept« und warnten davor. Sahen Sie damals schon die Konsequenzen dieses Konzepts für Europa?

Nein. Ich war damals etwas leichtsinnig. Es war ein Witz, mit dem ich von der Ideologie des Begriffes ablenken wollte, denn Mitteleuropa als Ideologie kam mir verdächtig vor und auch aggressiv. Alles, was aggressiv ist, dachte ich damals, kann man mit Witzen oder einer eher dummen Bemerkung abwerten. Mitteleuropa ist ein nostalgischer Ort, aus dem man Wirtschaftsvorteile ziehen will. Das Alpen-Adria-System, der Handel zwischen Österreich, Bayern, Oberitalien und Slowenien. Jedenfalls: Eine der Schweinereien, mit der man Jugoslawien zerstört hat, war diese furchtbare Lüge von Mitteleuropa.

Im Zusammenhang mit der Zerstörung Jugoslawiens bezeichnen Sie die *Frankfurter Allgemeine* in Ihrem Buch als das »Organ einer stockfinsteren Sekte«. An welche dunklen Kreise denken Sie dabei?

An alle. Ganz Deutschland ist dunkel. Deutschland war immer dunkel, bis auf die großen Dichter wie Goethe, die Deutschland selber nicht gemocht haben. Goethe hat gewußt, Deutschland ist nicht mein Land, aber ich möchte trotzdem ein Dichter sein. Dieser Tradition sollte jeder folgen: Goethe, Adalbert Stifter, Eduard Mörike, Friedrich Nietzsche. Nietzsche wird oft verkannt, er war ein großer Mann, ein das Deutsche vom Deutschtum befreiender Mann.

Es ist ein Paradox: Es gibt so viele große Künstler in Deutschland und Österreich, und deswegen sind die Deutschen so stolz auf sie und werden dadurch noch blöder. Durch den Stolz auf die eigentlich antideutschen Dichter, Maler, Musiker sind die Deutschen und die Österreicher noch dümmer geworden. Obwohl Goethe und seine Nachfahren ganz das Gegenteil von dem sagen, was die Eiferer jetzt wollen.

Wo ist diese »Linie Goethe« im heutigen Deutschland?

Die »Linie Goethe« gab es nie. Diese Linie ist nie zur Macht gekommen.

Rechnen Sie sich in diese Tradition?

Ja. Absolut.

Auf Ihrer Reise erfuhren Sie Zeichen von Freundschaft oder Sympathie zwischen Serben und Slowenen. Was bedeutet das für Sie?

Zwischen Serben und Slowenen herrscht eine Beziehung, die nicht zerstörbar ist. Auch zwischen Serben und Bosniern ist die Beziehung nicht zerstört. Aber zwischen Serben und Kroaten ist in den letzten hundert Jahren etwas geschehen – eine Geschichte, die fast hoffnungslos ist.

Gibt es überhaupt noch Aussicht, daß Jugoslawien wieder ersteht?

Es gibt ja nichts anderes. Ich habe überhaupt keine Hoffnung, ich sehe die Notwendigkeit. Während Titos Sterbenszeit und in den Jahren danach – das war die große Zeit Jugoslawiens, besonders die Jugend, die damals aufgewachsen ist, die darf das nicht aufgeben, die wird weitergeben, was Jugoslawien als Idee war, als konkrete Idee war.

Also doch Hoffnung?

Die ganze Welt ist so abhängig voneinander, wirtschaftlich, und Amerika ist immer noch so übermächtig, daß kein Land sich selber bestimmen kann. Deutschland wird immer mächtiger, wird immer mehr eingreifen, überall. Deutschland wird, ohne etwas zu sagen, wie ein dicker Hund immer noch einen Platz vorrücken. Deswegen kann man nichts vorhersagen. Ein Land wie Jugoslawien kann nichts von sich selber aus bestimmen. Würde die Bevölkerung selbst bestimmen können, würde Jugoslawien von einem Tag auf den anderen wieder erstehen.

Haben Sie die starke Reaktion auf Ihr Buch erwartet?

Ich war sehr überrascht. Überrascht vor allem über den kollektiven deutschen Wahn. Es

ist ein großer Haß in Deutschland. Vielleicht ein Haß, der daraus kommt, daß man weiß, man hat ungeheure Verbrechen begangen, sowohl im Zweiten Weltkrieg als auch danach, durch die Anerkennung der Einzelstaaten in Jugoslawien hat man noch einmal eine große Schweinerei begangen.

Dieser Selbsthaß kann sich ja nicht zeigen, kann sich nicht selbst kritisieren, der Haß kann nur größer werden, anders geht es nicht. Der Haß muß immer weiter gehen und muß immer gegen andere sich richten. Dadurch, daß die Zeitungen – vor allem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Der Spiegel* – die Hauptschuldigen sind an der deutschen Politik, die Einpeitscher – dadurch kann niemand zurück. Meine Kritik an den deutschen Medien und der deutschen Politik kann einfach nicht akzeptiert werden, es muß noch größerer Haß entstehen, bis es explodiert. Aber leider explodiert Deutschland nicht.

Hat es auch Zustimmung oder Ermutigendes gegeben?

Ich habe aufgrund der Reaktionen auf meinen Artikel viele Artikel zugesandt bekommen. Erst dadurch habe ich gemerkt, daß es eine ganze Menge Journalisten gab, die sich der Gründung des Staates Bosnien, des Staates Kroatien, des Staates Slowenien gegenüber kritisch verhalten haben. Aber die wurden alle nicht gehört in Deutschland. Es gibt sehr viele deutsche Journalisten, die weggeschoben wurden, nicht einmal wegen einer anderen Meinung, sondern wegen ihrer anderen Sicht, ihres anderen Blicks, ihrer Art von Gerechtigkeit. Es war eine große Zensur. Und ich habe gemerkt, daß es über viele Jahre da und dort kleinere Artikel gab, und erst durch meinen Artikel – ich sagte nichts anderes als diese redlichen, gewissenhaften Journalisten gesagt haben – kam es zum Skandal. Das ist schon mal nicht schlecht: Daß Journalisten, die unterdrückt wurden in Deutschland, es wagen auszusprechen, daß sie unterdrückt wurden.

Warum ist eigentlich kein Journalist außer Ihnen auf die serbische Seite gefahren? Sie waren, glaub' ich, der erste.

Daß niemand das gemacht hat, erscheint mir als Skandal. Im nachhinein wird gesagt, man hätte ja keine Erlaubnis bekommen. Ich glaub' kein Wort davon. Hätte ein Journalist halbwegs einen guten Willen gehabt, wäre er hineingelassen worden.

Viele behaupten, das Auseinanderbrechen Jugoslawiens resultierte aus der serbischen Politik.

Als die Serben im Kosovo, eine kleine Minderheit, damals unter Druck kamen, soll Milosevic gesagt haben: »Es soll kein Serbe mehr Schläge und Demütigungen erdulden.« Nun, das kann ich gut verstehen. Das heißt nämlich nicht, daß er für Großserbien eintritt. Im übrigen kann ich zu den Machthabern in Serbien nichts sagen. Dazu habe ich keine Lust. Warum sollte ich?

Gibt es eine großserbische Tendenz in der Außenpolitik?

Ich sehe überhaupt keine serbischen Großmachtbestrebungen. Ich sehe nur, daß die Serben die Entwicklung nicht dulden konnten. Vor allem die Serben in Kroatien – bis vor kurzem 600 000, vor dem Zweiten Weltkrieg zwei Millionen –, konnten wegen der Erfahrungen mit der Ustascha, aber nicht nur deswegen, die Idee nicht aushalten, zum zweiten Mal als eine zweitrangige Minderheit in einem Staat Kroatien zu leben. Ich frage mich in meinem Artikel, wie ich mich selbst verhalten hätte als Serbe in Kroatien: Ich hätte mich angesichts der neuen Verfassung des Staates Kroatien als Mensch zweiten Ranges ansehen müssen. Es war ganz klar, daß Kroatien – oder vielmehr dessen Präsident, ich mag den Namen nicht aussprechen – Krieg wollte.

Ebenso war es für mich klar, daß in Bosnien mit der Ausrufung eines selbständigen Staates der Krieg erklärt war. Derjenige, der das erklärt hat, wußte, daß er damit seine eigene muslimische Bevölkerung opfert für die Idee eines muslimisch-bosnischen Staates. Wo ist also der Aggressor?

Es ist ein Paradox: Es gibt so viele große Künstler in Deutschland und Österreich, und deswegen sind die Deutschen so stolz auf sie und werden dadurch noch blöder.

Woher kommt der Haß zum Beispiel in der *FAZ*?

Ich mag keine Dämonie. Ich habe gern Klarheit. Ich sage Ihnen: Wir werden es nicht schaffen. Die sind stärker. Die sind unverschämt, brutal, haben zugleich eine Grammatik in ihrem Schreiben – es ist ihnen kein Zweifel einzupflanzen. Natürlich haben sie Zweifel, sie wissen ganz genau, daß sie Verbrecher sind. Aber sie können nicht mehr zurück. Wenn man einmal Verbrecher ist, kann man eigentlich nur überleben, indem man ein noch größerer Verbrecher wird.

Aber jetzt sagen doch viele: Handke hat recht, Reißmüller übertreibt. So hat mir etwa ein FDP-Abgeordneter gesagt, er fände Ihren Artikel ganz gut.

Sehr freundlich. Das ist feiges Gerede. Jeder wirklich politische Abgeordnete – liberal, links, offen – hat die Pflicht, in Deutschland zu sagen: Was wir mit Jugoslawien und Serben gemacht haben, ist eine einzige Schweinerei, und wer das nicht sagt, ist für ewig ein Verbrecher, für ewig gebrandmarkt. Jeder deutsche Abgeordnete, der nicht endlich Stellung nimmt, der sich informiert und dann sagt, das ist völliger Unsinn und eine Schweinerei und ein Verbrechen, was Deutschland wieder einmal gemacht hat mit Jugoslawien, der wird für ewig schuldig bleiben.

Deutschland war immer dunkel, bis auf die großen Dichter wie Goethe, die Deutschland selber nicht gemocht haben.

Fühlen Sie sich allein gelassen?

Es gibt viele. Aber Sie sehen doch, wir kommen nicht durch. Jede Zeitung in Deutschland mit Ausnahme der *Süddeutschen*, die meinen Artikel gedruckt hat – eine großartige Zeitung, dafür wird sie immer ihren Ruhm behalten als liberale, freie Zeitung – hat mindestens drei oder vier Artikel gegen mich publiziert: *Neue Zürcher Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Spiegel*, sogar *Die Zeit*.

Alle haben sofort gesagt, das ist Unsinn, was ich sage, aber es genügt nicht, daß sie's einmal sagen, sie müssen's viermal sagen, denn es ist so fadenscheinig, daß sie's viermal sagen müssen, und dann wird's noch fadenscheiniger. Das wird immer weitergehen, am Schluß wird es noch heißen, daß ich die 8 000 Leute von Srebrenica selber umgebracht habe. Und immer finden sie irgendwelche bosnischen Schriftsteller – Leute, die nie Schriftsteller waren, jetzt nach dem Krieg geben sie sich als solche aus –, diese Jubelbosnier sind dann ihre Autoritäten. In jedem Dorf finden sie plötzlich einen Schriftsteller und zitieren ihn als Autorität. Aber ein Schriftsteller von hier, ein Schriftsteller wie ich, muß einfach ein Trottel sein.

Aber Peter Schneider wird auch gern gedruckt, und der ist doch Schriftsteller, oder?

Ja, ja. So ungefähr. Er ist mehr Politiker, Stellungnehmer, Unterschreiber für Manifeste. Von denen gibt es sehr viele.

Bereuen Sie Ihren Text?

Kein Sterbenswörtchen. Wenn es Europa in zwanzig Jahren noch gibt, wird man von meinem Text noch sprechen, und das Zeug, das gegen mich veröffentlicht wurde, wird vergessen sein. Das ist gut, nicht um meinetwegen, nicht für meinen Ruhm, darauf scheiße ich, sondern für Jugoslawien, für Serbien.

Um die amerikanische Öffentlichkeit im Herbst 1990 für eine Intervention der USA in Kuwait weichzuklopfen, inszenierte die Firma für Öffentlichkeitsarbeit HILL&KNOWLTON ein perverses Täuschungsmanöver: Eine fünfzehnjährige Kuwaiterin bezeugt vor dem amerikanischen Kongreß wie irakische Soldaten die Sauerstoffzufuhr von Brutkästen unterbrachen und so den Tod von mehreren Dutzend Säuglingen verursachten. Diese Aussage war erstunken und erlogen - bei dem Mädchen handelte es sich um die Tochter des kuwaitischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, die schon jahrelang nicht mehr in Kuwait gewesen war - aber empörte die amerikanische Öffentlichkeit, und sie wurde auf diese Weise von ihrer Regierung zugunsten einer Intervention manipuliert.

Im jugoslawischen Bürgerkrieg ist es die berüchtigte Firma Ruder Finn Global Public Affairs, die die Interessen der Republiken Kroatien und Bosnien-Herzogowina vertritt und somit ein Eingreifen der NATO mitprovozierte. Der Direktor von Ruder Finn James Harff umschreibt den Zweck seiner Organisation folgendermaßen: "Es ist nicht unsere Aufgabe, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Wir haben dafür nicht die nötigen Mittel. Ich sagte ihnen bereits: Unsere Aufgabe besteht darin, Informationen, die unserer Sache dienlich sind, schneller unter die Leute zu bringen und zu diesem Zweck sorgfältig ausgewählte Zielpersonen anzusprechen." Ruder Finn recherchiert nicht selbst, um sicherzugehen, daß sie wahre Nachrichten verbreitet, oder wertet mehrere Quellen aus, um wenigstens den Schein der Objektivität zu wahren. Die PR-Firma verbreitet Behauptungen mittels Fax, Computer und einer Kartei, die die Namen von Journalisten, Politikern, humanitären Organisationen und Universitätsangehörigen enthält. Informationen werden dann mittels PC nach Themen und vermeintlich interessierten Zielpersonen selektiert und mit dem Fax verbreitet.

Als größten Erfolg im jugoslawischen Bürgerkrieg formuliert James Harff die Tatsache, daß es seiner Firma gelungen sei, die Kriegsparteien in Gut und Böse einzuteilen und die Serben als Nazis zu stigmatisieren. Dazu mußten wir "die Juden auf unsere Seite ziehen", so Harff, und berichtet wie Ruder Finn die Berichte in der amerikanischen Zeitung "Newsweek" über serbische Todeslager nutzte, und jüdische Organisationen daraufhin für die Bosnier Partei ergriffen. Und das trotz des bosnischen Fundamental-Islamisten Izetbegovic.

Die Medien arbeiteten aber nicht nur sensationsgeil und interventionsfördernd, sondern lieferten eklatante Falschmeldungen:

Unter den verwundeten "muslimischen Kleinkindern" in einem Bus aus Sarajevo, der von Heckenschützen im August 1992 beschossen wurde, befand sich eine Anzahl serbischer Kinder- was erst viel später enthüllt wurde. Eines der dabei getöteten Kinder wurde bei der Beerdigung von den Fernsehreportern als muslimisch bezeichnet. Abner das unmißverständlich serbisch-orthodoxe Begräbnisritual sagte etwas anderes aus.

CNN strahlte im März und Mai 1993 Berichte über ein Massaker an 14 Muslimen und anschließend Bilder von zehn Muslimen aus, die angeblich von Serben getötet worden waren. Die Opfer stellten sich später als Serben heraus. Eine Richtigstellung erfolgte nicht.

An der Rezeption zweier Ereignisse, dem NATO-Bombardement vom 31.8. 1995 gegen die bosnischen Serben zum einen und der Entscheidung des Deutschen Bundestages am 6. Dezember für einen Bundeswehreinsatz im geteilten Jugoslawien zum anderen, ist abzulesen wie kompatibel ein Großteil der deutschen Presse mit den militärischen Großmachtinteressen ihrer Nation geworden ist. Zwischen Wahrheit und und Vermutung herrscht ein zunehmend geringer werdender Unterschied, wenn die

Nachricht dazu dient, das Stigma der Serben als Alleinvertreter des Greuels und der Aggressionen auf dem Balkan zu bestätigen. Bereits beim ersten Einsatz der NATO über Jugoslawien am 28. Februar 1994, als zwei amerikanische F-16 vier Militärflugzeuge, die gegen das UN-Flugverbot verstießen, über Bosnien abgeschossen wurden, war für die deutschen Medien klar, daß es sich um serbische Maschinen gehandelt haben müsse. Weder die NATO noch die UNO hatten zu dem Zeitpunkt gesicherte Informationen über die Herkunft der Flugzeuge.

Die Luftangriffe am 31. August erhielten aus Bonn bis hin zu Teilen der Grünen begeisternde Zustimmung. "Wer durch Artillerieangriffe, Heckenschützenoperationen und die Strangulierung der Stadt Sarajewo zigtausend unschuldiger Menschen terrorisierst, verdient eine harte Antwort.", äußerte sich Außenminister Klaus Kinkel (CDU) und die grüne "Oppositionelle" Krista Sager findet, daß die UNO nach den serbischen Angriffe in der Pflicht gestanden habe. Zudem müßten die Serben, so Sager weiter, "auf den Boden einer zivilen Gesellschaft zurückgezwungen werden." (nach junge welt vom 1. 9. 95)

Ähnlich einig ist sich auch die deutsche Presse, deren Zustand Klaus Bittermann treffend beschreibt: "... seit der Geiselnahme einiger UN-Soldaten und dem Fall der Schutzzonen Srebrenica und Zepa sind die Reaktionen der deutschen Medien wieder zu militärischen Hauptquartieren und Befehlszentralen umgerüstet worden. ... der Prozeß der Mediengleichschaltung funktioniert heute reibungslos und ausgezeichnet." (in Konkret Nr. 9/95)

Ein uneingeschränkter Konsens herrscht über die NATO-Angriffe, die Stigmatisierung der Serben, die Frankfurter Rundschau bleibt an diesem Tag skeptisch: "Der *bisher größte Schritt zum Frieden* waren die vier Wellen von Luftangriffen auf bosnisch-serbische Stellungen wohl nicht." Auch die FAZ hält sich mit Ausbrüchen der Kriegsbegeisterung noch zurück, aber kommentiert die Bombardements vorbehaltlos positiv: "Fünfhundert NATO-Einsätze haben endlich politische Bewegung in das Kriegsgeschehen gebracht."

Außer Rand und Band gerät dann Josef Joffe, der Kommenator der Süddeutschen Zeitung, in seiner Rolle als Kriegsberichterstatter: "Es war ein Angriff wie aus dem Lehrbuch. Er kam bei Nacht... . Er kam in mehreren Wellen..., um die Serben *blind* und *taub* zu schlagen, ...schließlich wurde sogar, wie in einem *richtigen* Krieg, im Verbund der Waffen gekämpft: NATO-Flugzeuge in der Luft, die schwere Artillerie der anglofranzösischen Eingreiftruppe am Boden. Das ist die gute Nachricht." Für ihn ist das Bombardement der bosnischen Serben "eine Zäsur, womöglich auch der Rubikon" und wo andere wenigstens die fortschreitende Eskalation des Tötens begreifen, will Herr Joffe noch weiterbomben: "Doch die Kernfrage bleibt: Sind ein paar Attacken schon eine Strategie?"

Das Hamburger Abendblatt, im Fachjargon des Militärs nicht sehr beweglich, muß sich etwas platter ausdrücken, ohne allerdings auf einen journalistischen Volltreffer zu verzichten: "Auf Kriegsverbrechen steht Feuerwalze." Der Kommentator spielt die Rolle des militanten Menschenrechtlers und fragt: Haben die serbische Provokateure den "Seelenzustand" Europas richtig eingeschätzt?" Zudem hätten die bosnischen Serben "die Schamgrenze eines jeden Humanisten verletzt." Selbstverständlich schreckt er auch nicht davor zurück, die NATO-Bombardements in Analogie zur Kritik an der Appeasementpolitik der Alliierten gegenüber dem faschistischen Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg zu betrachten. So wird aus dem Militärbündnis imperialistischer Staaten eine antifaschistische Koalition.

Am 6. Dezember 1995 entschied der Bundestag sich mit 543 von 656 Abgeordnetenstimmen für einen Einsatz deutscher Soldaten in Jugoslawien, die gesamte PDS-Fraktion, 22 Grüne und 55 Sozialdemokraten lehnten ihn ab. Die interventionsbefürwortene deutsche Tagespresse, angeführt von der Frankfurter Allgemeinen, argumentiert gleich: "Aber drei Bedingungen verlangen, daß Deutschland handelt, wie vom Bundestag beschlossen: der Schutz der Menschen in den Kriegsgebieten, die Bündnisfähigkeit Deutschlands und die Lehren der Vergangenheit." (FAZ, 7. 12. 95) Daß die Menschen in Jugoslawien schon lange nicht mehr interessieren, beweist die deutsche Anerkennungspolitik, die Lieferung alter NVA-Restbestände ins zerschlagene Jugoslawien und die Parteiergreifung zuungunsten der Serben, die Unterstützung der kroatischen und bosnischen Nationalismen. Wie die Dokumentation "Bundeswhr unerwünscht" zeigt, war auch Deutschlands Bündnisfähigkeit nie in Gefahr, denn keine Großmacht wollte Deutschlands Militäreinsatz und daß die Lehre aus der Vergangenheit ausgerechnet zum Erreichen der Kriegsfähigkeit herhalten muß, ist verblödend und einigermaßen zynisch, war sie doch bisher immer das legitime Argument gegen Wiederbewaffnung und gegen Notstandsgesetze.

Für "Die Welt" ist die Entscheidung des Bundestages nicht einmal ein Bruch, keine Zäsur in der deutschen Geschichte, sondern schlichtweg die "Rückkehr zur Normalität". "Wegen der schlimmen Vergangenheit und wegen der schwierigen Gegenwart eines geteilten Landes" habe man bisher nicht out-of-area gekämpft. Nach Meinung des Kommentators des Hamburger Abendblattes konnte "kein besseres Indiz für die Aufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker geben, als... mit 4000 Soldaten... für Frieden auf dem Balkan zu sorgen. (Hamburger Abendblatt 7.12.)

Das einzige Problem, daß die Frankfurter Rundschau, verantwortlich für Bundeswehrwerbung en masse und einer Jubiläumsausgabe zu deren 40jährigem Bestehen, mit der Bundestagsdebatte hatte, war deren fehlendes intellektuelles Niveau: " Denkt man an das intellektuelle Niveau der US-Senatsdebatte vor dem Golf-Krieg, muß man die... Reden im deutschen Bundestag als Parlamentarischen Flachgang bedauern." Richtig bedrohlich für den nationalen Konsens war da schon die Überschrift der TAZ: "Es gibt gute Gründe gegen deutsche Bosnien-Mission" Sie will es sich letztendlich aber doch mit niemandem verscher-zen und vollendet konsensbewußt: "Das hat eine Mehrheit der Grünen zu Recht bewogen, gegen den Einsatz in dieser Form zu stimmen. Die Gründe der Minderheit um Joschka Fischer... sind aber so substantiell, daß die Par-tei keinen Grund hat aufzuschreien."

Publikum (Mann I): Warum sind Sie eigentlich nie nach Bosnien gefahren und warum? Jetzt müssen Sie sich dem Vorwurf aussetzen, auch ein Fernfuchtler zu sein.

Handke: Ich bin einer, der nicht nach Bosnien fuhr. Der einzige. Akzeptieren Sie das. Ich fuhr nicht nach Bosnien, das war nicht meine Idee, ich hatte keine Lust. Ich habe Ihnen doch vorhin gesagt zu den Herren, die alles besser wissen und meinen, die richtige Seite ist die Seite des Krieges – in Bosnien ist der Krieg, also ist das die richtige Seite –: Ich wollte auf die falsche Seite. Stellen Sie sich das vor! Akzeptieren Sie das. Ihre Frage werde ich Ihnen nicht beantworten können. Das ist ein Rätsel. Warum wollte er nicht nach Bosnien?

Mann I: Max Frisch fuhr zur Zeit Nazideutschlands durch Deutschland und hat geschrieben, daß die Nazis eigentlich doch ganz nette ...

Handke: Das haben Sie von Ihrem blöden »Spiegel« ...

Mann I: ... glauben Sie nicht, daß er betroffener gewesen wäre, wenn er ins Ghetto von Warschau gefahren wäre? Vielleicht sind die Journalisten, die in den Lagern waren, die in Sarajevo gesessen haben, vielleicht sind die etwas betroffener als Sie ...

Handke: »Betroffenheit«! Das kann ich schon überhaupt nicht hören. Gehen Sie nach Hause mit Ihrer Betroffenheit, stecken Sie sich die in den Arsch! Die Parallele von Max Frisch im Dritten Reich und mir in Serbien, das ist wirklich eine der liebsten und erfreulichsten Erfindungen des Vierten Reiches. Max Frisch in Deutschland und ich in Serbien? Sie finden die Parallele möglich? Ist Ihnen Ernst damit? Wollen Sie ernsthaft darüber reden?

Mann I: Aber warum loben Sie einerseits die Feldforscher und verurteilen die Fernfuchtler ...

Handke: Ich habe überhaupt keine Lust, mit so scheinheiligen Gestalten zu reden. Eine kultivierte Stimme haben Sie immerhin. Arschloch.

Mann I: Ich war zumindest im Gegensatz zu Ihnen zwanzig Mal in Sarajevo.

Handke: Bravo! Fahren Sie noch einmal hin! Ich kenne einen, der war 23 mal da. Und meine Mama war 16 mal da.

Mann I: Finden Sie nicht, daß das, was Sie hier machen, sehr zynisch ist, weil in Bosnien gibt es 300.000 Tote. Auch 42 tote Journalisten.

Handke: Sie sprechen, als ob Sie der Besitzer der 300.000 Toten wären, als ob Sie der Besitzer des Leides wären. Ihr scheinheiligen Gestalten tut so, als gehört euch das Leid. Das ist das Schlimmste. Habt Ihr es im Grundbuch eingetragen, das Leid, oder wie? Jammergestalten! Die Gestalten, die hier herumsitzen, kommen mit 300.000 Toten. Und das Leid. Ich gebe Ihnen eine Bescheinigung über das Leid, das Sie nicht haben. Ich schreibe über was anderes. Das Leid geht über einen Umweg und nicht über die Deklamation. Nicht über die Puppenhaftigkeit von solchen Gestalten. Gehen Sie in die Feldkapelle, und tun Sie da eine Blume hin für Ihren linken Zeh oder irgendwas. Ich rede nicht mit Ihnen, hauen Sie ab.

Publikum (Mann II): Ich habe zwei Fragen zu dem Text, den Sie vorgelesen haben.

Handke: Zwei oder zweieinhalb?

Mann II: Zwei nur. Ich habe nicht ganz verstanden, welche Folgerung Sie aus der Kritik an der Pressebericherstattung ziehen. Selbst wenn Sie in vielen Punkten Recht haben ...

Handke: Ich habe keine Lust, Recht zu haben! Haben Sie das nicht bemerkt an meinem Text?

Mann II: Man wird doch wohl als Leser oder als Zuhörer Fragen zu diesem Text stellen dürfen, und das will ich machen. Ich frage jetzt, welche Rolle ...

Handke: Stellen Sie sich doch selber die Fragen! Macht das unter euch aus. Geht doch nach Hause, geht in die Gasthäuser und fragt, diskutiert euch das selber. Ich habe überhaupt keine Lust.

Mann II: Herr Handke, Entschuldigung, ich glaube, so geht das nicht – ich meine, Sie sind ja im öffentlichen Raum.

Handke: So geht das! ■

Dokumentation:

Jürgen Elsässer

Bundeswehr unerwünscht

Die BRD bietet pausenlos Bundeswehrtruppen für einen Einsatz auf dem Balkan an – aber niemand will sie dabeihaben

Das dringende Bedürfnis »unserer Verbündeten« nach deutschen Truppen auf dem Balkan, das die Bundesregierung der Öffentlichkeit gebetsmühlenartig verkündet, ist bisher von diesen gar nicht formuliert worden. Die hier zusammengestellte Chronologie der Eskalation des Bosnienkrieges seit den Nato-Luftangriffen auf Pale belegt: Weder auf den Tagungen der Nato-Außenminister noch auf den zahlreichen EU-Treffen, den Zusammenkünften des Weltsicherheitsrates, der Bosnien-Kontaktgruppe, des G7-Gipfels oder auf irgendeiner bilateralen Konferenz hat irgendein Politiker den Wunsch an Deutschland gerichtet, Soldaten auf den Balkan zu entsenden. Das eisige Schweigen betrifft nicht nur einen möglichen Einsatz deutscher Tornados, wie SPD-Chef Rudolf Scharping gerne glauben machen möchte, sondern jede Form eines deutschen Einsatzes.

29.5.1995: Die EU-Außenminister, die Kontaktgruppe und die Nordatlantische Versammlung tagen. England, Frankreich und die USA kündigen Truppenverstärkung in der Adria oder in Bosnien an. Keine Erwähnung einer deutschen Rolle.

30.5.: Das Bundeskabinett beschließt erstmals, deutsche Soldaten nicht nur für einen UN-Abzug, sondern auch für eine UN-»Umgruppierung« bereitzustellen. Mit dem Beschluß sei »noch keine Entscheidung« gefallen, da dazu ein vorheriger »Beschluß des Nato-Rates« nötig sei (»FAZ«). In New York unterstützt der Weltsicherheitsrat die am Vortag von der Kontaktgruppe beschlossene Verstärkung der Unprofor in Bosnien. Keine Erwähnung einer deutschen Beteiligung.

31.5.: Rühe vor dem Verteidigungsausschuß: Deutschland müsse sich »offen« zeigen, »wenn die Verbündeten um Hilfe bitten«. Er rechne »in Kürze mit Anfragen aus Frankreich und Großbritannien« (»FAZ«).

1.6.: In Zentralbosnien bilden Franzosen und Engländer erstmals einen gemeinsamen Kampfverband »für Notfälle«. 700 Mann und 45 Panzerfahrzeuge sind beteiligt. Die »FAZ« kommentiert: »Die UN ringen um Konzepte. Großbritannien schafft Tatsachen.« Abschluß der Nato-Ratssitzung in Noordwijk. »Die Bundesregierung erwartet, daß die Verbündeten Deutschland um militärische Hilfe bitten werden, wenn die UN-Truppen in Bosnien umstrukturiert werden. Sie schließt nicht aus, daß solche Erwartungen bereits am Samstag in Paris an sie herangetragen werden« (»FAZ«).

3.6.: Treffen der 13 EU- und Nato-Außenminister in Paris. Sie beschließen nicht die Entsendung der schon einsatzbereiten Nato-Eingreiftruppe (die sich im Rahmen des Nato-Planes 40.401 seit Monaten auf ihren Einsatz bei einem Uno-Abzug vorbereitete), sondern statt dessen »eine Schnelle Eingreiftruppe, die Befehlsgewalt liegt dann aber bei Frankreich und Großbritannien« (»FAZ«). Die von der Bundesregierung am 1. Juni erhoffte Bitte um militärische Hilfe bleibt aus.

5.6.: Treffen der 15 EU-Außenminister in Messina. Keine Erwähnung einer möglichen deutschen Rolle.

6.6.: Treffen des englischen Außenministers Hurd mit seinem russischen Amtskollegen Kosyrew in London. Ergebnis: Die geplante Schnelle Eingreiftruppe »soll offenbar nichts tun, was das Mandat der jetzigen Blauhelmtruppen überschreitet« (»FAZ«). Keine Nachfrage nach deutschen Truppen. Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. »Vieles spreche für die Entsendung von ECR-Tornados«, zitiert die »FAZ« Rühe.

7.6.: Die »FAZ« zitiert Rühe mit den Worten, das deutsche Militärangebot sei »in Paris positiv aufgenommen worden«. Interessant ist die Nichterwähnung Londons durch Rühe, also des anderen Entsendestaates der Schnellen Eingreiftruppe, der einer deutschen Beteiligung zustimmen müßte.

8.6.: Treffen der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel. Die »FAZ« berichtet von Mißstimmung, da Rühes Angebot zur Entsendung deutscher Truppen »einen wunden Punkt im Verhältnis zur Nato« berührt habe. Insbesondere der Nato-Oberbefehlshaber Europa, General Joulwan, ist laut »FAZ« nicht gut auf die Deutschen zu sprechen – wegen der »öffentlichen Desavouierung« durch die Bundesregierung im November/Dezember 1994. Damals hatte Kohl die Anfrage Joulwans nach deutschen Tornados als »nicht ordnungsgemäß« herabgestuft.

9.6.: Informelles Treffen der 14 EU-Regierungschefs auf Einladung von Chirac in Paris. Laut »FAZ« ließ sich »eine zunehmende europapolitische Annäherung Frankreichs und Großbritanniens erkennen. Einvernehmlich verwiesen Chirac und Major auf die Rolle, welche die von beiden Ländern maßgeblich bestückte Schnelle Eingreiftruppe mehrerer Nato-Staaten zum Schutz der Friedenstruppen der Vereinten Nationen übernehmen solle« (»FAZ«).

10./11.6.: Treffen von Vertretern Großbritanniens, Englands und der Niederlande mit UN-Generalsekretär Boutros-Ghali. Keine Erwähnung einer möglichen Erweiterung der Schnellen Eingreiftruppe um andere Teilnehmerstaaten.

12.6.: Der neue EU-Vermittler im Balkankonflikt, der Schwede Carl Bildt, trifft sich mit den EU-Außenministern in Brüssel. Keine Bitte um eine deutsche Beteiligung. Der zuständige Staatsminister im britischen Verteidigungsministerium, Nicholas Soames, listet auf eine parlamentarische Anfrage hin präzise die Zusammensetzung der neuen Eingreiftruppe und mögliche Weiterungsangebote auf. Keine Erwähnung Deutschlands.

13.6.: Auf der Kabinettssitzung in Bonn wird die Entscheidung über einen deutschen Militärbeitrag um acht Tage auf den 21. Juni verschoben. »Voraussetzung dafür ist, daß der Sicherheitsrat bis dahin die notwendigen Beschlüsse ... derart gefällt hat, daß eine deutsche Beteiligung an friedenserhaltenden und humanitären Vorhaben möglich ist« (»FAZ«). Zur Begründung für die Verschiebung heißt es: »Die Entscheidung der UN war schon vor der Kabinettssitzung erwartet worden.«

16.6.: Der UN-Weltsicherheitsrat tagt, ohne die vom Bundeskabinett am 13. Juni erwarteten »notwendigen Beschlüsse« zu fassen. Statt dessen heißt er die vor allem von Frankreich und England gebildete Schnelle Eingreiftruppe gut.

16.-18.6.: G7-Gipfel in Halifax. Ausführliche Bosnien-Debatte, keinerlei Erwähnung einer deutschen Rolle.

19.6.: Im Bundeskanzleramt äußert man, der Beschluß des UN-Sicherheitsrates vom 16.6. lasse »viele Fragen offen«. Eine deutsche Entscheidung sei »nicht dringlich«, es gebe keinen Zwang, einen »Vorrats-Beschluß« zu fassen. Rühe fordert dagegen, eine solche Entscheidung noch vor der Sommerpause des Bundestages am 30.6. zu fällen (»FAZ«, 20.6.). In Paris beginnt eine Tagung der Beratenden Versammlung der WEU. Keine Anforderung einer deutschen Militärhilfe.

20.6.: Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Glos, plädiert dafür, daß der Bundestag noch vor der Sommerpause eine Entscheidung fällt.

21.6.: Das Bundeskabinett entscheidet nicht, legt aber für die Folgewoche einen exakten Zeitplan für die parlamentarische Entscheidung fest. In New York trifft sich der britische Verteidigungsminister Rifkind mit UN-Generalsekretär Boutros-Ghali und der US-amerikanischen Botschafterin Albright zur Beratung über die Schnelle Eingreiftruppe. Keine Erwähnung einer möglichen deutschen Rolle.

22.6.: Fortsetzung der Beratenden Versammlung der WEU in Paris. Keine Anforderung deutscher Truppen.

24./25.6.: Der rechtssozialdemokratische Seeheimer Kreis bekennt sich zur Linie der Bundesregierung, d.h. zur Entsendung von Kampfflugzeugen.

26.6.: Die mehrfach verschobene Kabinettsentscheidung, die am 30.6. vom Bundestag abgesegnet werden soll, kommt zustande. Damit wird die noch am 1. Juni von Kinkel und Rühe geäußerte Vorgabe, einen »Vorrats-Beschluß« unabhängig von aktuellen Anforderungen zu fällen, sei »nicht vorgesehen«, revidiert. Ein Sprecher des renommierten Instituts für Strategische Studien (ISS) wirft der Bundesregierung vor, sie spreche mit »gespaltener Zunge«, wenn sie behaupte, die deutschen ECR-Tornados seien in Bosnien unersetzlich (»FAZ«). Der »Spiegel« veröffentlicht einen Bericht über eine Besprechung von Unprofor-Offizieren: »Es gibt Besseres«, lautet deren Resümee zur Frage der deutschen Tornados. EU-Gipfel in Cannes. Keine Anforderung deutscher Truppen.

27.6.: Einen Tag nach der Kabinettsentscheidung gibt es die erste zustimmende Äußerung einer ausländischen Regierungsstelle, allerdings nur von einem »Sprecher« des französischen Außenministeriums. Die Aussage eines untergeordneten Chargen wird nur von AFP gemeldet, von der deutschen Presse nicht einmal übernommen. Ein Bericht des Bundesrechnungshofs weist auf Mängel im ECR-Tornado hin.

29.6.: Die »Financial Times« bezeichnet in einem redaktionellen Editorial die Entsendung deutscher Tornados als »die falsche Aktion am falschen Ort«.

30.6.: Der Bundestag beschließt auf Antrag der Regierungskoalition den deutschen Kriegseintritt mit 386 Ja-Stimmen (darunter 45 SPD-Abgeordnete), 258 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen. In der Debatte weist SPD-Fraktionsgeschäftsführer Verheugen darauf hin, daß die Bundesregierung nicht von anderen Staaten zur Unterstützung der Schnellen Eingreiftruppe aufgefordert worden sei. Im weiteren Verlauf bezeichnet ihn Wolfgang Schäuble als »geborenen Verräter«. ■

Merkblatt für Wehrpflichtige mit besonderen Kostformen

(Herausgeber: BMVg - InSan I 1 Az 42-13-50 im März 1995)

1.- Gemäß Paragraph 18 des Soldatengesetzes ist der Soldat auf dienstliche Anordnung zur Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung verpflichtet.

2.- Die Truppenverpflegung ist eine Gemeinschaftsverpflegung, die als Mischkost allgemeine Verzehrsgewohnheiten und die durch den Wehrdienst zu erwartende körperliche Belastung berücksichtigt. Sie entspricht hinsichtlich ihrer Zusammensetzung gesicherten ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen.

3.- Individuelle vegetarische und andere alternative Kostformen können unter den spezifischen Belastungen des Wehrdienstes zu einer Unterversorgung mit verschiedenen Nähr- und Wirkstoffen führen. Insbesondere ist eine ausreichende Versorgung mit Eisen und Vitamin B_{12} für die Funktion des gesamten blutbildenden Systems unerläßlich. Eine bedarfsdeckende Versorgung ist im Rahmen der militärischen Gemeinschaftsverpflegung nur unter Einbeziehung von Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milchprodukten sicherzustellen.

4.- Um Wehrpflichtigen, die sich vegetarisch ernähren oder eine andere alternative Kostform einhalten, den Übergang auf die normale Truppenverpflegung zu erleichtern, kann auf Anweisung des Truppenarztes für einen Zeitraum von bis zu 6 Wochen Schonkost (im Sinne einer "leichten Vollkost" nach dem Sprachgebrauch der Deutschen Gesellschaft für Ernährung) verordnet werden. Körperliche Schäden aufgrund einer solchen Ernährungsumstellung sind nach ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen nicht zu befürchten.

SOLDATEN SIND KEINE MÖRDER

Im Juni: des Himmels Armee bekämpft den Verderber, mit Tausendmeilenstricken will sie das Ungetüm fesseln. Die Kan Wasser drüben, rotgefärbt ihre Biegung;die Flanke setzt ihr Vertrauen auf Huang Kung-lüeh. Millionen Arbeiter, Bauern: alle im Sturmschritt, wie Matten aufrollend Kiangsi, voran gegen Hunan und Hupei. Die Internationale, tragischer Gesang; ein Wirbelwind, den Unsern vom Himmel gefallen.